

Proletarier/innen aller Länder, vereinigt euch!

Proletarische

Nr.53

unabhängig
von Staat und Kapital

Revolution



14. Jg.

im 143. Jahr
der Pariser Kommune

revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

Spendenempfehlung: 2,- Euro

September 2013

**Uphold and promote
the people's democratic rights**

**Build the people's army
and a people's defense system**

Inhalt

Wirst du auf der Straße deppert angeredet, weil du „anders“ ausschaust? Flugblatt der ia.rkp	3
BANGLADESCH Textilindustrie: Zur Struktur eines mörderischen Systems	6
Aus Anlass der jüngsten Katastrophe: Was können wir zur Unterstützung von Arbeiter/innenklasse und Volk in Bangladesch beitragen (und was nicht)?	11
Kasten: Boykott als Waffe - aber wann und wie?	14
FRANKREICH: Der viermonatige Streik bei Peugeot Aulnay - ein wichtiger Schritt vorwärts im Klassenkampf!	19
PSA Aulnay: ein historisch wichtiger Streik! Flugblatt der OCML-VP	26
VENEZUELA: Chavez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ - Übersetzung von OCML-VP	29
Empfehlung: Über die nationale Frage im IRAN	31
PHILIPPINEN: Entschlossener Kampf für nationale und soziale Befreiung und Aufbau des Sozialismus - Beitrag der national-demokratischen Front der Philippinen NDFP auf dem 17. Internationalen Seminar über Probleme der Revolution in Lateinamerika	32
Presse-Erklärung NPA: Bei mehreren Offensiven der NPA in Nord-Samar wurden 17 Soldaten getötet, 11 verwundet	35
NEPAL: Richtung neuer Revolution Editorial von „People's Voice“	36
Wahlboykott-Aufruf der CPN-Maoist	37
INDIEN: Lang lebe der Volkskrieg in Indien! Ruhm den für die Revolution gefallenen Genoss/innen!	41
Erklärung des Komitees der Spezialzone Dandakaranya der CPI (Maoist) zum Angriff vom 25.5.2013	43
ÖSTERREICH: Die Kapitalisten sollen sich ihren Staat selber zahlen! Statt Spiegelfechterei gegen „Steueroasen“ und Geschwätz über „Steuergerechtigkeit“ - Kampf gegen das kapitalistische Steuer- und Ausplünderungssystem!	46
Kirchenprivilegien und das Volksbegehren dagegen	52
Griechenland, Zypern, Slowenien ... das Krisenkarussell dreht sich weiter	54
POLITISCHE GEFANGENE Aufruf zu internationalen Aktionstagen für Georges Ibrahim Abdallah am 5./6./ Juli 2003	65
Politische und inhaltliche Eckpunkte des Komitees für die Verteidigung politischer Grundrechte Wien	66
Politischer Widerstand ist ein Menschenrecht! Freiheit für Yusuf und Özgür!	68
PROTEST gegen den Ausweisungsbescheid der kanadischen Regierung gegen Djaber Kalibi	70

Editorial

Die Situation in EUropa und international ist unruhiger geworden, wie unschwer zu bemerken. Es tut sich einiges im Klassenkampf ... erfreulich, und es wird auch komplizierter sich zurechtzufinden. Wir konzentrieren uns auf Ereignisse und Entwicklungen, die wir für herausragend, beispielhaft und zukunftsweisend halten.

In Österreich sind die Selbstorganisation von Flüchtlingen und die Mobilisierungen gegen rassistische Sondergesetze und ihre Anwendung (Abschiebungen) im letzten Jahr sicher herausragend.

Angesichts der globalen staatlichen Offensiven gegen antiimperialistische und antifaschistische Organisationen und Personen halten wir die internationale Unterstützung politischer Gefangener, aktuell (im August) auch der beiden hungerstreikenden in Wien, für einen wichtigen und notwendigen Bereich unserer Aktivitäten.

Zu den in vielen Ländern Europas stattfindenden großen Arbeitskämpfen bringen wir einen analytischen Bericht über den viermonatigen Streik bei Peugeot Aulnay in Frankreich. Die Ausbeutung der Arbeiter/innen in neokolonialen Ländern beleuchten zwei Artikel, die nach der Einsturz-Katastrophe in einem Textilwerk in Bangladesch verfasst wurden und auf das mörderische System in der Textilindustrie und verschiedene Möglichkeiten der Solidarität eingehen.

Aus den halbkolonialen Ländern, wo revolutionär-kommunistische (MLM) Parteien an der Spitze breiter Volksbewegungen stehen, dokumentieren wir vor allem die Fortschritte im Volkskrieg gegen den Imperialismus und seine einheimischen Lakaien (Philippinen und Indien). In Nepal hat sich gegen die angekündigten Wahlen eine breite und militante Massenbewegung entwickelt; dazu bringen wir den Wahlboykott-Aufruf der CPN-Maoist, in dem es heißt: „Wahlen unter den gegenwärtigen Umständen sind Betrug!“ Dieser Parole können wir uns in Österreich vollinhaltlich anschließen...

Wer auf wordpress die PR-Seite <prorevol.wordpress.com> hin und wieder gelesen hat, oder auf der Straße oder im Beisl Aktivist/innen mit Flugblättern getroffen hat, wird bemerken, dass viele der Texte (nicht alle) schon als Flugblätter oder Sondernummern herausgegeben wurden. Für diese PR haben wir einige schon vorher veröffentlichte Texte geringfügig überarbeitet, z.B. aktualisiert. (Zum Krisenkarussell: Zypern, Slowenien, Griechenland; Zu Bankgeheimnis und Steuergerechtigkeit; Zum Kirchenvolksbegehren; Zu Venezuela nach Chavez Tod...).

Wir vom Kollektiv Proletarische Revolution wollen die künftigen Papierausgaben wieder in kürzeren Abständen herauszugeben, damit die PR wieder 5-6mal im Jahr erscheint und nicht jedesmal 70 bis 90 Seiten dick ist.

*Zeitungen, Sachbücher,
Romane und vieles mehr*

MARXER LESESTUBE

*Vereinslokal des
MARXER Literatur-
und Studienklubs*

A-1030 Wien, Marxergasse 18
(Ecke Gärtnergasse,
5 Minuten von U3/U4 Landstraße)

Tel: 0681 / 10278815

*ab September wieder:
donnerstags 17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung*



Wirst du auf der Straße deppert angeredet, weil du „anders“ ausschaust?

Bist du arbeitslos? Bleiben dir am Ende des Lohns noch
zu viele Tage bis zum nächsten Ersten?
Schlägt dich dein Ehemann? Wirst du gemobbt?
Hältst du DAS GANZE nimmer aus?

Warum, aus welchen Gründen würdest du Österreich verlassen?

Wenn die Wirtschaftskrise nicht seit 5, sondern seit 50 Jahren andauern würde? Wenn alle deine Bekannten seit Jahren immer weniger zum Leben hätten, immer ärmer würden? Wenn deine Eltern, Kinder, Verwandten nicht wüssten, wie sie morgen überleben sollen? Wenn in Österreich seit 25 Jahren Krieg wäre? Wenn in Österreich alle Andersdenkenden terrorisiert, eingesperrt und ermordet würden? Wenn alle Andersgläubigen ständig verfolgt würden?

Siehst du! Mindestens einmal hast du schon still genickt!

Ungefähr 80% aller Menschen auf der Welt leben unter Umständen, vor denen du flüchten würdest. Aber nur sehr wenige, oft besonders mutige, wagen wirklich eine längere Fluchtreise. Fast immer fehlt das Geld und fehlen



die Kenntnisse, die für eine längere Flucht notwendig sind.

Drum flüchten die meisten Menschen vor Krieg, Massenmord, Terror und damit verbundenen Hungersnöten nur in die nächste Provinz oder ins benachbarte Ausland. 90% aller Flüchtlinge bleiben in der Heimat-Region, höchstens ein paar hundert Kilometer von ihrem (ehemaligen) Heimatort – oft ihr ganzes Leben lang in einem Lager.

Die Länder mit den meisten Flüchtlingen weltweit sind derzeit Pakistan und Iran (zusammen etwa 2 Millionen Flüchtlinge). Warum? Weil in dieser Region die europäischen und us-amerikanischen Streitkräfte seit über 25 Jahren Kriegszüge durchführen, mit Kampfjets, Hubschraubern, Drohnen und Raketen ganze Regionen samt Städten und Dörfern zusammenbomben (Afghanistan, Pakistan, Irak ...)

Die Länder Mittelasiens (und Westasiens) sind für die imperialistischen Länder wichtig, weil in der Gegend viel Öl gefunden wird. Deshalb versucht jede Großmacht, ihre Öl-

firmen an die Quellen zu bringen. Dazu dient auch manchmal die militärische Besetzung und politische Kontrolle von „strategisch wichtigen“ Ländern, die kein Öl haben.

Die Menschen, die aus diesen Kriegsländern flüchten, sind auf der Flucht vor unerträglichen Zuständen, die von „unseren“ Regierungen (denen der EU, USA und Russlands) geschaffen wurden. Es ist falsch – und eine Lüge! – dass „wir damit nichts tun haben“. Natürlich ist Österreich ein kleines imperialistisches Land und die Außen- und Militärpolitik konzentriert sich auf die österreichischen Neokolonien am Balkan. Aber Österreich ist Teil des imperialistischen Militärblocks „NATO-Partnerschaft“, der auch die Kriege in Mittelasien seit Jahrzehnten vorantreibt.

Weniger als 10% aller Flüchtlinge schaffen es auf abenteuerliche Weise bis nach Europa – und die meisten von ihnen werden dann früher oder später abgeschoben (Amtsdeutsch: „rückgeführt“, also dorthin, wo sie es nicht mehr ausgehalten haben, wo sie verfolgt wurden, oder ein-

fach keine Zukunft mehr sahen – wie die Auswanderer nach Amerika aus Europa.)

Dass EU-ropa, und dabei insbesondere Österreich, die schärfsten Ausländergesetze der Welt hat, ist bekannt. Ebenso ist bekannt, dass diese rassistischen Gesetze auch in der täglichen Praxis äußerst scharf gehandhabt werden (Schleierfahndung im Grenzbereich, Ausweiskontrolle überall, sofortige Schubhaft - auch für Kinder und Jugendliche, rasche Abschiebung trotz Einspruch/Berufung usw.)

Die ständige Verschärfung der rassistischen Ausländergesetze seit den 1980er Jahren – schon lange vor dem EU-Beitritt unter SP-Regierungen – konnte von den kleinen demokratischen und revolutionären Gruppen nicht wirksam bekämpft werden, es konnten keine bedeutenden Teile der Volksmassen dagegen mobilisiert werden. Der ideologische Druck der Herrschenden war zu stark. In Österreich gehört der Rassismus quasi zur „Staatsideologie“ bzw. zu den „christlich-abendländischen Werten“ – wer nicht wie ein „waschechter Österreicher“ ausschaut, hat von vornherein einmal keine Rechte: „Ausweisher! Gemma!“, „Na dann kummst glei mit, dann wer ma scho sehn!“ Dann Gummiknüppel, Handschellen, 3 Ordnungshüter reißen dich zu Boden, zerquetschen dir den Brustkorb, rauben dir die Luft ... Drogendealer, Schleppermafia – wird schon was dran sein ...!

Besonders in Zeiten der Krise ist es für die Herrschenden wichtig, die Unterdrückten – uns! – zu spalten. Wenn nur 5% aller Österreicher/innen ungefähr 100% der Fabriken und fast 50% des Gesamtvermögens besitzen, ist klar, dass diese Kapitalisten Angst kriegen, wenn immer nur auf dem Rücken der Arbeiter/innen - unserem Rücken – gespart und zugleich auf unserem Rücken die Arbeitshetze gesteigert wird (Was? du kannst nicht schneller? Draußen warten 320.000 auf deinen Posten!).

„Der draußen“ – Flüchtling oder Arbeitssuchende – wird den Arbeiter/innen als Feind dargestellt, und viele fallen auf den Schwachsinn immerwieder rein, weil er Tag für Tag in allen Medien wiederholt wird (in fast allen ... es gibt auch antirassistische).

Trotzdem werden es immer mehr, die zumindest bei bestimmten Anlässen öffentlich kundtun, dass sie mit dem System des Staatsrassismus unzufrie-

den sind, dass sie dagegen sind, wie der Staatsapparat mit Flüchtlingen umspringt. Dass sie eigentlich ganz andere Verhältnisse wollen, dass sie erkannt haben, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse den Rassismus und Staatsterrorismus gegen „andere“ hervorbringen. Und dass das ganze kapitalistische System (in dem wir so leben müssen wie es die Besitzer der Banken und Fabriken wollen) in einer proletarischen Revolution gestürzt werden muss, damit wir endlich so leben können, wie wir uns das vorstellen. Dann musst du dich aufraffen und auch was riskieren!

Arbeiter/innen aller Länder, vereinigt euch!
Arbeiter/innen aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

8. August 2013 (143 npc)



Textilindustrie in Bangladesch: Zur Struktur eines mörderischen Systems



1. Rückblick auf die Katastrophe von Sabhar am 24. April 2013

Die größte Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie von Bangladesch - ein paar Tage in den Medien, dann - bei uns - wieder vergessen. Das Rana Plaza stürzte am 24. April 2013 um 9 Uhr morgens ein. Im Zuge der Rettungsarbeiten brach zusätzlich ein Brand aus. Bilanz (laut offiziellem und mit Sicherheit untertreibendem Bericht): 1.127 Tote und 2.438 Verletzte. Bereits am Vortag waren Risse im Gebäude aufgetreten, die Evakuierung angeordnet und ein polizeiliches Betretungsverbot verhängt worden. Die Bank und Geschäfte im Erdgeschoß wurden tatsächlich evakuiert und geschlossen, die Textilarbeiterinnen aber zur Weiterarbeit gezwungen und ihnen sogar, als sich am nächsten Tag morgens der Einsturz durch lautes Krachen ankündigte, untersagt, das Gebäude zu verlassen.

Das Rana Plaza steht auf sumpfigem Land, ohne ordentliche Fundamente, und wurde zudem unter Verwendung „minderwertiger Baumaterialien“ errichtet. „Das Bauland ist für ein mehrstöckiges Gebäude nicht geeignet.“ Ursprünglich waren drei, später fünf Stockwerke genehmigt worden. Gebaut wurden acht und ein neuntes war gerade in Errichtung. Diese Zitate sind aus dem Bericht einer offiziellen Untersuchungskommission, der nach der Katastrophe erstellt wurde. Als ob man das alles vorher nicht gewusst hätte. Und auch das geschah nur unter dem Druck massiver Streiks und Demonstrationen hunderttausender Arbeiter und Arbeiterinnen als Reaktion auf die Katastrophe. Der Sitz der Textilkapitalistenorganisation BGMEA wurde belagert, die Autobahnen rund um Dhaka wurden blockiert, besonders gefährliche Fabriken zum Schließen gezwungen, Au-

tos brannten. Die Staatsmacht, während sie an ihrem Untersuchungsbericht arbeiten ließ, feuerte mit Tränengas und Gummigeschossen in die Demonstrationen.

Nur eine korrupte Staatsmacht? Nur einige „verantwortungslose Unternehmer“ (nur oder in erster Linie bangladeschische klarerweise)? In den Jahren 2011 und 2012 wurden drei der im Rana Plaza angesiedelten Fabriken vom TÜV Rheinland untersucht. Es wurden keine Baumängel festgestellt. Wie das? Die Prüfung hatte nur „ethische Kriterien der Arbeitsgestaltung“ zum Inhalt. So kann man es, als deutscher Importeur, auch machen, um sich ein Feigenblatt zu verschaffen. Und was für ein Hohn auf die im wahrsten Sinn des Wortes mörderischen Verhältnisse!

Am 24. November 2012 war es zur bisher vorletzten großen Katastrophe gekommen. Bei einem Brand der Textilfabrik Tazreen Fashions kamen (laut offiziellem und nachweislich gefälschtem Bericht) 121 Menschen ums Leben und wurden 200 verletzt. Tazreen produzierte unter anderem für Walmart, C&A und die US-Marine. Gleiches Spiel wie immer: die Regierung tritt auf den Plan, verspricht Besserung, ein Untersuchungsbericht wird fabriziert, heraus kommt nichts, niemand der Verantwortlichen wird belangt. Entlastungsargument für den Fabrikei-

gentümer waren, er habe schon ein Jahr lang seine Fabrik nicht betreten (es gehört ihm ein Dutzend weitere mit einem Gesamtumsatz von 65 Mio. \$), er habe durch den Brand auch selbst Schaden erlitten und sei außerdem ein sehr frommer Mann. Dann kam die Katastrophe von Sabhar und es wird wieder genauso kommen - es sei denn, der Klassenkampf erzwingt tatsächliche Maßnahmen. Zwischen der Katastrophe im November 2012 und der jüngsten war es übrigens in Bangladesch zu 41 anderen Bränden mit 9 Toten und 660 Verletzten gekommen.

Vor zwei Jahren wurde schon einmal ein „Abkommen zum Brand- und Gebäudeschutz in Bangladesch“ zwischen Bangladesch und einigen lokalen und internationalen Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen abgeschlossen. Fast alle imperialistischen Konzerne verweigerten damals dessen Unterzeichnung - mit Ausnahme nur von PVH (Hilfiger und Calvin Klein) und Tchibo, aber auch in diesen Fällen blieb alles ein Fetzen Papier und waren die praktischen Konsequenzen gleich Null. Diesmal war allein schon angesichts des Ausmaßes der Katastrophe, der Wut der Arbeiter/innen, der Heftigkeit ihrer Reaktion, bei der Regierung und dem Kapitalistenverband „Feuer am Dach“. 15 Fabriken (von 4.500!) wurden geschlossen, weitere „Hunderte“ sollten im Mai geschlossen werden (seither hört man nichts mehr davon), die gewerkschaftliche Organisierung der Textilar-

beiterInnen wird, heißt es, in Zukunft toleriert, der Mindestlohn solle erhöht werden und die oben erwähnte „Untersuchungskommission“ wurde eingesetzt. Wie ernst das alles gemeint war, zeigt eine gleichzeitige Äußerung des bangladeschischen Finanzministers, Abul Maal Abdul Muhith, befragt auf eventuelle „negative Konsequenzen“: „Ich glaube nicht, dass das (der Einsturz) eine sehr ernste Sache ist. Es war ja nur ein Unfall.“

Mitte Mai wurde wieder ein „Abkommen zum Brand- und Gebäudeschutz in Bangladesch“ hervorgezaubert. Diesmal blieb den imperialistischen Konzernen nichts übrig als zu unterschreiben, was die meisten auch blitzartig taten. Diesmal war die Lage zu explosiv - nicht die Besorgnis der „Weltöffentlichkeit“, aber nein, sondern die Lage in den Fabriken und auf den Straßen von Bangladesch. Es beinhaltet einige schöne, „humanitäre“, der Papierform nach z.T. auch eventuell nützliche Regelungen bzw. Versprechungen, alles sehr vage und sowieso nur eine sozusagen minimale Verschönerung eines der bösesten Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme. Es springt sofort ins Auge, dass es - abgesehen von allgemeinen Phrasen - immer nur um individuelle Rechte des einzelnen Arbeiters / der einzelnen Arbeiterin geht, und das klappt bekanntlich sowieso nicht. So könne der/die Arbeiter/in z.B. bei schweren Sicherheitsmängeln „die Arbeit niederlegen, ohne sanktioniert zu werden“, was sogar bei uns

schon schwierig wäre, ganz zu schweigen von einem Land, wo man bisher dafür geschlagen, manchmal sogar umgebracht wird. Oder Arbeiter/innen haben einen Anspruch auf „Mitarbeiterschulung in Sicherheitsfragen“, was eher eine Verhöhnung ist. Die „Gewerkschaftsfreiheit“ ist - logisch! - nicht Gegenstand eines solchen Abkommens, denn die sei Sache der Regierung. Von den regelmäßigen „unabhängigen Kontrollen“ konnten wir uns schon in den letzten Jahren überzeugen. Ah ja, und der „Lenkungsausschuss“, der die Umsetzung des Abkommens überwacht, wird von eben diesen imperialistischen Konzernen - im Verhältnis ihrer Produktionsquoten - finanziert. Es sieht, wenig überraschend, alles nach Augenauswischerei aus und ist offenkundig vor allem für das „Menschenrechts“-Ausland bestimmt. Ins Auge springt auch das alte Problem: die imperialistischen Konzerne produzieren ja formal-rechtlich nicht selbst in Bangladesch und was die lokalen Kapitalisten treiben, können sie angeblich nicht kontrollieren, und letztere sind nicht „Partei“ dieses Abkommens. So geht's auch. Wer das für einen „Fortschritt“ hält, ist entweder ein Betrüger oder auf beiden Augen blind. Fazit: Für die Wunden unseres westlichen „Gewissens“ sind solche Manöver vielleicht Balsam, dass daraus in Bangladesch irgendein Nutzen erwächst, ist höchst unwahrscheinlich und hängt jedenfalls nicht vom guten Willen der Konzerne ab, auch nicht von einem nebulösen menschenrech-

telnden „Druck“, sondern ausschließlich von der weiteren Entwicklung des Klassenkampfes in Bangladesch.

Dabei ist es nicht so, dass die Textilkonzerne nicht in der Lage, ja sogar in gewissem Umfang interessiert wären, die gravierendsten Übelstände zumindest etwas zu mildern, um solche Katastrophen zu vermeiden, die ihnen ja auch selbst außer dem schlechten Image Schäden und Stockungen der Profitmacherei bringen. Es regiert aber nicht nur die Bosheit (die könnte man theoretisch durch christliche Nächstenliebe überwinden), sondern banal das nüchterne kapitalistische Kalkül (und das lässt sich im Rahmen des Kapitalismus nicht ignorieren). Die Frage ist eben immer, ob eine Verbesserung der Lage, bei aller Liebe, die damit verbundenen Kosten wert ist und ob diese - gemessen an der erforderlichen Profitrate - auch „vertretbar“ sind. Lieber wäre es ihnen sicher, es klebte nicht so viel Blut an ihren Händen, das wäre weniger peinlich und hätte auch ganz praktische Vorteile (weniger Produktionsausfall oder -verzögerung, keine Randalen der Arbeiter/innen, keine Stärkung der illegalen klassenkämpferischen Gewerkschaften...), aber der „Preis“ wäre zu hoch. Es herrscht wilde Konkurrenz und jeder muss seinen Börsenwert steigern. Daher werden ganz im Gegenteil die Ankaufspreise immer weiter gedrückt und die Lieferzeiten immer mehr verkürzt. Letztere liegen inzwischen manchmal bei nur mehr einer Woche.

Die Ware muss auf Teufel komm raus fertig werden und so werden die Arbeiter/innen, wie im jüngsten Fall, trotz Krachen und Rissen in Mauern und Decken zum Weiterarbeiten gezwungen, manchmal auch eingesperrt. Deshalb werden Notausgänge verschlossen und Feuerleitern abmontiert. Wäre nämlich die Ware nicht rechtzeitig versandbereit, sagten sich die dortigen Kapitalisten, drohte ihnen ein Lieferpöbel (Strafzahlung) und liefen sie Gefahr, beim nächsten Auftrag übergangen zu werden. Dieser Preis erschien ihnen im Vergleich zu dem bisschen Gefahr für Leib und Leben der 3.500 geopferten Arbeiter/innen zu hoch. In diesem Fall haben sie sich allerdings in ihrer Gier „verkalkuliert“, es ist nämlich nicht nur das Gebäude, sondern auch ihr „business“ zusammengekracht, einige wenige von ihnen wurden sogar verhaftet, der „Untersuchungsbericht“ forderte sogar lebenslange Freiheitsstrafe, aber die BGMEA wird schon dafür sorgen, dass es nicht so kommt, schließlich war es ja nur ein unvorhersehbarer Unfall, das hat sogar der Finanzminister gesagt. Einer dieser armen Kerle hat sich sogar einen Arm und ein Bein gebrochen, wie von den Medien in interessierter Manier gemeldet wurde. Trotzdem „geht es nicht anders“ und daher bleibt, wenn

es nach ihnen und den imperialistischen Konzernen geht, alles wie es ist.

Und sollte die bangladeschische Arbeiter/innenklasse eines Tages einmal nicht mehr beherrschbar sein und/oder das bangladeschische „Entwicklungswunder“ kollabieren, dann kann man ja weiterziehen und hat dann wieder einige Jahre Zeit, bis die „Weltöffentlichkeit“ Zeit und Gelegenheit findet, sich dem neuen Standort zuzuwenden. Bangladesch ist mit seiner textilen „Monokultur“ auch zu einem „Wegwerfand“ geworden.

Die verheerenden Zustände bezüglich der Lage der Arbeiter/innenklasse in Bangladesch sind nicht „Zustände wie im 19. Jahrhundert“, auch wenn sie manchmal so ähnlich aussehen, sondern Zustände im 21. Jahrhundert, sie verkörpern nicht eine „dunkle Vergangenheit“, sondern eine Gegenwart und Zukunft, soweit sich diese Zukunft aus der Logik der kapitalistischen Akkumulation ergibt. Nur durch den Klassenkampf mit dem Ziel des Sturzes des Ausbeutersystems und der Volksrevolution kann diese Logik durchbrochen werden!



2. Bangladesch in der globalen Textilindustrie

Heute arbeiten in Bangladesch 4 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die Hälfte der Arbeiter/innenklasse, in mehr als 4.500 Textilfabriken, 87% von ihnen sind Frauen, vor allem junge Frauen, zugewandert aus ländlichen Gebieten. Textilprodukte machen 80% des bangladeschischen Exports aus. Das Land ist nach China der zweitgrößte Textilproduzent der Erde. Das war nicht immer so. Mitte der 1980er Jahren machten Textilien noch gerade einmal 4% des Exports des Landes aus. Die Jute-Industrie war der wichtigste Industriezweig und exportiert wurden vor allem Jute und Reis. Dann wurde sein „Potential“ als Paradies der Textilproduzenten bzw. -händler entdeckt. Die USA führten Quotenregelungen gegenüber China, Indonesien, Malaysia und Thailand ein und räumten Bangladesch als einem der „am wenigsten entwickelten Länder“ einen bevorzugten Status im Importgeschäft ein. Europa folgte. Schließlich wollte man doch diesem Ärmsten der Armen (ei-

nem von 48) „helfen“. Auch Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) begeisterten sich für die „Hilfe“. Privatisierungen, massive Senkung der Staatsausgaben, das Übliche eben. Die Folge war Massenarbeitslosigkeit, Vernichtung der lokalen Industrien und eine Explosion der Importe. Das Land war reif geschossen für den „sagenhaften“, von IWF und Weltbourgeoisie gefeierten „Aufschwung“ der Textilindustrie: Niedrigstlöhne (heute ein Viertel der chinesischen), weitgehende faktische Illegalisierung der Gewerkschaften (beginnend mit der Privatisierung der Staatsbetriebe), völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter/innenklasse und des Volkes, keine Zölle auf die Einfuhr von Maschinen für die Textilindustrie ... Zwischen 2000 und 2012 vervierfachte sich der Umsatz der bangladeschischen Textilindustrie, von 4,8 auf 20 Mrd. \$. Erster Abnehmer ist die EU, gefolgt von den USA. Was für ein „Aufschwung“, ein wahres „Entwicklungswunder“, eine wunderbare Blaupause der „Entwicklungsstrategie“ des IWF - mit ein paar Kollateralschäden

halt, von den unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen bis zum Ruin jeder auf die nationalen Reproduktionsbedürfnisse ausgerichteten Wirtschaft.

Die gesamte herrschende Kompradorenklasse, von den lokalen Kapitalisten bis zu den Spitzen des Staatsapparats, der Armee, der Polizei stürzte sich auf die neue „Chance“. „Geheimer Machthaber“, wie die Leute sagen, ist die BGMEA (Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association). Es gibt kaum einen Politiker, der nicht mit der BGMEA verfilzt wäre. Die Hälfte der Parlamentsabgeordneten sind direkt oder indirekt Eigentümer von Textilfabriken und umgekehrt gehören 40% der Textilindustrie Parlaments- und Regierungsmitgliedern. Die BGMEA hat alles in der Hand. Sie führt, wenn überhaupt (manchmal nur geboren aus internen Zwistigkeiten), die „Sicherheitskontrollen“ der ihr angehörenden Betriebe durch und sie fabriziert nach den Katastrophen die „Untersuchungsberichte“ oder liefert dafür die Vorlagen. Sie ist auch zuständig für die Auszah-

Die BGMEA ist für die Entschädigung von Unfall- und Katastrophenopfern in den Textilfabriken zuständig. Die makabre Preisliste sieht 100.000 Taka (1.000 €) pro Verletztem für Heilungskosten vor und eine Leiche kostet sie 600.000 Taka (6.000 € als Entschädigung der Familie). Das erledigt alles die BGMEA, weder der Verursacher, der betreffende einzelne Kapitalist, kriegt damit etwas zu tun, noch die Justiz. „Aber nur die mit dem meisten Glück kriegen solche Brosamen von der BGMEA. Sie selbst erstellt nämlich die Liste der Opfer und, da die meisten keinen schriftlichen Arbeitsvertrag haben, verfügen die Angehörigen über kein Dokument, das ihre Ansprüche belegen könnte. Jeder kann sich ja schließlich einen Fuß brechen oder in ein Feuer stürzen. Im Fall von Tazreen (Anm.: die Brandkatastrophe vom November 2012) war es noch schlimmer. Man konnte viele verstümmelte oder zu Asche verbrannte Leichen nicht mehr identifizieren... 27 in den Flammen umgekommene Arbeiterinnen wurden einfach von der Liste gestrichen, weil ihre Leichen nicht auffindbar waren. Andere nennen eine fünfmal höhere Zahl. „Die offizielle Opferbilanz hat nichts damit zu tun, was sich wirklich abgespielt hat. Jeder von uns hat Arbeitskolleginnen, die nicht mehr lebend aus der Fabrik herausgekommen sind und die die BGMEA nicht anerkennt, unter dem Vorwand, man hätte von ihnen keine Spuren gefunden“, erregt sich Shilpee, eine Überlebende, „aber welche Spuren kannst du hinterlassen, wenn du tot bist und deine Familie auf dem Land nicht einmal etwas davon weiß.“ („Le Monde Diplomatique“, Juni 2013)

lung von Entschädigungsgeldern für die Opfer bzw. Angehörigen von Brand- und Einsturzkatastrophen wie der jüngsten, um den einzelnen Kapitalisten, aber auch den Staat und die Justiz aus der Schusslinie zu nehmen.

Die bangladeschische Textilindustrie ist, neben ihrem Zusammenschluss in der BGMEA, so organisiert, dass zwischen die 4.500 lokalen Fabriken und die ausländischen Konzernen etwa 200 „Einkaufshäuser“ geschaltet sind. Sie verteilen das Geschäftsvolumen, erstellen Vorgaben für Modelle und Produktion - und betreuen die ausländischen Gäste. Wenn z.B. ein Abgesandter eines fashionablen Labels nach Bangladesch fährt, um „seine“ Produzenten zu besuchen und zu besichtigen, dann landet er in aller Regel bei „seinem“ „Einkaufshaus“ und er müsste sich sehr, sehr anstrengen, mehr oder anderes zu sehen als das, was man ihm dort zeigen will. Und auch vielen sich in Bangladesch herumtreibenden NGOs, Ethikexperten, Arbeitsrechtsorganisationen und Abgesandten bourgeoiser Gewerkschaftsverbände ist es sicher viel lieber, sich von diesen Vermittlungsgangstern „objektiv“ informieren und „betreuen“ zu lassen, statt sich in dreckigen Fabriken umzutreiben und womöglich selbst in Gefahren zu geraten,

Brandgefahr, Einsturzgefahr oder auch die Gefahr einer ordentlichen Tracht Prügel durch die Arbeiter/innen.

Die gesamte herrschende Kompradorenklasse samt ihren politischen, kulturellen etc. Anhängseln ist ein einziger korrupter Filz. Aber selbstverständlich stecken hinter diesem Filz, hinter der scheinbar besonderen Bosheit der lokalen Kapitalisten, hinter dem korrupten politischen System des Landes - die „Märkte“, sprich die imperialistischen Konzerne und Staaten, die sich Bangladesch so hergerichtet haben, wie sie es brauchen. Zwar stehen Arbeiter/innenklasse und Volk von Bangladesch unmittelbar der lokalen Kompradorenbourgeoisie und deren Staat gegenüber, gegen diese richtet sich unmittelbar ihr Kampf, aber es ist klar, dass dieser auf die soziale und politische Befreiung zielen muss und das heißt Brechen und Abschütteln des neokolonialen Jochs. So gesehen zielt er gegen die imperialistische Unterwerfung des Landes durch die imperialistischen Monopole und Staaten. Gegen diese ist der Hauptstoß in der Enthüllungs- und Aufklärungsarbeit hier bei uns zu richten. Die unerträglichen Zustände in den Textilfabriken sind unseren Bourgeoisien in der „Öffentlichkeit“ vielleicht

manchmal ein Stein des Anstoßes, aber deren Ergebnis ist gewünscht, herbeigeführt, organisiert. Wie elend die Verhältnisse auch sein mögen, es gibt immer noch Grund, dass diese Konzerne über die Ankaufspreise und Lieferfristen weiteren, zusätzlichen Druck auf die lokalen Kapitalisten ausüben und damit auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter/innenklasse. „Tazreen, sagt eine überlebende Arbeiterin, hat nicht ein Jota an der desaströsen Situation der Textilarbeiter geändert... Sicher wird es einige kosmetische Maßnahmen geben, die BGMEA wird ihre ausländischen Kunden beruhigen und diese ihre Konsumenten. Aber es wird sich nichts ändern, solange nicht das System zerstört, aufgelöst und auf neuen philosophischen Grundlagen neu aufgebaut wird.“ Sie ist, wie man sieht, nicht sehr optimistisch, und kann sich eine machtvolle Entfaltung des Klassenkampfes, geleitet von einer revolutionären Perspektive, nicht recht vorstellen, aber darin hat sie Recht: Das neokoloniale kapitalistische System muss zertrümmert werden und auch bis dahin kann ein weiteres Niederdrücken nur verhindern oder sogar eine gewisse Verbesserung der Lage nur erreicht werden durch schwere Klassen-schlachten.

„Kapital, sagt der Quarterly Reviewer, flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. **Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert...**“ (zitiert von Marx, Kapital I, MEW 23, S.788 als Fußnote zu seiner Feststellung im Zusammenhang mit der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“: „Wenn das Geld, nach Augier, ‚mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt‘, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“)

3. Zur politischen Situation in Bangladesch

Das ist hier nicht unser Thema, daher nur ein paar unerlässliche Bemerkungen. Bangladesch ist nicht nur Textilindustrie, es hat auch eine große geopolitische Bedeutung, allein schon im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan, es ist auch ein potentieller „Vorhof“ Chinas. Die Arbeiter/innenklasse von Bangladesch führt seit vielen Jahren heftige Schlachten gegen ihre Kompradorenbourgeoisie und deren Staat. Kein Wunder daher, dass sich auf dieser Grundlage auch eine permanente politische Krise entwickelt hat. Ausnahmezustand, Massenverhaftungen, wilde Rivalitäten zwischen den politischen Fraktionen der Bourgeoisie (die sich auch in ihrer Haltung zu dieser oder jener imperialistischen Macht differenzieren) sind die Regel. Angesichts der nicht verwunderlichen „Legitimitätskrise“ sämtlicher Regierungen des Landes der letzten Jahre, egal ob eher offen reaktionär wie die Bangladesh Nationalist Party (BNP) oder eher we-

niger reaktionär und fast „links“ wie die Awami, kommt offenbar die ultrareaktionäre „islamisch-fundamentalistische“ Partei Jamaat-e-Islami wieder mehr ins Spiel. Sie verübt Terrorakte gegen gewerkschaftliche und fortschrittliche und revolutionäre politische Bewegungen und Parteien, strotzt nur so vor Geldmitteln und ist eine faschistische Reserve des Imperialismus. Bis 2008 bildete sie zusammen mit der BNP die Regierung, seither regiert die Awami, die für ihr „fortschrittliches“ Wahlprogramm eine gewaltige Mehrheit im Parlament gewann. Geändert hat sich wie zu erwarten nichts. Der US-Imperialismus, der zwar auch die jetzige Regierung stützt, hält sich alle Optionen offen und betrachtet die Jamaat als „gemäßigte demokratische islamische Partei“ und schlägt der Regierung vor, „die Differenzen in Gesprächen beizulegen“. Das Kalkül des US-Imperialismus ist nicht sehr transparent, vielleicht gibt man der jetzigen Regierung keine allzu lange Lebensdauer mehr und bastelt an einer anderen Option, vielleicht spielt

man banal gleichzeitig mehrere Karten, ... Gründe für das imperialistische Interesse gibt es genug: Der gesamte weltweite Textilmarkt beläuft sich immerhin auf 3.000 Milliarden \$, das ist kein Pappenstiel, und Bangladesch liegt im Zentrum der asiatischen Unwetter, die sich zusammenbrauen.

Die Klassenschlachten, die die bangladeschische Arbeiter/innenklasse seit vielen Jahren gegen ihre eigene Kompradorenbourgeoisie und gegen Neokolonialismus und Imperialismus führt, bleiben, wie könnte es anders sein, hierzulande fast gänzlich „unbemerkt“. Aber es gibt eine teils legale oder halblegale, teils illegale Gewerkschaftsbewegung und es gibt eine revolutionär-kommunistische maoistische Bewegung, die Elemente des bewaffneten Kampfes auf dem Land mit der Arbeit in der städtischen Arbeiter/innenklasse verbindet. Ihnen gilt unsere Verbundenheit und ihnen übermitteln wir - auch aus dem jüngsten traurigen Anlass - unsere Anteilnahme und unsere roten Grüße.

BANGLADESCH – aus Anlass der jüngsten Katastrophe:

Was können wir zur Unterstützung von Arbeiter/innenklasse und Volk in Bangladesch beitragen (und was nicht)?

Nach der entsetzlichen Katastrophe des Einsturzes des Fabrikkomplexes Rana Plaza in Sabhar am 24. April ist das Thema der Arbeits- und Produktionsbedingungen in Bangladesch (und anderen asiatischen Ländern) wieder einmal, zum x-ten Mal, auch wieder nur für kurze Zeit, ins „Licht der Öffentlichkeit“ getreten. Da dies mit über dreieinhalbtausend Getöteten, Verstümmelten und Verletzten die bisher schwerste in der endlosen Folge solcher Katastrophen in Bangladesch war, musste die bürgerliche Öffentlichkeit diesmal mit mehr als nur einer kurzen Meldung reagieren. Das benutzte sie allerdings, abgesehen vom Beiwerk vorgespiegelten Mitgeföhls für die Opfer, zu Geblöke über „Versäumnisse“, ja eine „gewisse Mitschuld“ „unserer“ Textil- und sonstigen Konzerne und damit zugleich zur Vernebelung der tiefer liegenden wirklichen Ursachen solcher

Tragödien und der Rolle, die die imperialistischen Konzerne und Staaten und ihre internationalen Organisationen wie der IWF dabei spielen, sowie zur Entlastungspropaganda für ebendiese Konzerne und Regierungen, da „ja wir selbst auch ein bisschen Mitschuld tragen“, nämlich weil bzw. wenn wir ein T-Shirt um 4,95 € oder 9,95 € oder auch 19,95 € kaufen.

„Anatomie“ eines 4,95 €-T-Shirts

Fangen wir gleich mit diesem Punkt an, denn er leitet uns weg von „Konsumentenverantwortung“ und „Moral“ und hin zu den Verhältnissen in Produktion und Handel, d.h. zum Profit. Der Verkaufspreis eines solchen T-Shirts in Europa, gleich ob es das minderwertige H&M-Basic T-Shirt um 4,95 € oder ein „Qualitäts“produkt um 199,95 € oder ein „Designerprodukt“ um 999,95 €

ist¹, beträgt im Schnitt das Sieben- bis Zehnfache des Einkaufspreises in Bangladesch². Die Handelsspanne der imperialistischen Konzerne liegt also bei 85-90%. Daraus müssen sie



die Transport- und Distributionskosten tragen, die Umsatzsteuer, in seltenen Fällen (z.B. bei Laufschuhen etc.) auch ein bisschen Entwicklungskosten und auch, das ist bei weitem der größte Brocken, die Werbungs- und Marketingkosten incl. der Kosten ihrer verlogenen Propaganda über ihr „verant-

¹ Das gibt es wirklich, nämlich bei Luxusprodukten, z.B. bei einem Yves Saint-Laurent-Hemd, das durch die französische Presse geisterte und bei dem sich die (damals chinesischen) Lohnkosten trotz diffiziler Qualitätshandarbeit bei unter 1% bewegten. Die Verlagerung der Produktion der Firma, zuerst nach Tunesien und dann nach China wurde dennoch mit den „zu hohen französischen Lohnkosten“ begründet.

² „Le Monde Diplomatique“ (französische Ausgabe), Juni 2013: „Au Bangladesh, les meurtriers du prêt-à-porter“ (Bangladesch: Die Mörder der Konfektionskleidung). Ein unter dem Druck der imperialistischen Monopole leidender Kapitalist vor Ort klagt dort: „Das Problem ist, dass meine Kunden die Preise mehr und mehr zertrümmern. Was wollen sie eigentlich? Dass die Leute gratis arbeiten? Die europäischen Marken machen eine Marge von mindestens 7, d.h. sie wiederverkaufen unsere Produkte zu einem Preis, der sieben Mal höher ist als ihr Einkaufspreis, wenn nicht zehn Mal höher. Es gibt keine Grenzen ihres Profitstrebens mehr. Alte Kunden verlassen uns von heute auf morgen, weil ein Konkurrent ihnen für einen Artikel 10 Cents weniger vorschlägt. Es herrscht eine unglaubliche Heuchelei. Stellen Sie sich das einmal vor: H&M kommt ... und verlangt bessere Arbeitsbedingungen in den bangladeschischen Fabriken und zugleich verlangen die Beauftragten von H&M eine Preissenkung um 15%. ‚Schaut wie Ihr zurechtkommt, der Rest ist uns wurscht.‘ Das ist ihre Philosophie.“ Der Mann hat vergessen, hinzuzufügen, dass es auch bei ihm keine „Grenzen des Profitstrebens“ gibt und er aus seiner Sicht und in seinem Bereich derselben „Philosophie“ anhängt.

wortungsvolles Handeln“, ja ihr „Engagement“ für eine Verbesserung der Verhältnisse, ihr Lobbying usw. - aber es bleibt ihnen ein Profit, der sich gewaschen hat und in überhaupt keiner Relation steht mit dem Einkaufspreis in Bangladesch (geschweige denn mit den Löhnen der Arbeiterinnen, die ja wiederum nur einen kleinen Teil dieses Einkaufspreises ausmachen). Die bourgeoise Propaganda bei uns behauptet nun oder suggeriert zumindest, dass der „günstige“ Verkaufspreis in Europa, an dem „wir“ ja alle interessiert wären, die Triebkraft sei, die auch den „verantwortungsvollsten“ Konzern vielleicht dazu verleiten, ja - Konkurrenz und die „Wettbewerbsfähigkeit“! - „zwingen“ könnte, in Bangladesch ein bisschen wegzuschauen, ja womöglich selbst Interesse an Lohndrückerei und entsetzlichen Arbeitsbedingungen zu haben, von den berühmten „schwarzen Schafen“, „menschlichem Fehlverhalten“ oder „sträflichen Versäumnissen“ einmal abgesehen.

Was für ein verlogenes Geschwätz! Das, was ohnehin jedem denkenden Menschen klar ist oder er jedenfalls vermutet, wird

sehr deutlich sichtbar, wenn man es an einem Zahlenbeispiel durchrechnet. Wir nehmen dazu als Beispiel das H&M-Basic T-Shirt³. Es wird von H&M in Europa zum Endverkaufspreis von 4,95 € verkauft und in Bangladesch zum Einkaufspreis von 1,35 € gekauft. Die Bruttomarge von H&M, vor Abzug von Transport- und Distributionskosten etc. und Umsatzsteuer, beläuft sich also auf 3,60 €, das sind 73% des Verkaufspreises. Der Stundenlohn einer bangladeschischen Näherin liegt heute etwa bei 23 Cents. Sie näht 250 T-Shirts pro Stunde, der Lohnanteil pro T-Shirt macht daher 9 Cents (= 0,09 €) aus, das ist knapp unter 0,02% (!) des Verkaufspreises. Würde sie eine Lohnerhöhung um sagen wir 50% erkämpfen, dann würden sich die Kosten eines T-Shirts um 4,5 Cents (=0,045 € od. 50% von 0,09 €) verteuern und auf 0,03% des Verkaufspreises steigen. Nehmen wir weiters an, dass sich auch die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterin (vielleicht durch ein plötzliches unerwartetes „Menscheln“ der bangladeschischen Bourgeois und ihres Staatsapparats bzw. ihrer imperialistischen Oberchefs oder ein

„energisches Eingreifen“ eines EU-„Gerechtigkeitskommissars“ oder durch irgendeinen nebulösen „Druck der Konsumenten“ oder, Scherz beiseite!, durch den Klassenkampf der bangladeschischen Arbeiter/innenklasse) gewaltig verbessern und „unvorstellbare“ Mehrkosten von sagen wir nochmals so viel verursachen. Die 50%ige Lohnerhöhung der bangladeschischen Arbeiterin schlug sich also als Profit- bzw. Margenschmälerung um 0,045 € nieder und die „neue Ära“ in puncto Arbeitssicherheit und -bedingungen in einer solchen um nochmals 0,045 € bedeuten. Zusammen „drückt“ das auf die Profitrate mit „satten“ 9 Cents oder 0,04% des Verkaufspreises von H&M. Und je teurer ein Produkt ist, desto fetter ist die Marge des imperialistischen Konzerns, denn ein fünfmal so hoher Verkaufspreis bedeutet ja keineswegs fünfmal so hohe Einstandskosten, und desto geringfügiger daher die Wirkung dieser „unfassbaren“ Verbesserung der Lage unserer Näherin.

Die heutigen Lohnkosten der bangladeschischen Näherin, die 0,09 €, machen nur einen winzigen Anteil

³ Wir stützen uns bei diesem Beispiel auf Zahlen aus der „Geschichte der Textilarbeiterin Nazma“ im deutschen „Handelsblatt“ vom 23.12.2010 (man hatte aus gegebenem Anlass, auch einem schweren Unglück, gerade wieder einmal das Mitleid aus der Grube gezogen und propagierte die „Mitschuld des Konsumenten“) und deren Fortschreibung unter Berücksichtigung von Lohnerhöhungen, die die Arbeiterklasse seither erkämpft hat. Nazma näht 250 T-Shirts pro Stunde, was unglaublich klingt, aber eine Tatsache ist und mit einer hochgradig arbeitsteiligen Produktionsorganisation zu tun hat, in der die Näherin auch in ihren physiologischen Abläufen wirklich zum „Anhängsel der Maschine“ geworden ist. Sie verdient für ihre Arbeit 5.000 Taka, umgerechnet 47,7 € im Monat, das macht unter Annahme eines Achtstundentags (Überstunden werden in der Regel sowieso nicht bezahlt) und einer Sechstageswoche 1,83 € am Tag oder 23 Cents in der Stunde. Verkaufspreis pro T-Shirt bzw. Einstandspreis von H&M: 1,35 €, davon 40 Cents für die 400 Gramm Baumwolle, den Lohnanteil haben wir oben mit 0,09 € ermittelt, der Rest sind sonstige Arbeitskosten (der Näherin vor- und nachgelagert), Kosten für Maschinerie, Betriebsstoffe etc. und natürlich der Profit des lokalen Kapitalisten. Endverkaufspreis durch H&M in Europa: 4,95 €.

am Verkaufspreis unseres T-Shirts aus, nämlich 0,02%⁴. Die imperialistische Propaganda jedoch behauptet oder suggeriert zumindest, dass das Elend unserer bangladeschischen Arbeiterin dadurch (mit)verursacht wird, dass „wir“ unser T-Shirt, in unserem Beispiel, unbedingt um 4,95 € haben wollen. Daher würde jede Erhöhung des Mindestlohns und jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen, so nett und erfreulich sie an und für sich sein mögen, sofort auf den Preis bei uns durchschlagen. Sie vergisst, dieses „Durchschlagen“ näher und mit Zahlen zu erläutern, weil dann die Absurdität dieses Arguments grell ans Licht träte: selbst in unserem extremen Beispiel würde der Preis von 4,95 € nur auf 4,99 € „hinaufschnellen“, und das auch nur, wenn nicht anderswo rationalisiert oder der Profit im Mäusezähneausmaß angeknabbert würde, und sei es der des lokalen Kapitalisten. Dennoch wird suggeriert, dass unser bekanntlich geiler Geiz schuld oder zumindest mitschuld am erbärmlichen Los der bangladeschischen Näherin sei. Was für eine wunderbare Rechtfertigungspropaganda für die imperialistischen Konzerne! Wie viele Tränen auch vergossen werden, am Ende mündet es in der „beinharten“, aber verlogenen „Fragestellung“: „Du willst doch ein T-Shirt um 4,95? Dann reg’ dich nicht auf über die Zustände in Bangladesch!“

Aus Sicht der Textilmonopole wären freilich auch diese 0,09 € zu viel. Der „Wettbewerb“, von dem immer die Rede ist, ihr Wirtschaftskrieg untereinander dreht sich um Profitrate und Börsenkurs. Den Konzernen geht es um den Maximalprofit und auch winzige Beträge pro T-Shirt addieren sich bei so einem Konzern schnell zu einer großen Summe. Und, Hand aufs kapitalistische Herz, was ist schon eine bangladeschische Arbeiterin wert, wenn es um Höheres wie Profitrate und Börsenwert geht oder, damit auch „wir“ uns damit identifizieren können, um die „Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“.

„(Mit)schuld der Konsument/innen“?

Zweitens ist zu sagen, dass keine Rede davon sein kann, dass „wir“ minderwertige T-Shirts, Wegwerfprodukte, bei denen alle Nähte krumm und schief sind (kein Wunder, wenn sie in 15 Sekunden genäht werden müssen), die wegen der „Qualität“ des Baumwollstoffes und der Verarbeitung nur fünf Wäschen aushalten und übrigen häufig mit Pestiziden, Färbe- und Bleichmitteln, Appreturen und sonstigen chemischen Giften jeder Art belastet sind (was alles ebenfalls durch die Hände der Näherin geht und von ihrem Körper aufgenommen wird) - dass „wir“ solchen Dreck unbedingt „wollen“. Ein minderwertiger Fetzen, mag er noch so hipp und der geilste letzte Modeschrei sein, bleibt ein minderwertiger Fetzen. Es ist vielmehr so, dass auch „wir“ selbst von unseren Kapitalisten ausgebeutet werden, aus historischen Gründen nicht unter gleichen Bedingungen und in gleichem Maß wie die Arbeiterinnen und Arbeiter in Bangladesch, aber doch, dass auch bei uns Arbeitslosigkeit und Prekarität steigen, dass die Reallöhne sinken und dass sich viele eben nur solche miserablen T-Shirts leisten können, obwohl sie wissen, dass sie sie in ein paar Wochen weg-schmeißen können - und trotz des schlechten Gewissens, das uns die imperialistischen Medien, die Medien der Verursacher eben dieser Misere und dieser Katastrophen, einimpfen wollen. Sicher könnte man statt fünf solcher Fetzen lieber ein qualitativ höherwertiges und haltbareres Produkt zu kaufen. Man könnte, aber man kann nicht, denn dafür ist oft banal das Geld nicht da. Außerdem klebt Blut nicht nur an dem Basic T-Shirt um 4,95 €, es klebt auch an dem um 19,95 €, dasselbe Blut und proportional sogar, je höher der Preis, desto mehr. Insofern ist der Appell der Bourgeoisie, die selbst nur ihren Profit, aber keinerlei „Moral“ kennt, an unsere „Moral“ und unsere „Konsumentenverantwortung“ nicht nur verlogen, sondern direkt eine Frotzelei. Wirkliches Mitgefühl für die

1 Leiberl
um 4,95 €

Der LOHNAN-
TEIL an einem
Leiberl aus
Bangladesch
beträgt 0,02%.

Eine VERDOPPE-
LUNG DER LÖHNE
(+100%) in der
Textilindus-
trie in Bang-
ladesch würde
ein Leiberl um
0,04 € verteu-
ern, von 4,95 €
auf 4,99 €

⁴ Es ist klar, dass neben der Näherin auch noch andere Arbeitskraft eingesetzt wird (Lagerlogistik, der Näherin vor- und nachgelagerte Tätigkeiten, z.B. das Zuschneiden vorher oder das Konfektionieren nachher, Maschineninstandhaltung, auch kommerzielle Tätigkeiten wie Einkauf oder Rechnungswesen und nicht zu vergessen das Wachpersonal ...), aber das spielt in unserem Zusammenhang angesichts der Größenordnungen überhaupt keine Rolle.

Boycott als Waffe – aber wann und wie?

Wo die einfache moralische Mitschuldmasche nicht mehr klappt, wird die etwas „radikalere“ Variante der „Konsument/innenverantwortung“ ins Spiel gebracht bzw. - ganz „radikal“ - die des „Boycotts“. Unterschiedliche Mittel für denselben Zweck, nämlich von den wahren Schuldigen und den Gesetzmäßigkeiten dieser Schuld abzulenken. Boycott - aber von wem oder was? Alle großen Textilkonzerne lassen in den sogenannten Billiglohnländern fertigen. Nicht überall geht es so übel zu wie in Bangladesch, aber übel geht es überall zu. Die Karawane der imperialistischen Textilkonzerne ging für die eigentliche Billigstproduktion zuerst nach China, dann weiter nach Bangladesch, jetzt schon teilweise weiter nach Vietnam, Kambodscha, bald vielleicht auch nach Myanmar, warum nicht, jetzt wo dieses „demokratisch“ wird ... Jeder, ob Diskonter oder Designerlabel, lässt dort fertigen und alle zu miserabelsten Bedingungen. Im Bangladesch lassen nicht nur die zwei weltgrößten Supermarktketten Walmart und Carrefour sowie Rewe, Aldi und Lidl fertigen, sondern auch - wir nennen nur hierzulande auf dem Markt präsent - PVH (Hilfiger und Calvin Klein), H&M, KiK, C&A, Esprit, Zara, Helly Hanson, Hess Natur, Benetton, Mango, Adidas, Nike, Levis, Next, Mothercare, Vögele, Otto Group, s.Oliver, Tchibo und einige weitere, auf dem österreichischen Markt nicht oder wenig präsent US- und britische Konzerne (Sainsbury, Marks&Spencer, Tesco ...). Also alle, aber auch wirklich alle. Die meisten aus dieser Liste, darunter auch einige „top labels“, ließen auch im Rana Plaza fertigen. Boycott ist unter diesen Umständen eine absurde Vorstellung. Man müsste wenn schon dann alle boykottieren. Mann oder Frau müssten, sofern sie nicht eine eigene Schafzucht (ein Baumwollfeld wird in unseren Breiten nichts) plus Spinnerei und Weberei und Kenntnisse in der Schneider- und Nähkunst haben, bald splitternackt herumspazieren und ihren Boycott unter dergestalt erschwerten Bedingungen ausüben⁵.

Boycott von diesem oder jenem Staat, von dieser oder jener Firma, von diesem oder jenem Produkt gab es schon immer, Boykottinitiativen haben eine lange Geschichte und es gibt einige Erfahrungen damit. Boycott kann eine Waffe sein, aber nur ein bestimmter Boycott in einem ganz bestimmten Fall und einer ganz bestimmten Situation. (Wir sprechen hier immer von einem Boycott, den die internationale Arbeiter/innenklasse und die Völker der Welt gegen besonders üble ihrer Feinde ausüben, nicht von Boykotten des Weltimperialismus gegen ihm nicht genehme Regierungen und Staaten.) So wurden z.B. in den 1960er und 1970er Jahren Rhodesien (heute Zimbabwe) und Südafrika boykottiert. Das hatte Sinn und eine gewisse, wenn auch bescheidene Wirkung. Es ging und geht dabei um Kolonialstaaten mit rassistischen und (kolonial)faschistischen Regimes. Aber auch hier war der Boycott nur ein Nebenschauplatz des Kampfes. Die Regime in Südafrika und Rhodesien wurden durch den bewaffneten Kampf der dortigen Befreiungsbewegungen gestürzt und durch sonst nichts. Wer wirklich etwas gegen diese Regime tun wollte, musste in erster Linie aktiv diese Befreiungsbewegungen unterstützen. Boycott ist hauptsächlich ein Propagandamittel mit Wirkung und Nutzen hier bei uns und kann nur selten wirklich etwas ändern. Vor allem kann ein „Konsumentenboycott“, wenn überhaupt von Nutzen und nicht bloß Selbstbefriedigung, nichts ausrichten, sondern allenfalls von propagandistischem Wert sein, und das leider auch nur im Sinn einer moralisierenden und nicht einer kämpferischen Propaganda. Deshalb war auch z.B. der Boycott von südafrikanischem Obst oder Wein nicht besonders wichtig, dass aber die Arbeiter/innen von Alstom oder Dassault den Export französischer Generatoren und Transformatoren oder Rüstungsgüter durch Streiks verhinderten oder die Werftarbeiter/innen Englands deren Verschiffung, tat den beiden Regimes schon wesentlich mehr weh. Überhaupt spielen die Hafendarbeiter/innen bei solchen Sachen meist eine entscheidende Rolle, denn sie können den Feind wirkungsvoll und relativ einfach treffen.

Soweit Boycott - über Propagandazwecke hinaus - eine gewisse Wirksamkeit entfalten konnte, handelte es sich jedenfalls immer um Produzenten-, nicht um Konsumentenboycott. Wenn heute von Boycott geredet wird, ist aber immer nur Konsumentenboycott gemeint. Aus gutem Grund, zielen doch die Kapitalisten damit nur darauf, die Empörung über ihre Machenschaften auf solche Geleise abzulenken, die diese Machenschaften selbst ja nicht durchkreuzen.

Nehmen wir ein aktuelles Beispiel, das Israels. Die heutigen Initiativen zum bzw. für den Boycott Israels sind berechtigte Bestrebungen, denn Israel ist ein rassistisches Kolonialregime, noch dazu eines, das viele andere reaktionäre und reaktionärste Regimes weit in den Schatten stellt. Aber auch hier ist der Konsumentenboycott eine schwache Waffe. Was nicht heißt, dass man nicht auch zu ihr greifen kann. Man muss ja nicht ausgerechnet Obst aus Israel kaufen, das auf dem den Palästinenser/innen geraubten Land mit Unmengen von geraubtem Wasser und unter unglaublicher Vergeudung dieses Wassers zur Bewässerung der Wüste produziert wird, während zugleich viele vertriebene und von Mauern ein-

⁵ Man könnte natürlich fordern, manche tun das auch, die Textilindustrie wieder nach Europa zurückzutransferieren. Aus Bangladesch ginge es wieder nach Vorarlberg. Dann wären wir wieder dort, wo wir vor einigen Jahrzehnten waren und die Geschichte ginge wieder von vorne los. Unter Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts würden die vorarlberger Textilkonzerne wieder ruiniert und wenig später wäre die Produktion wieder irgendwo in Asien oder Afrika gelandet. Das ergibt sich aus der Jagd der imperialistischen Konzerne nach dem Maximalprofit. Um das zu ändern, muss man den Kapitalismus stürzen und damit die Profitrate als einzige Triebkraft alles Wirtschaftstreibens beseitigen. (Abgesehen davon führte jeder solche Versuch, in irgendeinem Teilbereich und unter Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus unternommen, zu einer Welle der Massenverelendung, sowohl der vorarlberger Textilarbeiter, deren „wettbewerbsfähige“ Löhne man sich leicht vorstellen kann, als auch bei den Konsumenten, die „kostendeckende“ Preise zu berappen hätten. Jeder solche Versuch in einem Bereich, wo tatsächlich der Weltmarkt hergestellt ist, würde zu schwersten Verwerfungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion des Kapitals führen. Aber es ist sowieso nur eine irrealerückwärtsgewandte Spinnerei.)

gesperrte Palästinenser/innen unter schwerster Wasserknappheit leiden und oft ihre Felder und Gärten nicht mehr bewässern können. Und man kann - Boykott als Mittel der Propaganda - vor oder im Supermarkt Flugblätter zu verteilen, antizionistische Aufkleber und „Warnschilder“ an diesem Obst anbringen, es kann auch passieren, dass irrtümlich ein Obststand umgeschmissen wird, was unweigerlich zu vielen, teils heftigen Diskussionen (und manchmal mehr!) führen kann. Das ist vielleicht eine nützliche Propaganda, warum nicht, aber Israel wird sich davon nicht beeindruckt lassen. Eine bedeutsamere Geschichte wäre schon ein Boykott bei Militärgütern oder wichtigen Produktionsmitteln, weil das den zionistischen Staat tatsächlich praktisch träfe, nicht am „Lebensnerv“ natürlich, aber ein bisschen. In erster Linie aber muss der antikoloniale Befreiungskampf der Palästinenser/innen propagiert und unterstützt werden. Die „Zwei-Staaten-Lösung“, die sich längst in ein Instrument israelischer Kolonialpolitik verwandelt hat, muss abgelehnt und wir müssen für den Sturz der zionistischen Kolonialmacht sowie für ein revolutionär-demokratisches Palästina eintreten. Und wir müssen gegen die Kollaboration der österreichischen Bourgeoisie mit dem Zionismus auftreten und versuchen, diese Kollaboration zu be- oder ggf. zu verhindern. Soweit ein Boykott Israels etwas zur Schwächung des Zionismus beitragen kann, und sei es sogar nur in propagandistischem Sinn, ist das gut, aber sollte nicht überschätzt werden und es wäre wichtig, wenn schon, dann nicht nur israelisches Obst zu boykottieren, sondern israelische Waffen, nämlich dass Rüstung aus Israel importiert und dass Rüstung nach Israel exportiert wird. Vielleicht gibt es dafür konkrete Gelegenheiten, z.B. bei Propagandaveranstaltungen des Bundesheeres, bei „Tagen der offenen Tür“ oder am 26. Oktober am Wiener Heldenplatz. Jemand könnte auch z.B. die Wiener Neustädter Firma Schiebel (mit Büro in der Wiener Margaretenstrasse) ins Visier nehmen, die bewaffnungsfähige Drohnen - außer an die USA, Australien, Südkorea, Saudi Arabien und die Emirate und eine Reihe weiterer Staaten sowie an das Österreichische Bundesheer - auch an Israel liefert. Bessere Ansatzpunkte als das Obst gäbe es also auf jeden Fall. Vielleicht wird auch das israelische Erdgas bald einmal ein Ansatzpunkt, das in einigen Jahren über Zypern und Griechenland nach Europa exportiert werden soll. Vielleicht mischt dann die ÖMV dabei mit, dann hätte man einen konkreten Anknüpfungspunkt und ein konkretes Angriffsziel. Solche Sachen wären sowohl eine klarere, stärkere Propaganda, als auch dort oder da eine kleine wirkliche Durchkreuzung der zionistischen Interessen, im Einzelfall vielleicht sogar mehr. Aber in jedem Fall wird der Boykott in der Hauptsache ein Mittel der Propaganda und zur Bildung einer antizionistischen Solidaritätsbewegung für Palästina sein.

Auch in Österreich gab es immer wieder einige schöne Boykott-Aktivitäten. Z.B. wurde nach dem faschistischen Militärputsch in der Türkei von 1971 im Saurer-Werk in Wien Produktion und Auslieferung gepanzerter Fahrzeuge und Jagdpanzer mit Ziel Türkei von türkischen Genoss/innen technisch sabotiert, verzögert, behindert. Oder - eine „weichere“ Aktion, aber immerhin - als der VA TECH-Konzern (heute von Siemens übernommen) sich über seine deutschen Töchter an israelischen Projekten zur Um- bzw. Ableitung von Wasser aus palästinensischen Gebieten beteiligen wollte und zu diesem Zweck sogar mit israelischem Militär und Geheimdienst (die dabei das Kommando hatten) zusammenarbeitete, konnte so viel „passive Resistenz“ in Österreich und Deutschland organisiert werden, dass diese Projekte relativ bald wieder abgeblasen wurden. Israel brauchte damals gewisse Technologien, es hat sich diese wahrscheinlich anderswo besorgt, aber immerhin konnten diese Kolonialprojekte verzögert und viele Kolleg/innen dagegen eingenommen werden.

Der Boykott kann ein Mittel im Einzelfall sein, darf aber nicht überschätzt werden, vor allem dann nicht, wenn er bloß ein Konsumentenboykott ist.⁶ Und er ist nur nützlich, wenn er den wirklichen und alles entscheidenden revolutionären Befreiungskampf oder den Klassenkampf unterstützt. Ohne das würde er zum „humanitären“ Ablenkungsmanöver - nach dem bekannten Motto „Wir helfen, damit es uns besser geht“. Der Neokolonialismus ist keine Frage des Anstands und der Moral, sondern ein System der Ausbeutung, das in der Produktionssphäre wurzelt. Das Problem kann daher auch nur in der Produktionssphäre gelöst werden - und das bedeutet Umsturz der Produktionsverhältnisse in den neokolonialen und in den imperialistischen Ländern durch neudemokratische und sozialistische Revolutionen. Zum Herankommen an diese, speziell in den imperialistischen Ländern, kann auch Boykott eine Waffe sein, wenn sie an den richtigen Stellen in richtiger Weise eingesetzt wird.

Zurück zu Bangladesch heißt das, dass ein Textilboykott gegen Produkte aus Bangladesch oder gegen diese oder jene Marke oder auch gegen alle asiatischen Produzenten, aber eben immer Boykott als Konsument, ein sinnloses Unterfangen wäre. Boykott gegen was? Gegen die Produktion in Bangladesch (unter den gegebenen Bedingungen, die unmittelbar nicht zu ändern sind, jedenfalls nicht von „uns Konsumenten“), obwohl genau dasselbe in Vietnam, Kambodscha etc. geschieht? Gegen Billigstprodukte, obwohl die bangladeschische Näherin für das „Markenleiberl“ um keinen Taka mehr kriegt? Gegen z.B. H&M, obwohl alle anderen imperialistischen Monopole genauso produzieren lassen? Die imperialistische Propaganda führt bewusst auf solche „humanitären“ Holzwege.

⁶ Eine ganz andere und zusätzliche Dimension erhält das Boykottthema selbstverständlich, wenn z.B. ein Konsumentenboykott strafrechtlich verfolgt wird. So neuerdings in Frankreich, wo noch unter Sarkozy per Verordnung des Innenministeriums der „Aufruf zum Boykott israelischer Produkte“, da angeblich antisemitisch, unter Strafe gestellt wurde (ebenso der Aufruf zum Abzug französischen Kapitals aus Israel und der zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel). Die neue sozialdemokratische Regierung Hollande, die die Sarkozy-Linie weiter und meistens verschärft weiter verfolgt, hält auch in dieser Frage am Repressionskurs fest: Derzeit stehen fünf Prozesse in Sachen Boykottaufruf zwischen Juni und Oktober ins Haus. In so einem Fall dreht der Kampf in Widerstand gegen eine sich faschisierende und demokratische Kräfte terrorisierende Staatsmacht und wird dies zur Hauptsache (in Österreich hatten wir etwas Vergleichbares in den „Tierschützer“prozessen) und muss der Kampf gegen die Kriminalisierung der Boykottierer - unabhängig von der Einschätzung der Sinnhaftigkeit des Boykotts - energisch geführt werden.

Opfer der Katastrophe in Bangladesch und Solidarität mit der bangladeschischen Arbeiter/innenklasse heißt auch Entlarvung dieser schmutzigen Bourgeoispropaganda.

**Unterstützung
des Klassenkampfes
in Bangladesch -
die richtige Antwort!**

Die Arbeiter/innenklasse in Bangladesch muss und wird eines Tages mit ihrer Kompradorenklasse und ihrem staatlichen Kompradorenregime aufräumen. Sie führt seit Jahren heftige Kämpfe gegen diese, sie wird ihre gewerkschaftlichen Organisationen⁷ stärken und ihre marxistisch-leninistische Partei aufbauen und früher oder später zusammen mit den sonstigen Volksmassen das imperialistische Joch abschütteln und ihre einheimische Kompradorenbourgeoisie und Reaktion beseitigen. Nur durch ihren eigenen Kampf kann und wird sie auch Fortschritte bezüglich ihrer unmittelbaren Arbeits- und Lebensverhältnisse erzielen, im Kampf um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und im politischen Kampf um Demokratie. Alles Gerede, dass es an uns läge,

eine ernsthafte Verbesserung der Lage in Bangladesch herbeizuführen oder dass wir dazu auch nur maßgeblich beitragen könnten, ist eben nur Gerede, wenn auch oft gut gemeintes. Freilich kann und muss man auch hier bei uns etwas tun, aber was? Wir müssen die Verbrechen des Imperialismus in Bangladesch, vor allem die des eigenen Imperialismus, soweit er beteiligt ist, enthüllen sowie den Kampf der Arbeiter/innenklasse und des Volkes von Bangladesch propagieren und nach Kräften unterstützen. Wenn es dafür Ansatzpunkte gibt, müssen wir konkrete Umtriebe der Imperialisten, sei es die des eigenen, sei es die anderer Imperialisten oder der internationalen Organisationen der Weltbourgeoisie unter Mitwirkung Österreichs anprangern und ggf. be- oder verhindern⁸, z.B. an IWF oder Weltbank, wo Österreich zwar nicht viel zu sagen hat, aber doch bei allen Schandtaten „mitarbeitet“ und mit abstimmt. Insbesondere gilt das für politische oder militärische Interventionen (womöglich unter Beteiligung österreichischer „Blauhelme“, es werden ja am Golan gerade welche frei). Und

- das ist die Hauptaufgabe - wir müssen hier bei uns ebenfalls den Kampf gegen den Imperialismus voranbringen und den Klassenkampf gegen genau die Monopole und Regierungen zu führen, die von Zeit zu Zeit heuchlerisch Tränen vergießen und uns dafür gewinnen wollen, gemeinsam mit ihnen Mitgefühl für Bangladesch zu pflegen.

Produktionsverlagerungen - nur wegen der niedrigeren Lohnkosten?

Kommen wir zum Schluss nochmals auf unser obiges T-Shirt-Beispiel zurück, jetzt aber aus Sicht der Arbeiter/innen der imperialistischen Länder. Man musste, heißt es, die europäische Textilproduktion ins Ausland, z.B. nach Bangladesch verlagern, weil hierzulande die Lohnkosten⁹ zu hoch wären. Die „Wettbewerbsfähigkeit“, heißt es, steht und fällt mit den Lohnkosten. In unserem obigen Beispiel, das der Realität durchaus nahe kommt, machen allerdings diese nur einen verschwindend kleinen Teil des Preises aus. Zur Erinnerung: Der gesamte Einstandspreis des T-Shirts macht nur 27% des Ver-

⁷ Die Gewerkschaftsbewegung ist in rechtlicher Hinsicht teils legal oder halblegal, teils illegal. In faktischer Hinsicht wird sie unterdrückt, verfolgt, terrorisiert. „Wenn Du in der Fabrik das Wort ‚Gewerkschaft‘ auch nur in den Mund nimmst, bist du schon gefeuert und du findest auch keine Arbeit mehr. In Tazreen waren ca. 100 ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert, aber geheim... Beim ersten Flugblatt wirst du von der Polizei verhaftet und kriegst nie mehr wieder einen Job.“ (ein Arbeiter von Tazreen, zugleich Aktivist der Gewerkschaft „National Garment Workers Federation“; zitiert nach „Le Monde Diplomatique“, Juni 2013)

⁸ Da gibt es in Österreich nicht viel, weder in puncto Waren- noch Kapitalexport. Die österreichischen Exporte beschränken sich laut Wirtschaftskammer Österreich auf „Stromaggregate, Maschinen, Papier, Spinnstoffe und Chemieprodukte“, alles zusammen im Wert von 27 Mio. €. Die Spinnstoffe könnte man sicher näher anschauen, da sind offenbar österreichische Kapitalisten in der Textilproduktion tätig. Aber es sind alles nur Peanuts.

⁹ Lohnkosten ist hier immer im weiteren Sinn gemeint, also unter Einschluss der „Lohnnebenkosten“.

kaufpreises aus, die andern 83% spielen sich gar nicht in Bangladesch ab, und nur die reinen Lohnkosten machen wiederum nur 6-7% des Einstandspreises oder 0,02% vom Verkaufspreis aus. Das ist ein Witz gegen das, was alleine für Werbung und Marketing, Lobbying, Finanzierung und Betreuung von allerhand NGOs¹⁰ und anderen Begleitkohorten, sonstiges Schmiergeld, sinnlose Entsorgungs- und Wegwerfkosten für Überschussproduktion, absurde Transportkosten über 7.000 Kilometer, allenfalls noch dort oder da ein paar Almosen wegen der einen oder anderen Umweltkatastrophe oder zwecks scheinheiliger Inszenierung irgendwelcher Aushängeschilder wie der Bohrung eines Brunnens oder der Anlage eines Eco- oder Bio-Baumwollfeldes usw., vom Profit gar nicht zu reden.

Viele solcher Verlagerungen, z.B. in der Automobilindustrie, finden gar nicht wegen der Lohnkosten dessen, was verlagert wird, statt, sondern um die Arbeiter/innenklasse in den imperialistischen Ländern, die ebenfalls ausgebeutet wird und Mehrwert schafft, niederzudrücken oder niederzuschlagen¹¹. So erklärte vor einiger Zeit der Vorstandsvorsitzende von BMW, die Lohnstückkosten (Arbeitskosten pro BMW), also das wirklich Relevante in der Konkurrenz, seien in Schanghai und in Bayern inzwischen ungefähr gleich hoch; es gibt nämlich außer den eigentlichen Lohnkosten auch das Thema der Arbeitsproduktivität (das wiederum mit der „Kapitalintensität“ des Produktionsprozesses verbunden ist). Aber das Gequassel über die reinen Lohnkosten, also was die Arbeiter/innen unmittelbar als Lohn

kriegen, bei gleichzeitigem „Vergessen“ dessen, was sie dafür produzieren, ist die übliche Masche der Bourgeoispropaganda zwecks Lohndrücke-ri. Damit glaubt man, die Löhne weiter senken, das Arbeitsrecht weiter „flexibilisieren“, sprich: aufweichen und aushöhlen, die einheimische Ausbeutung weiter steigern zu können. Europa bleibt für europäische Konzerne doch die home base, ihr Herzstück, ihre Technologiebasis, ihre Kommandozentrale, und es müssen unbedingt auch hier die Lohnkosten, sämtliche Lohnkosten, auch die im Handel und in unproduktiven Sektoren, gesenkt werden. Nicht weil sie in Konkurrenz wären zu bangladeschischen Lohnkosten, das könnte man ja mit Betriebsverlagerungen lösen, sondern einfach weil auch sie gesenkt werden müssen, da die Profitrate, eh schon sehr unter Druck,

¹⁰ Um nicht ehrenrührig zu sein, sei gesagt, dass nicht alle NGOs a priori Imperialistenknechte sind. Es gibt auch welche, die es ehrlich meinen, leider sind aber auch sie meist nur bürgerliche Reformapostel und Weltverbesserer, jedenfalls alle, die es in der bourgeoisen „Öffentlichkeit“ zu etwas bringen. Mit manchen kann man vielleicht sogar punktuell zusammenarbeiten oder sich auf ihre Berichte beziehen etc., trauen kann man ihnen allen nicht wirklich, allein schon wegen ihrer Verbohrtheit. Aber die meisten NGOs sind heute völlig in das imperialistische Getriebe integriert, werden von Bourgeoisien, Staaten und Internationalen Organisationen ausgehalten und eingesetzt und die meisten (nicht alle) sind auch subjektiv völlig korruptiert, viele sind sogar direkte Agenten. Kein Agressionskrieg ohne vorausgeschickte (wie früher die Missionare) oder hinten nacheilende NGOs. In der US-Zeitschrift „Monthly Review“ wurde vor einiger Zeit ein CIA-Direktor zitiert, der sagte, dass die CIA im Vergleich zu vor einigen Jahrzehnten den Kreis ihrer Aufgaben und Tätigkeiten stark hätte einschränken können, weil vieles davon heute, in der Zeit der „globalen Menschenrechtsbewegung“, von „Entwicklungsgagenturen“, „Hilfswerken“ und NGOs wahrgenommen würden. Der Schwindel um das „Abkommen zum Brand- und Gebäudeschutz in Bangladesch“ ist wieder ein schönes Beispiel dafür, wie sich Arbeitsrechtsorganisationen, bürgerliche Gewerkschaftsverbände und NGOs für Verschleierungs- und Beschwichtigungszwecke hergeben.

¹¹ „Dient der Druck der internationalen Konkurrenz nicht einfach als Vorwand für ... Umverteilungen von unten nach oben ... und für Angriffe gegen den ‚Sozialstaat‘ und gegen die ‚Privilegien‘ der Arbeitnehmer? Denn wie könnte die Konkurrenz erklären, dass französische Verleger ihre Bücher auf Madagaskar, in Tunesien oder auf Mauritius drucken lassen, bloß um ein paar Dutzend Centimes beim Herstellungspreis eines Buches zu gewinnen? Lassen die Luxushemdenhersteller der Konkurrenz wegen Artikel in China nähen, die sie 50- bis 100-mal teurer verkaufen, als es ihrem Herstellungspreis entspricht? Ist es der Druck der internationalen Konkurrenz, der Nike (oder Reebok oder Puma) dazu veranlasst, ihre Schuhe auf den Philippinen, dann in Indonesien, China und Vietnam zu fertigen, wo die Lohnkosten eines Paares der Serie ‚Pegasus‘, das für 70 \$ verkauft wird, sich auf 1,66 \$ belaufen?“ (André Gorz: „Arbeit zwischen Misere und Utopie“, Paris 1997) Die Diagonale von André Gorz ist interessant zu lesen, die Abhilfen, die er vorschlägt, sind, wie der Titel schon sagt, eine „Utopie“, aber nicht eine reale, in den wirklichen Verhältnissen gegründete Utopie, sondern leider Hirngespinnste und ein jeder Grundlage entbehrender Aberglaube in mögliche Reformen.

das verlangt. Und so ist es überall. Es müssen auch die Lohnkosten in solchen Bereichen gesenkt werden, die man gar nicht nach Bangladesch verlagert hat oder verlagern will, und auch in solchen Bereichen, die man überhaupt nicht nach Bangladesch verlagern könnte, lokal bezogene Industrien wie z.B. die Bau- oder Energiewirtschaft. Es müssen alle Lohnkosten gesenkt werden und dafür ist das Damoklesschwert bzw. der Knüppel Bangladesch, um bei unserem Beispiel zu bleiben, wunderbar geeignet. Und es geht nicht nur um den Lohn, es geht auch um die Ausdehnung der Arbeitszeit, um die Nacht- und Schichtarbeit usw. Ein weiterer (und z.B. für den österreichischen Kapitalexport nach Osteuropa und auf den Balkan sehr maßgeblicher) Grund sind die geringeren Material- und Maschinenkosten, das was Marx im „Kapital“ die „Verwohlfeilerung (= Verbilligung) der Elemente des konstanten Kapitals“ nennt und ebenfalls als wichtigen „entgegenwirkenden Faktor“ gegen den „tendenziellen Fall der Profitrate“ anführt. Es geht auch darum, dass man mit der Konkurrenz der sogenannten Billiglohnländer immer höhere Subventionen von den Staaten verlangen kann, um so die Profitrate zu stützen und aufzufetten. Es geht auch darum, Re-

gelungen zur Arbeitssicherheit oder zu Umweltfragen zu lockern. Usw. usf. Bangladesch ist kurz gesagt auch ein Hebel, um Ausbeutung und Ausplünderung bei uns zu steigern. Am Ende hätte man alles, was das Kapitalistenherz begehrt: die neokoloniale Ausbeutung von Bangladesch und eine hohe (noch höhere als bisher) Ausbeutungsrate in Europa, was gepaart mit der hohen europäischen Arbeitsproduktivität und dem hohen technologischen Niveau wiederum eine gewaltige Mehrwertumverteilung in Richtung der imperialistischen Metropolen erlaubt. Das wäre, zu Ende gedacht und sofern nicht durch den Klassenkampf durchkreuzt, das Paradies für die Jäger nach Maximalprofit.

Zwei Fronten im Klassenkampf

Uns verweist das wieder einmal darauf, dass der Kampf der Arbeiter/innenklasse und des Volks von Bangladesch und unser Kampf hier zwei Frontabschnitte des internationalen Klassenkampfes sind. Wir haben nicht als Konsument, ob boykottierend oder nur bürgerlich kosmopolitisch „mitfühlend“, wir haben auch nicht als Menschenfreund gegenüber der bangladeschischen Produktionsmisere tätig zu werden, sondern als Klassengenoss/innen der

Arbeiter/innenklasse in Bangladesch. Sie kämpfen gegen ihre Kompradorenbourgeoisie und deren Regierung sowie gegen das imperialistische Auslandskapital, wir haben sie in diesem Kampf tatkräftig zu unterstützen - gleichgültig ob wir dabei ein in Bangladesch produziertes oder irgendein anderes T-Shirt tragen oder nicht. Das Schicksal der bangladeschischen Arbeiter/innenklasse wird in Bangladesch entschieden. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribunal“ - das gilt auch für die bangladeschische Arbeiter/innenklasse und, müsste man hinzufügen, es helfen ihr dabei auch keine sentimental Gefühle aus den imperialistischen Ländern. Sie führen den Kampf gegen ihre Kompradorenbourgeoisie und die imperialistischen Ausbeuter und Mörder und sie werden ihnen in ihrem Befreiungskampf immer stärkere Schläge versetzen und dadurch auch unsere Kampfbedingungen, international gesehen gegen denselben Feind, verbessern. Und wir haben unsere Aufgaben zu erfüllen, um unseren unmittelbaren Gegner, die österreichische Bourgeoisie, zu treffen und zu schwächen und auf die sozialistische Revolution in Österreich hinzuarbeiten.

(Juni 2013)

Der viermonatige Streik bei Peugeot Aulnay

- ein wichtiger Schritt vorwärts
im Klassenkampf in Frankreich!



Am 17. Mai wurde von einer Streikversammlung bei PSA (Peugeot) in Aulnay, am Nordrand von Paris gelegen, entschieden, den seit 16. Jänner geführten Streik gegen die für 2014 geplante Werksschließung auszusetzen. Den Streik auszusetzen wohlgerne, nicht den Kampf überhaupt zu beenden und sich kampfflos „seinem Schicksal zu ergeben“. In der Erklärung des Streikkomitees heißt es dazu: „Für alle bleibt die Schließung des Werkes inakzeptabel und ungerechtfertigt... Wenn die Beschäftigten sich entschieden haben, den Streik auszusetzen, haben sie damit nicht ihr Recht aufgegeben, sich zu verteidigen.“ Der Streik gegen die geplante Werksschließung

war vier Monate lang mit außergewöhnlicher Entschlossenheit und Konsequenz geführt worden. Alle Manöver der Bourgeoisie und ihres Staatsapparats halfen nichts, es gelang ihnen nicht, den Streik zu unterminieren und zu brechen. Da war auf der einen Seite das Propagandagequatsche über die „Reindustrialisierung Frankreichs“ (während man immer weiter verlagert und desindustrialisiert!), das „Engagement“¹ der Regierung in „harten Verhandlungen“ mit der Firmenleitung, das sich als Serie von inhaltslosen „Durchbrüchen“ darstellte, hohle und hohlste „Alternativprojekte“ der Regierung zur Ansiedelung fiktiver Industrien in

und um Aulnay usw. Und auf der anderen Seite eine zeitweilige Aussperung gleich zu Beginn des Streiks, um die dauerhafte Besetzung des Betriebs zu verhindern bzw. sie zu brechen, vielfältige Einschüchterungsversuche, Disziplinarstrafen, Entlassungen von Streikführern, Gerichtsprozesse, das Ankarren betriebsfremder Streikbrecher, Einsatz einer Hundertschaft betriebsfremden „Wachpersonals“, Aufhetzen und Verschicken einiger mittlerer und höherer Angestellten und Provokation tätlicher Auseinandersetzungen. Aber alle diese Manöver konnten vier Monate lang den Widerstand gegen die Werksschließung und die Massenentlassungen nicht brechen. Dieser Streik war nicht nur der bisher längste Streik in der jüngeren Geschichte des PSA-Konzerns, sondern zweifellos auch die bedeutendste Streikaktion der letzten Jahre überhaupt in Frankreich, nämlich in ihrer Bedeutung und Wirkung für die Entwicklung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung und die Stärkung der Elemente einer revolutionären Arbeiter/innenbewegung.

¹ Im Wahlprogramm von Hollande 2012 beginnt jeder Punkt mit „Je m’engage...“, also „Ich setze mich dafür ein, dass ...“ Allein diese Formulierung hätte von Anfang an jeden misstrauisch machen müssen. Zwei, drei Tage nach dem Wahlsieg wurden schon die ersten „Engagements“, einige wenige Monate später waren nahezu alle, frech und offen gebrochen. In vielen Fragen (von der noch massiveren Ausweisung und Verfolgung der Roma und ImmigrantInnen über die weitere „Flexibilisierung“ des Arbeitsrechts, von einem Neuanlauf zum Durchsetzen der sarkozystischen Pensionsreform bis zur noch einmal verschärften Kriegstreiberie) wurde und wird die sarkozystische Reaktion sogar noch übertroffen. Nun ist der Bruch von Wahlversprechen zwar die zwingende Regel jeder bourgeoisen Regierung, aber das Tempo der Regierung Hollande dabei war außergewöhnlich rasant. (Ein „Engagement“, das gehalten und dementsprechend massiv im In- und Ausland propagiert wurde, war die „mariage gay“, die Möglichkeit der Eheschließung unter gleichgeschlechtlichen PartnerInnen dar, die in den letzten Wochen zur Mobilisierung aller reaktionär-katholisch-faschistischen Kräfte geführt hat - aber diese Frage, so wichtig sie selbstverständlich in puncto Demokratie und Kampf gegen die reaktionäre Mobilisierung ist - tut dem Profit der Bourgeoisie unmittelbar nicht weh.)

Ziel des Streiks: Verhinderung der für 2014 geplanten Werks- schließung

Dazu kamen im Laufe des Kampfes weitere streikbezogene Forderungen, insbesondere die Rücknahme der Kündigung einiger Streikführer, die Beendigung der streikbrecherischen Aktionen der Firmenleitung usw. Zugleich sah sich das PSA-Kapital gezwungen, Monat für Monat den vorgelegten Sozialplan anzureichern, zu verbessern, um damit vielleicht die Arbeiter/inneneinheit und den Streik unterlaufen zu können. Natürlich schielten alle reformistischen Kräfte, auch die meisten „linken“, soweit sie den Streik überhaupt, wenigstens als Lippenbekenntnis unterstützten, in erster Linie auf den Sozialplan, zumal sie die Werkschließung „in Wahrheit“ doch für „unabwendbar“, ja „objektiv unvermeidlich“ hielten. Für die streikenden Arbeiter/innen aber ging es um die Abwehr der Schließung.

Die Schließung von Aulnay ist ein Teil des „Rationalisierungsprogramms“ bei Peugeot, dem im Laufe von zwei Jahren alleine in Frankreich Zehntausende Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen. Im Juli 2012, als der „Sanierungsplan“ bekanntgegeben wurde, hatte man noch vom „Entfall von 8.300 Stellen“ gesprochen, etwas später, da es zwar zu Protestversammlungen samt Arbeitsniederlegungen, aber nicht sofort zu massiven Abwehrkämpfen kam, von 11.300, inzwischen sind es

wahrscheinlich noch mehr. Ein oder zwei Werke, Aulnay und wahrscheinlich Meudon, sollen ganz und ein drittes, Rennes, teilweise geschlossen werden. Dass es gerade Aulnay am meisten trifft, ist kein Zufall, es hat auch nichts mit einer eventuellen besonders „schlechten Rentabilität“ zu tun (das Werk ist profitabel, bloß für den Geschmack des Kapitals - wie freilich alle PSA-Werke - zu wenig profitabel), sondern es hat mit der klassenkämpferischen Tradition der Belegschaft zu tun. 2007 hatte die Belegschaft von Aulnay die Kapitalisten in einem sechswöchigen Streik schon einmal „herausgefordert“.

Verlauf des Streiks

Es stand seit dem 16. Jänner ständig ein „harter Kern“ von etwa 350- 400 Arbeiter/innen im Streik, wobei sich weitere Teile der Belegschaft abwechselnd darum gruppierten, mit Streiks und kleineren Arbeitsniederlegungen, mit Versammlungen und Solidaritätskundgebungen. Der Versuch, andere PSA-Arbeiter/innen und Angestellte, z.T. aus weit entfernten Werken, heranzukarren und als Streikbrecher einzusetzen, scheiterte kläglich. Keiner von ihnen wollte oder traute sich, als Streikbrecher zu fungieren. Auch mit Leiharbeiter/innen, „Wachpersonal“ usw. gelang es nicht, dem Streik und der Besetzung beizukommen. Statt der Streikenden wurden die zum Zweck des Streikbrechens engagierten Leiharbeiter/innen und „Sicherheitskräfte“ demo-

ralisiert. Die Produktion wurde für vier Monate vollständig stillgelegt. Der Plan des PSA-Kapitals, sein gewaltiges Unterfangen zur Steigerung der Ausbeutung möglichst zügig und reibungslos über die Bühne zu kriegen, wurde durchkreuzt.

Dabei hatte es zuerst, nach dem Keulenschlag vom Juli 2012, gar nicht gut ausgesehen: die Arbeiter/innen waren von der Wucht des Angriffs auf ihren Job und ihre Lebensgrundlagen geradezu erschlagen, die sozialdemokratischen „Luftverkäufer“ standen bereit mit ihrem prall gefüllten Sack voller Illusionen, Lüge und Täuscherei, die Gewerkschaftsbonzen hofften, nach Abgang von Sarkozy und unter einer sozialdemokratischen Regierung (mit grünem Aufputz) wieder ein bisschen stärker ins reaktionäre Getriebe einbezogen zu werden Doch dann drehten Wut und Empörung und Frust über die Niedertracht der sozialdemokratischen Regierung ins Gegenteil. Die revolutionären kommunistischen Kräfte der OCML-VP und der PCMF² bemühten sich, durch propagandistische und auf die Organisation von Kampfmaßnahmen gerichtete Aktivitäten zur Erhöhung von Klarheit und Kampfbereitschaft beizutragen. Anfang Jänner 2013 wurde der Streikbeschluss gefasst und in regelmäßigen Abständen von der Streikversammlung erneuert.

Es gab massive Unterstützung durch **andere PSA-Belegschaften** in Frankreich (speziell auch aus Poissy,

² OCML-VP: *Organisation Communiste Marxiste-Léniniste - Voie Proletarienne (= proletarischer Weg)* und PCMF: *Parti Communiste Maoïste Français*.

ebenfalls im Pariser Großraum, das gegen Aulnay ausgespielt werden sollte) und im Ausland (speziell auch von PSA Barcelona), auch durch Arbeiter/innen von **General Motors** Werken (Peugeot hat eine Allianz mit GM gebildet), darunter aus dem ebenfalls zur Schließung bestimmten Opelwerk in Bochum, wie auch bedeutender Teile der Bevölkerung von **Aulnay**, denn diese Stadt mit 90.000 Einwohner/innen „lebt“ sozusagen zu einem erheblichen Teil von bzw. für PSA und wird durch die Schließung des Werkes ruiniert. Neben den 3.300 Arbeiter/innen und Angestellten direkt bei PSA wären weitere 10.000 aus Zulieferbetrieben betroffen.

Ein glänzendes Beispiel für diese Unterstützung war die Geldsammlung für den **„Unterstützungsfonds für die Automobilarbeiter/innen des Departements 93“**. Diese war ein entscheidender Faktor, um den Streik überhaupt zu ermöglichen. Es gab nämlich aus historischen Gründen kein „Streikgeld“ aus einem gewerkschaftlichen „Streikfonds“ - ganz abgesehen davon, dass die Führungen der Gewerkschaften dem Streik sowieso von Anfang an in den Rücken fielen. Als klar war, dass der Streik lange dauern müsste, beschloss eine Vollversammlung, darauf Kurs zu nehmen, für jeden Streikenden zumindest 700 € pro Monat aufzubringen. Der genannte „Unterstützungsfonds“ wurde gegründet, entsprechend mobilisiert, Zehntausende Arbeiter/innen und andere Menschen spendeten, was sie konnten. Etliche spendeten ihre Überstundenentlohnung,

andere Schichtzulagen, manche sogar einen Teil ihres Arbeitslosengelds. Im zweiten Monat konnten dann sogar 1.100 € und im dritten 1.000 € aufgebracht werden. Rhythmus, Höhe und Begünstigte der Auszahlungen wurden in den Vollversammlungen diskutiert und beschlossen. In den Betrieben, bei gewerkschaftlichen und politischen Veranstaltungen, klarerweise auch von den revolutionären kommunistischen Organisationen wurde im ganzen Land mobilisiert und gesammelt. So wurden 900.000 € aufgebracht, die die „Aushungerung“ des Streiks im wahrsten Sinn des Wortes verhinderten. Über die neben der finanziellen auch moralische Bedeutung dieser Aktion braucht man nicht viele Worte verlieren.

Die breite und starke Unterstützung des Streiks in weiten Teilen der Arbeiter/innenklasse und des Volkes und die „Öffentlichkeit“, die der Streik im Lauf der Zeit auch in den bürgerlichen Medien fand, ließen es dem Kapital und der Regierung Hollande in diesem Falle nicht als opportunistisch erscheinen, gewaltlos, mit Polizei und der Sonderpolizei CRS, gegen den Streik und die viermonatige Besetzung des Betriebs vorzugehen. Auch wollten sich die Gerichte unter diesen Umständen lieber nicht zu heftig und zu schnell gegen die „Räufelherren“ hervortun.

So stark der Streik in Aulnay selbst war, so wenig ist es leider gelungen, andere Teile der Arbeiter/innenklasse, speziell andere PSA-Belegschaften oder die der vielen Zulieferfirmen dafür zu gewinnen,

sich dem Streik anzuschließen. Über Solidaritätsbekundungen jeder Art, auch in den Werken, sogar kleine Arbeitsniederlegungen und Betriebsversammlungen, Unterstützungsresolutionen, Spendensammlungen etc. ging es nicht hinaus. Natürlich trägt daran eine maßgebliche Schuld die Sozialdemokratie, die nicht müde wurde, Illusionen zu verbreiten und Märchen zu erzählen, die lügt und betrügt, dass sich die Balken biegen. Es gelingt ihr fast ein Jahr nach den Wahlen und den vielen unverzüglich „gebrochenen“ (oho!) Wahlversprechen immer noch, die Arbeiter/innen und Lohnabhängigen vom Kampf ab- und mit obskurer Hoffnung auf „Besserung“ niederzuhalten. Die Wahlkampfphrase „Alles, nur nicht Sarkozy“ wirkt immer noch und sie reicht aus, um heute, mit der Sozialdemokratie (und ihrem grünen Aufputz) an der Regierung und der PCF als ihrem fleißigsten Stiefelputzer, die sich neu entwickelnden Klassenkämpfe zu schwächen und zu unterminieren. Wobei die Sozialdemokratie dabei immer Transmissionsriemen braucht, die sie auch immer findet in Gestalt „links“ von ihr angesiedelter, teilweise sogar radikaler und militanter Reformisten, nicht selten auch in trotzkistischem oder „marxistischem“ Gewand. Wie auch immer, es gelang diesmal nicht, noch nicht!, auch andere Teile der Arbeiter/innenklasse um die kämpfende Vorhut in Aulnay zusammenschließen. Es gelang nicht, eine werksübergreifende Kampffront herzustellen. Es gelang sehr wohl, der Konkurrenz zwischen den PSA-Belegschaften entge-

genzutreten, z.B. zwischen Aulnay und Poissy, aber es reichte diesmal noch nicht, um diese „Haltung“ an den anderen Standorten in aktive Kampfkraft umzuwandeln.

Fallstricke und Spaltungskeile des Reformismus

Die lokalen und regionalen Basisorganisationen sowie Betriebsorganisationen der CGT aus anderen Betrieben, sei es aus der Umgebung, sei es aus der Branche etc., unterstützten den Streik (manche mussten ihn halb frei-, halb widerwillig unterstützen), die CGT Betriebsorganisation in Aulnay, die stärkste Gewerkschaft bei PSA, setzte sich sogar an die Spitze des Streiks, gestützt freilich auf die selbständigen Organisationsformen und von diesen kontrolliert: tägliche Streikversammlungen und ein permanentes gewähltes Streikkomitee. Unterstützung, wenn auch sehr halbherzig und in engen

Grenzen, gab es auch von den Basisorganisationen anderer Gewerkschaften wie der SUD und sogar der CFDT. Diese Unterstützung erfolgte natürlich in zutiefst reformistischem Geist, aber immerhin. Von den Gewerkschaftsbözen gab es allenfalls mühsam herausgewürgte Lippenbekenntnisse, aber auch nur von der Art „Die Familie Peugeot ist eh so reich, soll sie doch einen Teil ihrer 40 Milliarden herausrücken ...“, bis zum berühmterbüchtigten „produire français“³, und ansonsten das Bemühen, den Streik zu mäßigen und zu dämpfen, ehebaldigst zugunsten von „Verhandlungen“ (welche, soweit es um die Werkschließung selbst gehen sollte, von PSA von vornherein strikt ausgeschlossen wurden) zu beenden, ihn ja nicht auf andere Werke auszudehnen usw. Die ideologische Grundlage ihres Handelns und daher ihr Hauptanliegen ist und bleibt eben die „Wettbewerbsfähigkeit“, sprich: Profitabi-

lität der französischen Industrie, das „nationale Interesse“⁴. Eine wichtige Rolle spielte Jean-Pierre Mercier, Vorsitzender der GCT PSA Aulnay und Sprecher des Streikkomitees. Er trat energisch im Sinne des Streiks auf - allerdings erst, als dieser wegen des Anwachsens der spontanen Empörung gegen die PSA-Direktion und vor allem die Haltung der neuen sozialdemokratischen Regierung unabwendbar auf der Tagesordnung stand und so oder so ausgebrochen wäre. Er agitierte teils heftig und militant für die unmittelbaren Arbeiterinteressen, aber leider vielfach mit ziemlich naiven, um nicht zu sagen zwielichtigen markt- und vor allem staatsgläubigen Argumenten - so kann man aber den Spaltungs- und Abwiegelungsversuchen des Kapitals nicht wirklich entgegentreten. Er ließ sich de facto doch auf die Bemühungen der PSA-Direktion ein, den Kampf auf die bloße Frage höherer Prämien im Rahmen

³ „Produire français“ ist seit den 1950er Jahren eine alte Losung der damals schon revisionistischen PCF. Gegen die Globalisierung des Kapitals wird das „Nationalinteresse“ gestellt, nur eine Spielart von Klassenzusammenarbeit bzw. Klassenverrat. Der Bogen derer, die für das „produire français“ auftreten, reicht von ganz rechts (der lepenistischen „Front National“) bis weit nach „links“. Die französische Monopolbourgeoisie freut sich natürlich über so viel Interesse an ihren Profiten, möchte selbst aber ihre Expansionspläne auf keinen Fall in so ein nationales Korsett zwingen lassen. Die PCF stand übrigens seit rasch nach Ende des Zweiten Weltkriegs immer mehr oder weniger offen auf der Seite der Verteidiger des französischen Kolonialismus, insbesondere auch im Algerienkrieg. Nicht umsonst deuten viele wirklich antiimperialistische und antikapitalistische Kräfte die Abkürzung PCF als „Parti chauvin français“ = „Chauvinistische Partei Frankreichs“. Übrigens teilt die 2009 gegründete „Parti de gauche“ = „Linkspartei“ solche chauvinistischen Positionen. Z.B. waren und sind sie alle für den Kriegseinsatz in Mali. Der Führer der „Linkspartei“ äußerte sich unlängst in einem „privaten Gespräch“ dahingehend, dass - hätte sich die französische Armee seinerzeit in Algerien nicht so brutal und terroristisch aufgeführt - „es heute vielleicht ein Frankreich auf beiden Seiten des Mittelmeeres gäbe“.

⁴ Es gibt schlimme Auswüchse dieser reformistisch-sozialpatriotischen Linie, die auch in der CGT tief verankert ist. Unlängst zirkulierte ein Flugblatt der CGT-Führung in den Metall- und speziell Rüstungsbetrieben, worin die dringende Notwendigkeit einer hoch aufgerüsteten französischen Armee und einer „leistungsfähigen“ „nationalen“ Rüstungsindustrie propagiert und die Spar- oder besser Rationalisierungspläne der Regierung in Teilen der Armee scharf kritisiert wurden, da sie erstens das „nationale Interesse“ schädigten und zweitens Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie bedrohten. Ähnliche Argumentationen von Gewerkschaftsseite sind gang und gäbe, z.B. seit Jahren in der Stahlindustrie, wo es gegen die geplante Schließung von Standorten des Arcelor-Mittal-Konzerns geht, was - nicht nur, aber doch auch wegen des indisch-britischen Hauptaktionärs - ebenfalls als Anschlag auf das „nationale Interesse“ gebrandmarkt wird. Der Sozialchauvinismus der Arbeiteraristokratie sitzt tief und blüht heftig.

des „Sozialplans“ abzulenken - was unweigerlich zur Spaltung führen musste. Er trat dezidiert gegen den Versuch der Verbreiterung und Ausdehnung des Streiks auf andere Werke (oder gar auf Werke im Ausland) auf. Er spielte also eine zwiespältige Rolle. Er wurde von der Massenbewegung vor sich hergetrieben, spielte in gewissem Maß eine positive Rolle, die Rolle, wie man in Frankreich sagt, eines „Freundes, der sich irrt, nicht die eines Feindes“. Letztendlich aber setzten sich doch, wie ein Kollege sagte, die „jahrzehntelange Feigheit und Furcht vor wirklich militanten und sich ausbreitenden Massenkämpfen“ durch, eben das „natürliche“ opportunistische Auftreten des Reformisten gegenüber der Bourgeoisie. Messier wurde durch die Kraft und den Schwung des Streiks mitgerissen, aber er trägt auch ein gerüttelt Maß an Mitschuld dafür, dass der Streik nicht erreichte, was

er erreichen hätte können. Mercier steht hier natürlich nicht als eine Einzelperson sozusagen im luftleeren Raum, sondern er steht für eine bestimmte „links“reformistische Richtung. Er gehört der trotzkistischen Lutte Ouvrière (LO) an⁵. In den für eine klassenkämpferische Entfaltung der Streikfront negativen Aspekten war sich LO mit der PCF, der „links“reformistischen „Parti de Gauche“, der „post-trotzkistischen“ NPA, einig: alle wollten den Kampf „nur in unserem Betrieb“ führen, alle schielen auf die kapitalistische „Wettbewerbsfähigkeit“ und das „Bestehen Frankreichs“ in der internationalen Konkurrenz, alle verbreiteten - wenn auch in unterschiedlichem Grad - Hoffnungen in und Illusionen über die Regierung Hollande (für die sie ja bei den letzten Wahlen im zweiten Wahlgang allesamt gestimmt hatten) bzw. taten jedenfalls nichts zu deren Zertrüm-

merung, alle haben die Tendenz, die Kampfkraft der Massen, wenn sie einmal in Bewegung sind, zu unterschätzen und frühzeitig aufzustecken oder auf Kompromisse einzugehen, die den tatsächlichen Kräfteverhältnissen nicht entsprechen. So war es auch diesmal, in Aulnay, wieder. Das hatte auch dazu geführt, dass seitens dieser Kräfte nichts in Richtung der propagandistischen und organisatorischen Vorbereitung eines massiven Streiks getan wurde, wie er dann ohne und zum Teil gegen sie durch die Masseninitiative zustande gebracht wurde, obwohl die Pläne (wenn auch keine Details) für eine Werkschließung seit 2011 bekannt waren und von klassenkämpferischer und selbstverständlich revolutionärer kommunistischer Seite seit Mitte 2012, unmittelbar nach offizieller Bekräftigung des Schließungsplans, zielstrebig darauf hingearbeitet wurde.

⁵ In Frankreich gibt es neben 60 bis 80, die genaue Anzahl schwankt, kleinen und kleinsten trotzkistischen Gruppierungen zwei wirklich relevante. Die eine ist die NPA (Nouveau Parti Anticapitaliste), hervorgegangen aus der früheren französischen Sektion der trotzkistischen IV. Internationale, der LCR. Diese Partei, gegründet Anfang 2009, marschiert forschen Schritts nach rechts, wobei es erstaunlicherweise immer noch ein Stück weiter nach rechts geht, hat nach und nach sogar alle „marxistischen Bezüge“ aus ihren Dokumenten gestrichen, ist überhaupt nicht, in keiner Weise und in keiner Frage, antikapitalistisch, schaut nur auf die Wahlen, schließt Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie, kriegt dafür auch etliche Posten auf lokaler und regionaler Ebene, ist aber nach ihrem schwunghaften Auftritt auf der politischen Bühne 2009, wobei sie damals vom Staatsfernsehen und den anderen bourgeoisen Medien als „sozialistische Alternative“ angepriesen und ihr damaliger Sprecher, Besancenot, sogar von Sarkozy als „ernst zu nehmend“ bezeichnet wurde, inzwischen in vollem Niedergang. Die zweite trotzkistische Organisation, die LO, trat dem „neuen antikapitalistischen“ Projekt der NPA nicht bei (nur Teile von ihr), marschiert aber ebenfalls immer weiter nach rechts. Der unentrinnbare Sog nach rechts, in Richtung Reformismus und Sozialdemokratie, der anscheinend allen Trotzlisten unentwegt - mit einem Dichterwort - „am Angesicht zehrt“, zerrt in Frankreich in den letzten Jahren heftig. Die LO ist aber, im Unterschied zur insgesamt sehr kleinbürgerlichen NPA, dort oder da in der Arbeiter/innenklasse präsent, fühlt sich als Teil der Arbeiter/innenbewegung und hat auch eine mehr kämpferische Tradition als die NPA. Das positive Interesse der Bourgeoisie speziell an der NPA ist wieder erloschen, seit der frühere Sozialdemokrat Mélenchon (ursprünglich ebenfalls ein Trotzkist, der auf den „Entrismus“ setzte) Ende 2009 seine „Parti de gauche“ gründete, eine „links“reformistische Partei von der Art der deutschen „Linkspartei“ oder der griechischen „Syriza“. Die PDG sammelt um sich andere Reformisten im Wahlbündnis „Front de gauche“, darunter die Trümmer der alten revisionistischen PCF und punktuell die NPA. Alle treten sie im ersten Wahlgang an, selbständig oder in dieser Front, und alle wählen sie im zweiten Wahlgang die Sozialdemokratie. Wofür es auch immer ein paar Posten gibt, die meist schon vor den Wahlen abgesprochen werden. Die Bourgeoisie braucht immer jemanden, um die Unzufriedenheit der Massen links von der Sozialdemokratie aufzufangen und wieder auf die richtigen Mühlen, die der „Sozialpartnerschaft“, des Nationalismus und des bürgerlichen Parlamentarismus zu lenken. Die von der bürgerlichen „Öffentlichkeit“ so geschätzte NPA hat einfach Pech gehabt und nicht mit dem Mélenchon gerechnet.

Ende und Resultate des Streiks

Der Streik endete daher, ohne das eigentliche Ziel, die Rücknahme der Entscheidung der Werkschließung, erreicht zu haben. Das braucht man nicht wegzureden, wie es jetzt einige (z.B. auch die CGT PSA Aulnay in ihrer Bilanz des Streiks) tun. Insofern endete er mit einer Niederlage. Aber es gibt Niederlagen und Niederlagen. Es gibt Niederlagen, die dich demoralisieren und niederdrücken, und es gibt Niederlagen, aus denen du trotzdem erhobenen Hauptes herauskommst, höher vielleicht erhoben als zuvor. Der Ausgang bei Aulnay wird von der Belegschaft als eine Niederlage dieser Art empfunden. Die Kampf- und auch Lebensmoral haben sich wesentlich verbessert gegenüber 2012 und die Illusionen in Sozialdemokratie und Regierung sind bei vielen radikal eingebrochen. Die Ideologie der „Aussichtslosigkeit“ jeglichen Abwehrkampfes gepaart mit naiven Illusionen über Staat und Regierung, wie sie 2012 dominierten, wurden durch die Praxis untergraben und teilweise in Kopf und Tat überwunden. Die Arbeiter/innen, jedenfalls viele von ihnen, spüren und wissen, dass

sie viel gelernt und gewonnen haben: in puncto Klarheit bei der Einschätzung der Verhältnisse, der Unterscheidung von Freund und Feind, von richtiger und falscher Linie im Klassenkampf, auch in puncto Selbstorganisation der kämpfenden Klasse. Sie haben gespürt und gesehen, dass sie ihren Klassenfeind nicht nur herausfordern können, sondern dass er nicht allmächtig ist und man ihm trotzen kann. Und es ist, obwohl es natürlich momentan, so kurz nach Beendigung des Streiks, für einen neuen Aufschwung nicht gut aussieht, noch nicht aller Tage Abend. Auch wenn der Streik in Aulnay für jetzt einmal beendet wurde - es werden weder die Werkschließung in Aulnay, noch die in Meudon, noch die Teilschließung von Rennes, noch die tausenden weiteren geplanten Kündigungen in Frankreich und im Ausland kampflos über die Bühne gehen und die Bedingungen solcher Kämpfe haben sich, vor allem was die subjektive Seite betrifft, wesentlich verbessert. Durch den Streik ist vieles anders geworden. In einem Flugblatt der CGT PSA Aulnay heißt es dazu: „Eine Bresche wurde geschlagen. Dieser Streik war eine sehr ernste Warnung an die Firmen-

leitung seitens ein paar hundert Arbeiter/innen, die sich ihr entgegenstellten, und wegen der Unterstützung, die dieser Streik genoss. Sie weiß sehr gut, dass sie, wenn morgen ein paar tausend Arbeiter/innen in mehreren Werken den Kampf aufnehmen, nicht mehr tun kann, was sie will. Das ist es, was diese vier Monate des Streiks im Keim enthalten, das ist es, was die Firmenleitung fürchtet. Denn in Aulnay, wie überall sonst, besteht die Kraft der Arbeiter/innen in ihrer Fähigkeit, sich zu organisieren und sich zu verteidigen, einschließlich mit dem Mittel des Streiks.“

Die zeitweilige Verschiebung der Kräfteverhältnisse während des Streiks schlägt sich auch in einer Reihe von Zugeständnissen nieder, zu denen das PSA-Kapital und die Staatsmacht gezwungen waren. Das begann schon in den ersten Streikwochen und setzte sich die gesamten vier Monate fort. Immer wieder wurde der Sozialplan „verbessert“, teilweise massiv - und das kommt jetzt allen PSA-Arbeiter/innen in allen Werken zugute. In der Vereinbarung zur Beendigung des Streiks wurde der Sozialplan schließlich nochmals deutlich aufgestockt und wichtige Forderungen die Streikenden selbst betreffend durchgesetzt. Das ist zumindest ein Teilerfolg, wenn man auch nicht wie die CGT PSA Aulnay von einem „Zurückweichen der PSA-Direktion“ sprechen kann. Sie wich ja nur in diesen für die Lebensverhältnisse der Arbeiter/innen zwar wichtigen, aber eben doch nur Teil- und Nebenfragen zurück, um in der Hauptfrage an



ihren Schließungsplänen festhalten zu können. Die Bourgeoisie und ihr Staat hatten gute Gründe für diese, wenn auch nur relative „Flexibilität“ - nur so konnten sie hoffen, den verhassten und inzwischen auch ziemlich gefürchteten Streik endlich zu beenden. Dennoch, das was erreicht wurde, geht weit darüber hinaus, was in anderen Arbeitskämpfen erreicht werden konnte und rammt einen neuen Pflock für zukünftige Kämpfe ein.

Die Zugeständnisse des Kapitals dokumentiert ein Flugblatt der CGT Aulnay vom 5. Juni 2013 (im Folgenden Auszüge daraus):

- Vollständige Amnestie: Wiedereinstellung der vier entlassenen Kollegen, Zugang zu den Maßnahmen des Sozialplans auch für sie, Einstellung aller strafrechtlichen Verfolgungen und eingeleiteten Kündigungen und Entlassungen
- Die Zeit des Streiks wird für Urlaubsanspruch, den 13. Lohn, die Feiertagsentgelte, die Ren-

tenversicherung und die Ansprüche auf Arbeitslosengeld angerechnet, was die finanziellen Verluste während des Streiks mindert

- Eine zusätzliche Entschädigung von 20.000 € wird denjenigen bezahlt, die sich bis 31. Mai freiwillig entscheiden, das Unternehmen zu verlassen. Die Gesamtentschädigung (incl. dem Sozialplan) steigt - ab zehn Jahren Betriebszugehörigkeit - dann auf 60.000 € statt der 20.000 € zu Beginn des Streiks
- Schriftliche Garantie, dass der Sozialplan ohne jede Diskriminierung auch auf die Arbeiter/innen Anwendung findet, die im Streik waren

Diese Zugeständnisse wurden und werden von der Belegschaft nicht als „Preis“ für den Abbruch oder, wie einige sagen, die Unterbrechung des Streiks gesehen. Der Streik, da er

sich nicht auf andere Teile der Arbeiter/innenklasse ausdehnen konnte, war irgendwann nicht mehr zu halten und wurde daher beendet. Die Zugeständnisse wurden als Nebenprodukt des Kampfes betrachtet und nicht mit dem eigentlichen Kampfziel verwechselt. Nur so konnten sie auch überhaupt erreicht werden. Hätte man von vornherein auf Kompromiss und Kapitulation, auf nichts als eine Verbesserung des Sozialplans Kurs genommen, hätte man auch dies nicht erreicht. Auch darüber hat sich unter den Arbeiter/innenn deutlich mehr Klarheit verbreitet: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wer von vornherein auf Kompromiss oder gar Almosen hinsteuert und in dessen Schädel etwas anderes gar nicht Platz hat, wird auch solche Zugeständnisse nicht erreichen können. Der Mythos der „Sozialpartnerschaft“ ist eben nur Lug und Trug.



**La grève à PSA Aulnay nous concerne tous !
Contre le chômage, pour l'emploi !**

Depuis mercredi 16 janvier, les ouvriers bloquent la production de PSA (Peugeot-Citroën) Aulnay. Le comité de lutte des ouvriers soutenu par les syndicats appelle à la solidarité de tous. Après 4 mois de lutte, la direction de PSA les laisse toujours de dégoûtées en dégoûtées, de promesses et mensonges. Alors, la révolte a explosé. Révolte contre la fermeture de l'usine, contre le mépris de la direction qui, les pouvoirs changés et grignotés.
Rendés, par les promesses non tenues d'Hollande. Les travailleurs s'insolent de moins pire qu'avec Sarkozy. Ils se sentent trahis. Corinne Sarkozy, Hollande et son gouvernement font la politique des paranos. Ils se félicitent de l'accord de Madrid et de la CROCF du 11 janvier qui facilite les licenciements et les licenciements. Cet accord vise, après tout d'autres, à rendre encore plus faciles les licenciements, moins riches sont travaillés, plus précieuses son emploi, son salaire chômage, nos vacances. Politique toujours plus dure pour nous et toujours plus généreuse pour les entreprises et les banques qui nous voient. Politique toujours aussi garnie pour attirer les investissements impérialistes de la France.

La lutte pour l'emploi, c'est maintenant !

Nous, militants communistes révolutionnaires, nous appelons à être solidaires des ouvriers de PSA. Leur lutte contre la fermeture et les licenciements, c'est aussi la lutte de nous tous !
Solidaires ! Si PSA refuse tout un encouragement pour tous à la lutte. Si PSA impose sa loi, tous nos adversaires de classe cherchent victoire. Et toujours plus de licenciement et de chômage. Renault a licencié 7500 suppression d'emplois. La lutte contre les licenciements en France ! Les PSA, les Fiat, les Saab, les Peo, Tesla... méritent le vote.
Solidaires ! Nous refusons avec les PSA d'être considérés comme des prisonniers, corvéables à merci ou châtiments. N'importe quel bien par les personnes qui leur gouvernement.
Solidaires ! Nous sommes des humains et des femmes, des parents ou nous, avec ou sans enfants. Nous refusons d'être sacrifiés à l'essor précaire du capitalisme. Où nous enfants vendus travail de travail !
Solidaires ! De tous les ouvriers et travailleurs exploités de monde. Partout des ventes fermes : USA, Belgique, Allemagne, Italie, Espagne... Et si d'autres comme ailleurs. C'est que les ouvriers y ont des conditions de travail plus qu'ici. Alors les paranos, comme à Renault, nous font de chômage : « pour conserver votre emploi, acceptez les conditions des Roumains ». A cela, une seule réponse : la solidarité et la lutte commune internationale. D'allier les camarades d'Occident, d'Europe et d'Asie et de la General Motors au Brésil, ont déjà envoyé des messages de solidarité à PSA-Aulnay.



Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten ein Flugblatt der OCML-VP zum Abbruch des Streiks. Die OCML-VP hat alle die Monate hinweg mit aller Kraft innerhalb und außerhalb des Werks Aulnay an der Organisation, Stärkung und Unterstützung des Streiks mitgewirkt, ebenso wie die zweite revolutionäre kommunistische Organisation in Frankreich, die PCMF.

PSA Aulnay: ein historisch wichtiger Streik!



Flugblatt der OCML-VP, Organisation Communiste
Marxiste-Léniniste - Voie Proletarienne,
vom 26. Mai 2013

Die Kolleg/innen von Aulnay¹ haben nach vier Monaten lückenlosen Streiks die Arbeit wieder aufgenommen. Ihr Kampf ist ein Meilenstein im Kampf aller Proletarier/innen weltweit um Arbeit, gegen die „Restrukturierungen“ infolge des weltweiten Wirtschaftskriegs der Imperialisten und gegen die bodenlose Spirale der Krise des Kapitalismus. Überall, in Frankreich, in Europa und in der ganzen Welt, in der Automobilbranche, aber auch in der gesamten Industrie schließen die Werke und Zehntausende Arbeiter/innen sind von Arbeitslosigkeit und Elend bedroht.

Die Kolleg/innen von Aulnay haben mit mehreren Hundert Streikenden die gesamte Produktion vier Monate lang blockiert. Sie haben sich mit einer zu allem entschlossenen Firmenleitung geschlagen, die nichts nachgeben und ein Exempel statuieren wollte, um in weiterer Folge ihren Kurs in anderen Werken fortzusetzen. Sie haben allem fatalistischen Gerede über die angeblich „alternativlosen“ Gesetze des Kapitals widerstanden. Sie haben nicht nachgegeben.

Sie haben sich den „falschen Freunden“ entgegengestellt, mit der neuen (Anm.: sozialdemokratischen) Regierung Hollande/Montebourg an der Spitze (Anm.: letzterer ist ein von Hollande neu erfundener Minister für Wirtschaftsbelebung, der sich hauptsächlich bemüht, die Arbeiter/innenkämpfe vom Weg abzubringen), welche vorgeben, an der Seite der Arbeiter/innen zu sein, aber tatsächlich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals vollstrecken. Vielen wurden die Augen geöffnet über die wahren Feinde der Arbeiter/innenklasse, auch wenn sie ihre wahre Natur maskieren, indem sie sich „sozialistisch“ oder „links“ nennen.

Sie haben sich gegen die Kündigungen und Entlassungen gestellt, gegen die Repression, gegen die von Hollande und Valls (Anm.: Innenminister) geschickten CRS, und sie haben verstanden, dass die Polizei, die Justiz ausschließlich an der Seite der Kapitalisten, der Banken und der Konzerne, und der Ministerien stehen.

Sie haben gesehen, dass alle „Wirtschaftsexperten“, selbst die „radikalsten“ der Gewerkschaftsexperten, vollständig in der Logik der Kapitalverwertung verfangen sind und - „letztendlich“ - die Werksschließung gerechtfertigt haben.

Sie haben in wilder Entschlossenheit Widerstand geleistet, denn „so geht es nicht mehr weiter“, und es abgelehnt, das Leben der Arbeiter/innen als bloße „strukturelle Anpassungsvariable“ zu betrachten und wie alte Fetzen weggeworfen zu werden. Sie wollten die Folgen der Krise des Kapitalismus für ihre Existenz nicht mehr ertragen.

Sie haben sich in Gestalt einer täglichen Betriebsversammlung und als Streikkomitee organisiert und es abgelehnt, ihre Entscheidungen an Rechtsanwälte, politische Experten und solche der Gewerkschaften zu delegieren, selbst nicht an solche „guten Willens“. Sie waren in der Lage, eine absolut noch nie dagewesene finanzielle Solidarität zu organisieren, mit mehr als einer Million Euro oder noch mehr, aus ganz Frankreich und auch darüber hinaus. Eine finanzielle Solidarität, die ihnen ermöglicht hat, auf Dauer durchzuhalten, „Solidarität ist eine Waffe“, wozu wir als OCML-VP aktiv beigetragen haben.

¹ Wir übersetzen hier camarades mit Kolleg/innen, weil das in unserem Zusammenhang die Hauptbedeutung ist. Eigentlich bedeutet camarades aber mehr als bloß Kolleg/innen, es hat auch die Konnotation von Klassenbrüder und -schwestern und es heißt auch Genossen. Nur am Schluss des Textes haben wir camarades mit Genoss/innen übersetzt.

Jawohl, die Kolleg/innen von Aulnay haben gezeigt, wozu die Arbeiter/innen, wenn sie sich ihrer Lage bewusst werden und sich organisieren, imstande sind. Sie selbst haben unglaublich viel gelernt. Sie haben einen ruhmreichen Platz eingenommen an der Seite ihrer französischen, europäischen und weltweiten Klassenbrüder und -schwestern im Kampf gegen die kapitalistische Barbarei.

Das konkrete Ergebnis des Streiks ist sicherlich weit von dem Einsatz und den Hoffnungen entfernt, gegen die Schließung des Betriebs, für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Und es ist wahr, dass es den PSA-Kolleg/innen nicht gelang, ihren Kampf auf andere Betriebe, andere Sektoren, in Frankreich oder auf europäischer Ebene (die anderen PSA-Betriebe, die Renault-Betriebe, Opel in Deutschland, die Koordination des Internationalen Automobilarbeiterratschlags (IAAR) ...) auszudehnen - das war nicht ihr Fehler. Lutte Ouvrière² hat alles getan, um eine solche Ausweitung zu verhindern - aber im Zeitalter der Globalisierung bedeutet es eine Falle, sich lokal oder auf nationale Grenzen zu beschränken. So eine Vorgangsweise erlaubt es nicht, den großen internationalen Konzernen entgegenzutreten. Andere haben nicht aufgehört, Illusionen in die neue Regierung zu verbreiten, man dürfe diese nicht „zu sehr“ kritisieren und vor allem nicht frontal bekämpfen.

Heute sieht es so aus, dass die Fabrik wohl geschlossen werden wird, die Kolleg/innen werden zerstreut werden, einige werden einen neuen Job finden, andere werden in der Arbeitslosigkeit landen. Leider ist das das Schicksal der übergroßen Mehrheit der Arbeiter/innen in Frankreich, in Europa und auf der Welt im Gefolge der Restrukturierungen und Massenkündigungen. Aber, wie schon das Kommunistische Manifest sagte: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“

Heute besteht die Schwäche der Arbeiter/innenklasse zuallererst nicht in mangelnder Entschlossenheit und in mangelndem Zorn, das haben die Kolleg/innen von PSA bewiesen. Sie besteht zuallererst in der mangelnden Klasseneinheit, in der fehlenden Perspektive ihres Kampfes und in der fehlenden Organisation. Heute haben die Arbeiter/innen Frankreichs, ob französische oder immigrierte, keine Partei, die sie wirklich vertritt. Natürlich gibt es Aktivist/innen, die die Interessen der Arbeiter/innen verteidigen, die den Kampf organisieren, oft sogar mit größter Entschlossenheit. Aber es gibt keine Partei, die den unmittelbaren Tageskampf mit der Perspektive verbindet, mit dieser Ausbeutergesellschaft Schluss zu machen, eine Partei, die den Weg vorzeichnet, den Weg einer zukünftigen Entwicklung, damit das Leben nicht mehr bloß aus ewig wiederkehrenden Abwehrkämpfen besteht, eine Partei, die den internationalen Charakter des Kampfes der Arbeiter/innenklasse im Kampf gegen unseren Imperialismus in Frankreich und überall auf der Welt bekräftigt.

Viele haben Hollande gewählt, um Sarkozy loszuwerden. Heute können sich dieselben Menschen vorstellen, Mélenchon (Anm.: Chef der Parti de Gauche) zu wählen, um Hollande loszuwerden. Morgen sagen sie uns vielleicht, dass man für Arthaud (Anm.: Sprecherin der reformistischen trotzkistischen LO) stimmen muss, um Mélenchon loszuwerden. Aber, am Ende, hätte man dann einen Fortschritt erzielt? Nicht einen Millimeter! Immer in der Falle zwischen Ausbeutung im Job und Arbeitslosigkeit, von einem Abwehrkampf zum anderen, von einer Wahl zur nächsten, eingenebelt durch die Medien, narkotisiert durch Videospiele, eine debile Musik, „Reality“-Fernsehen oder Krimiserien, ohne Zukunft ...

Die Kolleg/innen von PSA haben den ganzen Reichtum eines radikalen Arbeiter/innenkampfes gezeigt. Auf diese Wünsche und Bestrebungen müssen wir uns stützen bei unserem Kampf um ein anderes Leben, um eine andere Gesellschaft, die sich von den Ausbeutern befreit hat. Wir haben von diesem ökonomischen System nichts zu erwarten, das ist ziemlich klar, nichts außer Elend. Wir haben aber auch nichts von dem politischen System zu erwarten, das dieses schützt und verteidigt, mittels der Polizei, der Justiz, der Wahlen, der Bürokratie, der Medien.

² Der Vorsitzende der CGT-Basisorganisation PSA Aulnay und Sprecher des Streikkomitees, Jean-Pierre Mercier, ist Mitglied der trotzkistischen LO.

In unseren Kämpfen müssen wir weiterblicken, um unsere Unabhängigkeit zu erkämpfen, um die Ketten zu brechen, die uns zur Ohnmacht verurteilen. Ketten des Reformismus, des Chauvinismus, des Korporatismus (Anm.: Beschränkung auf Partikularinteressen) und alle ihre Varianten, uns weiterhin als Sklaven des Kapitalismus zu halten. Wir wollen nicht den Reichtum der Gesellschaft mit den Kapitalisten teilen, wir wollen den gesamten Reichtum. Wir wollen „travailler tous, travailler moins, travailler autrement“³. Wir wollen eine Gesellschaft, die den Bedürfnissen des Volkes Rechnung trägt, nicht denen des Profits und des Marktes. Wir wollen eine Gesellschaft der Demokratie, der Brüderlichkeit und der Solidarität, nicht eine Gesellschaft der Diktatur und des Individualismus. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Arbeit eine nützliche Tätigkeit aller ist, auf Gesundheit und Umwelt Rücksicht nimmt, nicht eine zerstörerische und traumatisierende Sklaverei, am Fließband, an der Maschine oder vergiftet durch die Nuklearindustrie und Umweltgifte.

Wir müssen uns zusammenschließen, uns als politische Partei neuen Typs organisieren, um für uns, für die Proletarier/innen, den „proletarischen Weg“ vorzuzeichnen, der uns zu einer solchen Befreiung führen wird. Wenn unsere kommunistische Organisation sich „Proletarischer Weg“ nennt, ist das keineswegs ein Zufall.

Die Kolleg/innen von PSA Aulnay haben gezeigt, dass alle diese Wünsche und Bestrebungen heute schon da sind. Jetzt geht es darum, eine bewusste und organisierte Kraft zu schaffen und unsere direkten Feinde, das sind unsere Ausbeuter, loszuwerden sowie auch unsere indirekten Feinde, die vorgeben, dass es möglich wäre, unsere Leiden im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu lindern, ohne mit diesem System Schluss zu machen.

Kolleg/innen von PSA und anderswo!

Arbeiter/innen und Werk tätige, Französ/innen und Immigrant/innen, mit oder ohne legalen Status, Arbeitslose und Arbeitende - wir müssen uns organisieren, neu aufstellen, das Haupt erheben!



Genossen, Genossinnen genug der armseligen Spielchen, um zu versuchen, den Schaden zu begrenzen, der sich doch immer mehr vergrößern wird, genug der Wahltheater, in denen man uns an der Nase herumführt!

Arbeiter/innen und Werk tätige, nehmen wir den Weg unserer Vorläufer wieder auf, den der Pariser Commune, der russischen und der chinesischen Revolution, den des Kommunismus, den der Hoffnung und der Befreiung!

Genossen, Genossinnen die Ihr revoltiert, em-pört und bewusst, schließt Euch der Organisation Communiste Marxiste-Léniniste - Voie Proletarienne an!

³ Das ist dem Buchstaben nach leicht, dem Sinn nach aber schwer zu übersetzen. Dem Buchstaben nach heißt es: „Arbeiten - alle! weniger! anders!“ Das klingt vielleicht für nicht-französische Ohren etwas seltsam, weil es nicht trennscharf unterscheidet, ob man vom kapitalistischen Heute oder vom sozialistischen Morgen spricht. Es nimmt indes einen Slogan der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung, des „syndicalisme de classe“, auf. Es soll in der heutigen Situation der französischen Arbeiter/innenbewegung, tief in der Defensive, über den tagtäglichen Abwehrkampf hinausweisen, ohne aber in illusionäre trotzkistische bzw. „linkssozialistische“ Phrasen bzw. Reformprojekte abzurutschen (wie z.B. die „Verteilung der Arbeit auf alle Hände!“ und andere „Übergangs“wunder).

Chavez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Vor 6 Jahren haben wir in der PR 26 und 27 (2007) in zwei längeren Artikeln zum „Traum und Wunschtraum“ und zur „Sozialpolitik und ‚Rätedemokratie‘“ in Venezuela Stellung genommen, um dem Hype in der europäischen Linken über den „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ kritische Fakten entgegenzustellen. Dort wird sowohl die Vorgeschichte der chavistischen Bewegung beleuchtet, als auch die politische Ausrichtung und Praxis in den Bereichen Wirtschaft, Außenpolitik, Demokratisierung und Sozialprogramme untersucht.

Unter anderem wird auch eine Reihe von Mythen widerlegt, die damals wie heute in der Solidaritätsbewegung verbreitet werden, z.B.: „Die Ölgesellschaft PdVSA wurde nicht 2002 unter Chavez verstaatlicht. Das war sie schon vorher. Da die PdVSA aber mit ihrem riesigen, tausende Manager umfassenden Führungsapparat, welcher jährlich bis zu 80 Mrd. Dollar in die eigenen Taschen wirtschaftete, zu einem Staat im Staat geworden war, entließ die Regierung etliche reaktionäre und korrupte Manager und setzte loyale Leute in die Führungspositionen. Die Verstaatlichung der PdVSA, durch welche Chavez zum Liebling der Metropolenlinken wurde, ist ein Gerücht. Alte Verträge wurden aufgekündigt und neue beschlossen. So sind heute, von der Chavez-Regierung geschlossene Verträge in Kraft, welche multinationale, vornehmlich aus dem EU-Raum kommende Konzerne wie BP und Shell zu mehr als 40% auf eine Dauer von über 25 Jahren beteiligen.“ (PR26, S.38)

Auch nach mehr als 10 Jahren sozialdemokratischer und nationalbürgerlicher Regierungen in den Ländern Lateinamerikas hat sich die Situation für die ArbeiterInnen und BäuerInnen nicht grundlegend geändert; der Einfluss des US-Imperialismus wurde zurückgedrängt und die Abhängigkeit von den EU-Imperialisten steigt. Aber die vom US-Imperialismus gesteuerten faschistischen Marionetten-Regierungen in den meisten Ländern wurden im Rahmen breiter Volksbewegungen hinweggefegt und die Bedingungen für revolutionäre Bewegungen wesentlich verbessert. So schrieben wir 2007: „Natürlich bringt Chavez gewisse Vorteile für das venezolanische Volk. Bildungs-, Ernährungs- und Gesundheitsprogramme stehen auf der Tagesordnung. Diese Dinge aber braucht auch die Bourgeoisie Venezuelas, wenn sie sich selbst stärken will. Dass Chavez definitiv kein Sozialist ist, ist klar...“ (PR26, S.41)

Im Folgenden drucken wir eine aktuelle Stellungnahme nach dem Tod Hugo Chavez' aus der französischen Zeitung „Partisan“ nach.

Chavez – ein Modell für den Sozialismus?

(aus „partisan“, Monatszeitung der Organisation Communiste Marxiste-Léniniste Voie Proletarienne, OCML VP, No. 265, Mai 2013, mit geringfügigen Kürzungen)

Der Chavismus tritt auf als der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Dieser Ausdruck stammt aus dem Munde eines deutschen, in Mexiko lebenden Intellektuellen, Heinz Dieterich, der Chavez als eine seiner hauptsächlichsten Quellen politischer Inspiration nannte. Und so definiert Dieterich den Sozialismus: „Das ist eine Marktwirtschaft, der die Ziele vom Staat gesetzt werden und die vom Staat angekurbelt wird, ... eine soziale Marktwirtschaft, die sich vom Import unabhängig macht...“ Der chavistische Staat, weit entfernt von dem, was er an radikalen sozialen Umwälzungen zu versprechen scheint, verspricht in der Tat nicht viel mehr als wirtschaftliche

Unabhängigkeit des Landes, einen demokratischen bürgerlichen Staat, eine Wirtschaftsplanung und eine Umverteilung des Reichtums. Das ist eine ökonomistische Vorstellung von Sozialismus. Für uns ist das alles überhaupt kein Sozialismus. Sozialismus - das ist die Machtergreifung durch die Ausgebeuteten in allen Bereichen. Das bedeutet die ganze Macht in den Händen der Ausgebeuteten, die ihre eigenen politischen Institutionen schaffen, nicht bloß eine Reform des bürgerlichen Staates. Das ist die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Eliminierung der Kapitalisten, nicht bloß eine unterschiedliche Verteilung der Früchte unserer

Arbeit zwischen uns und ihnen. Wenn für jemanden der Chavismus ein Modell darstellt, sieht man daran klar den Charakter seiner politischen Ziele: den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaft „umgestalten“ und „herrichten“, damit sie in einer für uns etwas günstigeren Weise funktionieren. Mit Sozialismus und Revolution hat das nichts zu tun. Bestenfalls verspricht man uns damit einen zweiten „Sozialstaat“ à la „Norwegen“.

Was sich in Venezuela geändert hat (bzw. nicht)

Um sich ein klares Bild zu verschaffen, muss man von den Fakten ausgehen. Und leider entspricht die Realität nicht den Versprechungen. Chavez versprach

nationale Unabhängigkeit. Nun wurde er zwar bekannt für seine starken Sprüche gegen die USA, aber es ist nicht so sicher, ob Venezuela heute nicht weniger unabhängig ist als vorher. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die nationale Industrie immer schwächer. Das Land importiert heute relativ mehr Endprodukte als vor Chavez und es exportiert wesentlich weniger. Die Abhängigkeit von den Ölexporten hat zugenommen. Und vor allem haben die USA ihre Rolle als wichtigster Handelspartner Venezuelas ausgebaut. Noch nie gab es soviel Ölexport in die USA und soviel Import von Industrieprodukten aus den USA wie unter Chavez. Trotz seiner Versprechungen ist es dem Chavismus nicht gelungen, die ökonomische Unabhängigkeit zu stärken, das Land hängt heute ökonomisch mehr vom Imperialismus ab als zuvor. Die Regierungen unter Chavez haben in Wirklichkeit keinerlei Politik betrieben, die tatsächlich auf die wirtschaftliche nationale Unabhängigkeit gerichtet war. Und selbst wenn sie das gewollt hätten, wäre es ihnen nicht gelungen. Chavez versprach eine wahre Demokratie, aber er hat den Staatsapparat, den man ihm „vererbt“ hatte, überhaupt nicht angetastet. Sicher, er hat bei seinem Machtantritt eine neue Verfassung durchgesetzt, aber diese hat nicht viel geändert. Die wesentlichste Änderung war die Einführung vielfältiger Volksabstimmungen, um in regelmäßigen Abständen die Staatsmacht zu legitimieren. An der Basis hat der Chavismus Zehntausende „kommunale Räte“ eingerichtet, an-

geblich Organe der direkten Demokratie, aber die Mehrzahl dieser Strukturen übt überhaupt keine wirkliche Aktivität aus oder sie finden jedenfalls einen äußerst geringen Spielraum vor. Die Massen haben keine Möglichkeit, die wichtigen Entscheidungen der Regierung zu diskutieren, einer Regierung von Berufspolitikern, die funktioniert und die Entscheidungen trifft wie jede andere bourgeoise Regierung auch und deren einzige Legitimation ebenfalls nur die Wahlen alle fünf Jahre sind. In den Arbeiter/innen- und Volksvierteln ist die Polizei dasselbe wie zuvor und genauso gewalttätig wie zuvor gegen die Volksmassen. Das ist alles weit entfernt von Diktatur des Proletariats und der Macht in den Händen von Räten.

Trotz Umverteilung besteht die Ausbeutung weiter

Chavez versprach soziale Gerechtigkeit. Er hat insbesondere einen Teil der aus der Ölförderung gezogenen Profite an das Volk umverteilt, in Form von Sozialleistungen und Anstrengungen im Ausbildungs- und Gesundheitswesen. Auch wurde das Arbeitsrecht klar verbessert und wurden die Löhne erhöht. Es gab auch einige Verstaatlichungen, aber die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurden dadurch nicht berührt. Der Chavismus gibt vor, 120.000 Genossenschaften initiiert zu haben. Die Mehrzahl waren Totgeburten. Viele waren auch improvisierte Gründungen durch Kapitalisten, die sich an das Regime hängten und hauptsächlich auf Subventionen und Steuererleichterungen spitzten.

Und auch darauf, das gerade verbesserte Arbeitsrecht (das solche Ausnahmen vorsieht) unter dem Vorwand von „Strukturen der sozialen Wirtschaft“ gleich wieder auszusetzen und in Gestalt von Formen wilder „Sub-Beschäftigung“ und „Flexibilisierung“ zu umgehen. Angesichts des Widerstands und der Bewegungen der Arbeiter/innen dagegen nahm das Regime eine zwiespältige Haltung ein: An der Spitze gab man vor, diese Bewegungen zu unterstützen, während zugleich die lokalen chavistischen Behörden sie häufig gewaltsam unterdrückten. Mehrere militante Gewerkschaftsführer sitzen in den Gefängnissen des Regimes. Was den Grund und Boden betrifft, war die „Agrarreform“ sehr limitiert. Sie betrifft in erster Linie staatliche Ländereien und bestätigt zugleich den Großgrundbesitzern ihre bisherigen Rechte. Nur in dem Fall, dass Land nicht bebaut wird und es eine gewisse Größenordnung übersteigt, kann ein Teil davon enteignet werden - gegen eine Entschädigung in Höhe des Marktpreises. Es gab keinerlei allgemeine Enteignung des Großgrundbesitzes, obwohl 5% der Eigentümer 75% des Landes besitzen. In Venezuela ist keine Rede von der Umsetzung der alten Losung „Das Land denen, die es bebauen!“.

Welche Klasse ist an der Macht?

Nein, in Venezuela ist keine Rede von Sozialismus und es geht auch nicht in diese Richtung. Es ist leicht zu sehen, dass weder die Arbeiter/innen, noch die Bäuer/innen, noch die Bewohner/innen der barrios (verslumte Vorstädte) an

der Macht sind. Die Macht ist in Händen einer Bourgeoisie, die aus Elementen des Staatsapparats und der Armee besteht sowie aus der „Boliburguesia“ (= „bolivarische Bourgeoisie“, d.s. Geschäftemacher, die ihren „Erfolg“ dem Chavez-Regime verdanken). Mit Chavez hat eine Fraktion der Bourgeoisie eine andere an der Spitze der Staatsmacht abgelöst. Vielleicht weist die chavis-

tische Fraktion eine „fortschrittlichere“ Ideologie auf als ihre Vorläufer; es geht nicht darum, die Maßnahmen zugunsten der Volksmassen zu leugnen, auf die die Anhänger des Regimes verweisen. Aber man kann nicht auf die chavistische Fraktion der Bourgeoisie setzen, um eine radikale soziale Transformation zugunsten eben dieser Massen in Angriff zu nehmen.

Jedenfalls ist der Tod von Chavez ein harter Schlag für die chavistische Bourgeoisie, denn gerade über die Popularität dieses charismatischen Führers hat sie sich der Unterstützung der Massen versichert. Schwer zu sagen, wie lange der Chavismus sich an der Macht halten wird. Seinen politischen Zenit hat er jedenfalls hinter sich.

EMPFEHLUNG: als Broschüre wieder erschienen:

Über die Nationale Frage im Iran

Verfasst 1986 durch die „Iranische Volksfeddayin Guerilla“, (Befreiungsarmee der iranischen Völker), verbessert und wieder veröffentlicht von einem Linken iranischen Aktivisten in Wien, Februar 2013

Vorwort des Übersetzers

Nach dem Zusammenbruch des kapitalistischen Blockes der Sowjetunion und ihrer Satelliten, und damit der Kräfteverschiebung innerhalb der zwei Blöcke USA und UdSSR, verschärft sich der Kampf und die Konkurrenz für die neu formierten imperialistischen Blöcke um die Eroberung der neu freigewordenen Einflusszonen und Märkte.

Auf der anderen Seite erheben sich auch die unterdrückten Nationen, und die Völker nutzen die neu entstandene politische Gelegenheit gegen die nationale Unterdrückung und die Besatzung und fordern ihr Selbstbestimmungsrecht.

So entwickelt sich eine neue Arena des Kampfes. Damit die Imperialisten dieser Kämpfe Herr werden, versuchen sie diese mit allen Mitteln, durch direkte militärische Angriffe oder durch ihre Lakaien, zu beeinflussen und für ihre Interessen umzufunktionieren.

Da der Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht ein allgemeiner und demokratischer Kampf ist, umfasst er verschiedene Schichten- und Klasseninteressen. Deswegen nimmt eine proletarisch-revolutionäre Führung eine wesentliche Stellung für die Weiterentwicklung des Kampfes gegen Ausbeutung und gegen die imperialistische Unterdrückung an. Die Wahrheit ist aber, dass bei diesen Bewegungen oft keine proletarisch-revolutionäre Führung vorhanden oder nur schwach entwickelt ist, welche die Volksmassen für ihre wahren Interessen zu mobilisieren und dem Kampf revolutionäre Inhalte und Richtung zu verleihen imstande ist. Daher besteht immer die Gefahr, dass die nationalen Bewegungen seitens der Bourgeoisie der unterdrückten Nation im Dienste der anderen Imperialisten einverleibt und damit die alten Verhältnisse in neuer Form wieder hergestellt werden.

Die Ereignisse im früheren Jugoslawien-Kosovo, im irakischen Kurdistan oder die reaktionären Aktivitäten der meisten kurdischen Organisationen aus dem Iran, die finanzielle und logistische Hilfe von den Imperialisten - vor allem von den USA und der EU - im Namen der „Freiheit für kurdische Nation“ usw. in Anspruch nehmen, sind klare Beispiele für die negative Entwicklung dieser Bewegungen und in manchen Fällen ihren freien Fall in den Schoß der imperialistischen Reaktion.

Diese Art der Herangehensweise an die nationale Frage hat mit der revolutionären Lösung dieses Problems nichts zu tun, sondern im Gegenteil schürt sie die Zwietracht und die Feindschaft zwischen den Völkern und Nationen, wobei deren Folge die Verstärkung des Chauvinismus der unterdrückenden Nation und der Borniertheit sowie des Extremismus der unterdrückten Nation ist.

Dieser Artikel wurde im Jahre 1986 durch die „Iranische Volksfeddayin Guerilla“, (die Befreiungsarmee der iranischen Völker), veröffentlicht und durch Sympathisanten dieser Organisation in Wien auf Deutsch übersetzt. Er behandelt die nationale Frage vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus, gestützt auf die Erfahrungen der bisherigen Kämpfe der unterdrückten Völker und Nationen. Er beschäftigt sich mit der nationalen Frage im Allgemeinen und konkret im Iran, wo verschiedene Völker seit Jahrhunderten miteinander gemeinsam leben. Er zeigt unter anderem die Besonderheiten der Behandlung der nationalen Frage unter imperialistischer Herrschaft und deren Unterschiede zum historisch-klassischen Aufkommen der bürgerlichen Bewegungen in Europa im 18. und 19. Jahrhundert. Das heißt, in der imperialistischen Epoche können die nationalen Bewegungen dann siegreich sein, wenn sie als Teil der national-demokratischen Revolutionen unter Führung der Arbeiterklasse mit einer sozialistischen Perspektive gegen die imperialistische Herrschaft, deren soziale Basis das im Falle vom Iran gegen die Klasse der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie geführt werden.

Abschließend meine ich, dass der Inhalt und Richtung dieser Broschüre trotz vieler politischen Veränderungen im Laufe der vergangenen Jahre, noch immer aktuell und im großen Umfang hinsichtlich der nationalen Frage eine gerechte Antwort gibt.



Entschlossener Kampf für nationale und soziale Befreiung und Aufbau des Sozialismus

Beitrag der national-demokratischen Front der Philippinen NDFP auf dem 17. Internationalen Seminar über Probleme der Revolution in Lateinamerika, gehalten von Luis G. Jalandoni am 15. Juli 2013. Jalandoni ist Oberster Internationaler Repräsentant der NDFP und Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees.

Im Namen der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), der Neuen Volksarmee (NPA) und des revolutionären Volks der Philippinen, richtet die Nationaldemokratische Front der Philippinen (NDFP) ihre wärmsten Grüße der revolutionären Solidarität an alle Parteien und Bewegungen, die an diesem 17. Internationalen Seminar über Probleme der Revolution in Lateinamerika teilnehmen.

Wir schätzen den Meinungsaustausch, der bei diesem Seminar stattfindet und begrüßen die Gelegenheit, unsere Verbindungen mit anderen revolutionären Parteien und Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik zu verstärken. Wir sind durch die Einladung geehrt, die von der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Ecuadors (PCMLE) und der Volksdemokratischen Bewegung (MPD) ausgegangen ist.

Das Thema dieses Jahres „Modernisierung des Kapitalismus oder soziale Revolution?“ ist eine sehr wichtige Frage, die entschieden angepackt werden muss. Reformistische Illusionen über den Kapitalismus müssen zerstört und der Kampf für den Sieg der nationalen und sozialen Befreiung und für den Aufbau des Sozi-

alismus muss entschlossen geführt werden, wenn wir die Völker der Welt auf den Weg zur Beendigung von Unterdrückung, Repression und Ausbeutung und zum Aufbau des Sozialismus führen wollen.

Verstärkte kapitalistische Ausbeutung und staatliche Repression

Die ärgste wirtschaftliche Depression seit der Großen Depression hat sich auf die Welt niedergelassen. Die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist jetzt im fünften Jahr und es ist keine Lösung in Sicht. Die imperialistischen Staaten und die weltweite Monopolbourgeoisie klammern sich weiter an die neoliberale Wirtschaftspolitik und genießen ihre Profite und Kapitalakkumulation durch Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und die Denationalisierung der weniger entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften.

Alle Zentren des weltweiten Kapitalismus sind von dieser Krise betroffen und in ihrem Strudel. Öffentliche Gelder, die dazu vorgesehen waren, die Wirtschaft zu beleben, werden zur Stützung von Banken und Monopolfirmen verwendet, die weiterhin mit Steuerkürzungen und hochprofitablen Verträ-

gen belohnt werden. So stagniert die Produktion weiter und die hohen Arbeitslosenraten bleiben bestehen. Für 99% der Bevölkerung werden die Einkommen gesenkt. Und dennoch steigen die Preise der Basisprodukte und Dienstleistungen ununterbrochen.

Wegen der steigenden staatlichen Defizite und Staatsschulden, greifen die Staaten zu sogenannten Sparmaßnahmen, die die Last der Krise auf das Proletariat und den Rest des Volkes abladen. Diese Maßnahmen verursachen weitere Entlassungen, Lohnsenkungen, steigende Preise der Grundbedürfnisse, Pensionskürzungen, verringerte Sozialleistungen und Steuererhöhungen für Güter und Dienstleistungen, die vom arbeitenden Volk gebraucht werden.

Das Volk leistet mit Streiks und Massenprotesten Widerstand, wie die Serie von Volksprotesten in verschiedenen Ländern Europas, Nordafrikas, des Nahen Ostens und auch in Lateinamerika zeigen. In den Zentren des Kapitalismus tritt der Klassenkampf immer mehr in den Vordergrund, weil die Arbeiter/innen aufstehen und bei der Verteidigung ihrer Rechte und Interessen aktiv werden.

Aber die Monopolbourgeoisie und ihre politischen Agenten greifen auch zu ihren Maßnahmen, um der Strömung des Volkswiderstands mit Gewalt und Täuschung entgegenzutreten. Sie haben drakonische Gesetze gegen das Volk im Namen des Antiterrorismus erlassen. Die an der Macht befindlichen Vertreter der Ausbeuterklassen greifen schnell zur Gewalt, um das Volk einzuschüchtern und seinen Widerstand zu unterdrücken.

Die imperialistischen Staaten schüren auch die Kriegshysterie, um die verstärkte Kriegsproduktion und höhere Militärbudgets zu rechtfertigen. Um die Massen von den Wurzeln der Krise abzulenken, fördern sie reaktionäre Strömungen wie Faschismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und religiöse Bigotterie.

Das gegenwärtige Stadium des Imperialismus ermöglicht es, das Kapital und die Produktionsmittel in weltweitem Maßstab zu vergesellschaften. Der Export von riesigen Kapitalmengen und der große Technologiesprung im letzten Jahrhundert haben zusammen zu einer gewaltigen weltweiten Steigerung der Produktivität und der Warenmenge geführt. Die arbeitende Bevölkerung rund um den Erdball ist durch die Herstellung und Verteilung all dieses Warenreichtums verbunden. Und doch können all diese gewaltigen Mengen an geschaffenen Reichtum und Kapital nicht dem Wohl der Völker der Welt dienen, weil alles von der Kapitalistenklasse monopolisiert wird.

Revolutionärer Kampf für den Sozialismus

Wie die Erfahrung der Völker in Lateinamerika und der Karibik zeigt, sind Ausbeutung, extreme Ungleichheit und faschistische Repression Wegbegleiter der kapitalistischen Entwicklung. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion in globalem Maßstab führte zur Globalisierung der kapitalistischen Ausbeutung. Bei ihrer Suche nach einem letzten Ausweg hat die Arbeiter/innenklasse keinen anderen Weg als das Volk anzuführen, um der Kapitalistenklasse die politische und wirtschaftliche Macht zu entreißen, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und die sozialistische Revolution durchzuführen.

Die revolutionäre Partei des Proletariats in jedem Land muss sich selbst ideologisch, politisch und organisatorisch festigen. Sie muss sich mit dem arbeitenden Volk verbinden; zusammen mit ihm ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen entdecken; zusammen mit ihm ihre kommunalen und sektoralen Organisationen aufbauen (örtlich und nach Kriterien wie Alter, Beruf...; Anm.d.Ü.); und alle diese Organisationen als kämpfende Kollektive anleiten, um einerseits spezifische Forderungen durchzusetzen und andererseits sie auf die entscheidenden Schlachten gegen den kapitalistischen Staat vorzubereiten. Wir in den Philippinen lernen aus den revolutionären Erfahrungen unserer Genoss/innen in Lateinamerika und der Karibik.

Wie die Erfahrungen der proletarischen revolutionären Parteien auf der ganzen Welt zeigen ist es notwendig, entschlossen die Zahl der Parteimitglieder aus den Reihen der Aktivist/innen zu erhöhen, die sich im Verlauf des politischen Kampfes entwickeln. Mitglieder und Kader müssen in den revolutionären Kenntnissen der Aufweckung, Organisation und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung geschult werden und müssen Anweisungen für die Führung der Massenorganisationen erhalten.

Der revolutionäre Kampf des philippinischen Volks zur Erreichung des gesamtnationalen Siegs und Aufbau des Sozialismus

In den Philippinen führt die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) das philippinische Volk im Kampf auf Leben und Tod gegen den US-Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus. Seit ihrer Neugründung im Jahr 1968 hat die Partei die Neue Volksarmee (NPA) gebildet und kommandiert, die ihre Hauptwaffe zur Schwächung der Kraft des reaktionären Staates ist. Die revolutionären Streitkräfte verwenden die Strategie des langdauernden Volkskriegs und bauen ihre Kräfte in den riesigen ländlichen Gebieten aus, schlagen die reaktionären Streitkräfte in kleinen Schritten und zielen auf die Ergreifung der gesamtnationalen politischen Macht ab. Die sozialistische Revolution wird direkt nach der gesamtnationalen Erringung



der politischen Macht beginnen.

Die Partei erweckt, organisiert und mobilisiert die ländliche Bevölkerung für die Revolution. Massenorganisationen der Arbeiter/innen, Kleinbäuer/innen, indigenen Völker, Frauen, Jugendlichen, Kinder und der ländlichen Kleinbourgeoisie wurden aufgebaut. Auf Basis dieser Massenorganisationen werden lokale politische Machtorgane aufgebaut, auf der Dorfebene und wo möglich auch Bezirksebene und später auch auf Provinzebene. Programme und Kampagnen für die Agrarrevolution werden gestartet, einschließlich solcher für die Senkung der Pachtzinsen, Ausrottung von Wucherei, Verbesserung der Landwirtschaftsproduktion, Erhöhung der Löhne der Landarbeiter/innen, Erhöhung der Preise für Agrarprodukte und Verbesserung kooperativer Tätigkeiten. Zusätzlich zur Agrarreform werden auch Gesundheits-, Ausbildungs-, Selbstverteidigungs-, lokale Streitschlichtungs- und Kulturprogramme durchgeführt.

Der revolutionäre Kampf in den Klein- und Großstädten ist ebenso wichtig. Organisationen der Industriearbeiter/innen, städtischen Armut, Frauen, Jugendlichen und Student/innen und urbanen Angestellten werden gebildet. Auch sie verbreiten

die Nachrichten vom bewaffneten Kampf, der hauptsächlich am Land geführt wird und inspirieren die städtische Bevölkerung zur Unterstützung und aktiven Teilnahme.

Momentan sind die von der CPP geführten revolutionären Streitkräfte in 70 von insgesamt 81 Provinzen in den Philippinen aktiv. Die NPA kämpft an mehr als 110 Guerilla-Fronten, wobei jede Front einem Zug bis zu einer Kompanie Roter Kämpfer/innen entspricht. Die Zahl der vollzeitlichen Roten Kämpfer/innen mit Schnellfeuerwaffen bewegt sich auf die 10.000 zu. Sie werden auch durch Zehntausende Freiwillige in der Volksmiliz ergänzt und weitere Hunderttausende in den Selbstverteidigungseinheiten der Massenorganisationen am Land.

Die Massenbasis der Revolution beläuft sich auf Millionen von Menschen. Das wurde erreicht durch den Aufbau von Massenorganisationen auf Dorfebene, die politischen Machtorgane und die lokalen Partiefilialen. Die Mitgliedschaft der CPP liegt jetzt über 100.000 und dehnt sich in Richtung auf unser Ziel von 250.000 sowohl in urbanen als auch ländlichen Gebieten aus. Die NPA versucht ihre Roten Kämpfer/innen auf 25.000 zu vergrößern und ihre Guerillafronten auf 180. Die

politischen Machtorgane und Massenorganisationen festigen sich und versuchen mehrere Millionen Menschen durch direkte Organisation und über die Einheitsfrontarbeit einzubeziehen.

Unter der Führung der CPP sind die NPA und die anderen verbündeten Organisationen der NDFP dazu entschlossen und darauf vorbereitet den revolutionären Kampf auf die Stufe des strategischen Gleichgewichts im Volkskrieg voranzutreiben. Sie zielen auf einen gesamt-nationalen Sieg über den US-Imperialismus und seine lokalen reaktionären Verbündeten ab. Der Sieg des philippinischen Volks wird zur Schwächung der US-imperialistischen Herrschaft beitragen und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten erhöhen.

Das revolutionäre Volk der Philippinen streckt seine Solidarität über den Pazifischen Ozean zu den Völkern Lateinamerikas und der Karibik aus in ihrem Kampf gegen Imperialismus und kapitalistische Ausbeutung und für sozialistische Revolution. Unsere gemeinsame Geschichte der kolonialen und neokolonialen Unterwerfung, ebenso wie das gemeinsame Erbe unserer nationalen Befreiungsbewegungen stärkt die Bande zwischen unseren Völkern. Wir freuen uns auf eine größere Einheit und gegenseitige Unterstützung in unserem gemeinsamen Kampf für nationale und soziale Befreiung, echte Demokratie und sozialistische Entwicklung.

PHILIPPINEN:

Bei mehreren Offensiven der NPA in Nord-Samar wurden 17 Soldaten getötet, 11 verwundet

Presse-Erklärung von Amado Pesante, Sprecher des Rodante Urtal Kommandos, NPA Northern Samar Provincial Operations Command. 4.8.2013

Das Rodante-Urtal-Kommando der Neuen Volksarmee (RUC-NPA) in Nord-Samar (Philippinen) hat heute bekannt gegeben, dass in einer Serie von militärischen Auseinandersetzungen, die im Juni und Juli 2013 vom RUC-NPA gegen die 8. Infanterie-Division der Streitkräfte durchgeführt wurden, 17 Soldaten getötet und 11 verwundet wurden.

Nach Angaben von Genossen Amado Pesante, dem Sprecher des RUC-NPA erfolgte diese Serie von Militäraktionen in den Barangays (Dörfern) Avelino, Cuenco und Lakandula in Las Navas, Northern Samar und führte zu 12 Getöteten und zwei Verwundeten Feinden. Ein Roter Kämpfer wurde zum Märtyrer und vier wurden bei diesen Militäraktionen verwundet. Mittlerweile wurden in der Stadt Victoria am 25. Juni fünf Soldaten getötet und neun verwundet, als eine Gruppe Roter Kämpfer/innen und die Volksmiliz die zwischen den Barangays (Dörfern) Lungib und Luisita eingesetzten Truppen des 20. Infanterie-Bataillons angriffen. Bei dieser taktischen Offensive gab es keine Verluste auf Seiten der NPA.

Gen. Amado Pesante fügte hinzu, dass die Militäraktionen eine Antwort auf die Forderung des Volkes nach Bestrafung der 8. Infanterie-Division (ID) war, die mit ihren Soldaten viele Menschenrechtsverletzungen beging, als sie die brutale Militäroperationen nach dem *Oplan Bayanihan* (Aufstandsbekämpfungsprogramm der Aquino-Regierung) durchführte.

Sie kampieren in zivilen Gemeinden, bombardieren Felder mit Mörsern und vom Flugzeug aus, zerstören Eigentum und zerstören die Lebensbedingungen und den Frieden des Volkes. Kürzlich beklagte ein Kleinbauer im Dorf Cuenco, Las Navas, dass Soldaten der 8.ID während ihrer Militäroperation seine Reisernte im Wert von 42.000 Pesos verbrannten.

Gen. Amado Pesante strafte auch die Erklärung des Militärs Lügen, dass die revolutionäre Bewegung auf dem letzten Bein stehe und stellte klar, dass unschuldige Bauern im Bericht des 20. IB über 53 „NPA-Überläufer“ im Dorf E.Duran, Bobon, dargestellt wurden.

Der Kommandant des 20. IB, Oberstleutnant Noel Vesuir, und der Kommandierende der 8. ID, Generalmajor Gerardo Layug, sind beide so verzweifelt bemüht die Fortschritte der revolutionären Bewegung zu verhüllen, dass sie Bauern, die von ihnen zur Teilnahme an einer Versammlung gezwungen worden waren, fälschlich als „NPA-Überläufer“ darstellten.

In Wirklichkeit haben die Soldaten wegen der wiederholten Angriffe auf ihre Einheiten extreme Angst bei ihren Operationen. Sogar wenn sie mit mehreren Kolonnen unterwegs sind, wagen sie es nicht ein Lager aufzuschlagen oder auch nur zu schlafen, wenn sie am Boden rasten. Sie hetzen sich auch gegenseitig bei der Überquerung von Flüssen, weil sie Angst vor einem NPA-Hinterhalt haben. Das Aquino-Regime hat sechs Bataillone und eine Spezialeinheit in Nord-Samar stationiert, aber sie

laufen wie Hunde mit zwischen den Beinen eingeklemmtem Schwanz, wenn sie von der NPA angegriffen werden.

Sie werden sich sicher weiter mit ihren Erklärungen über die Vernichtung der revolutionären Bewegung blamieren, weil die Bevölkerung von Nord-Samar und der ganzen Region entschlossen ist, den *Oplan Bayanihan* zunichte zu machen.

Gen. Amado Pesante rief alle NPA-Einheiten in Nord-Samar auf, im Sinne des Aufrufs der Kommunistischen Partei der Philippinen zur Zerschlagung des *Oplan Bayanihan* die taktischen Offensiven weiter zu intensivieren und auszubreiten und die Kriegsführung in nicht zu kurzer Zeit von der Ebene der strategischen Defensive auf die Ebene des strategischen Gleichgewichts zu heben.

Die Bevölkerung von Nord-Samar feiert die NPA als ihre Armee und echte Förderin ihrer Interessen. Die Unterstützung durch das Volk stärkt weiter die Anstrengungen der NPA und der gesamten revolutionären Bewegung und wird sicher die Niederlage der faschistischen, pro-imperialistischen und korrupten Manöver des US-Aquino-Regimes herbeiführen.

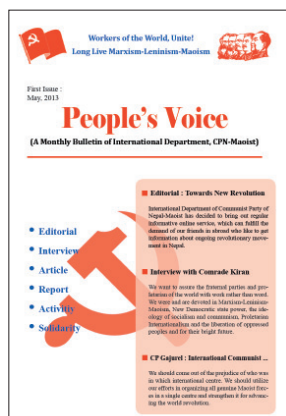
Besiegt den *Oplan Bayanihan*!

Lang lebe die Neue Volksarmee!

Lang lebe das Volk von Nord-Samar!

Lang lebe der Volkskrieg!

NEPAL: Richtung neuer Revolution



Editorial von „People's Voice“ (Volksstimme), Monatsblatt der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch), Mai 2013 (eigene Übersetzung)

Die Internationale der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch) hat beschlossen, einen regelmäßigen Online-Informationsdienst herauszugeben,

der die Bedürfnisse unserer Freund/innen im Ausland zufriedenstellen kann, die Informationen über die aktuelle revolutionäre Bewegung in Nepal erhalten wollen. Unsere Freund/innen im Ausland waren mit der Situation konfrontiert, dass sie sich eine Meinung über die politische Bewegung in Nepal bilden mussten und sich dabei voll auf die bürgerlichen Medien stützen mussten, die klar gegen die revolutionäre Bewegung eingestellt sind. Wir glauben, dass dieses Problem jetzt überwunden wird.

Gerade jetzt bewegt sich die nepalesische Gesellschaft auf eine scharfe Polarisierung zu. Die ernste politische Krise begann nach der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung vier Jahre nach ihrer Wahl ohne eine

neue Verfassung zustande zu bringen. Beide Ziele des „Friedensprozesses“, die Integration der Volksbefreiungsarmee PLA und der Königlichen Nepalesischen Armee einerseits und die Erarbeitung einer neuen Verfassung andererseits haben sich völlig zerschlagen, und das führte zu einer unüberwindlichen politischen Krise. Diese Krise wurde weiter verschärft nach den rückwärtsgewandten Ereignissen des 14. März 2013, als der Präsident eine 25-Punkte-Erklärung verkündete, die die 20 Punkte der gegenwärtigen Provisorischen Verfassung aufhob, und eine „parteiunabhängige Wahl-Regierung“ („Nonparty-election government“) ernannte, die unter völliger Missachtung der Verfassung auf Empfehlung des „Zusammenwirkens der obersten Führer der vier Großparteien“ zustande kam. Die beabsichtigte Wahl wurde durch die Boykottbewegung der politischen Kräfte unter Führung der CPN-Maoist verhindert. Obwohl die Regierung die „Wahl zur Zweiten Verfassungsgebenden Versammlung“ noch nicht formal ausgerufen hat, hat sie begonnen, die Namen der Wahlberechtigten für die neuen Wahlen zu sammeln, was von den revolutionären Kräften unterbrochen wurde.

Neue Entwicklungen haben zu einer breiten Protestbewegung geführt, als die „Wahl-Regierung“ auf einen Posten der „Kommission für Amtsmissbrauch“ (die sich hauptsächlich

um Korruptionsfälle kümmert) einen Mann setzte, der für die Unterdrückung der Historischen Massenbewegung verantwortlich gemacht wurde und wegen verschiedener Korruptionsfälle verurteilt war. Das hat weiter dazu beigetragen, das Volk in Nepal in zwei unterschiedliche Lager zu treiben: Patriotische, republikanische, linke Kräfte auf der einen Seite und Nationalverräter, volksfeindliche und reaktionäre Kräfte auf der anderen. Es ist die CPN-Maoist, die die patriotische und demokratische Bewegung anführt.

Die Frage der „Wahlen“ ist zu einer Frage geworden, die die zwei unterschiedlichen Lager völlig trennt. Die Renegaten, Hampelmänner der ausländischen Kräfte, volksfeindlichen Kräfte sind wütend entschlossen die „Wahlen“ jedenfalls durchzuführen. Die Mehrheit der politischen Gruppen ist dagegen. Es ist klar, dass die sogenannten „Wahlen“ nicht dazu vorgesehen sind, um eine neue Verfassung zu erstellen, sondern um diese los zu werden und Zustimmung zu erhalten für den Verrat an der Nation, für volksfeindliche Gesetze und Korruptionsskandale. Deshalb sollte das Wahltheater boykottiert werden. Nur eine Massenbewegung des Volkes kann die bevorstehende Krise lösen. Revolutionäre Kräfte versuchen jetzt, diese politische Krise in eine Volksrevolution zu verwandeln.

Anmerkung der PR:

In der People's Voice Nr.1 (Mai 2013) – die auf der homepage <prorevol.wordpress.com> als pdf heruntergeladen werden kann - findet sich u.a. ein Interview mit dem Vorsitzenden Gen. Kiran zur aktuellen Politik der CPN-Maoist und ein Artikel des Stellvertretenden Vorsitzenden Gen. Gaurav zur Internationalen Kommunistischen Bewegung. Siehe auch die Beiträge der CPN-Maoist in der letzten PR52, S.69 und 75. siehe auch: <http://kasamaproject.org/files/peoples-voice-1.pdf>

NEPAL:

Wahlboykott-Aufruf der CPN-Maoist vom 27.7.2013

*Treibt die Boykottbewegung mit gewaltiger Einbeziehung der Massen aktiv und energisch voran!
Erarbeitet die Verfassung der Föderativen Volksrepublik mithilfe der neuen Massenbewegung!*

Geehrte Volksmassen!
Zu den für 19. November 2013 geplanten Wahlen zur zweiten Verfassungsgebenden Versammlung hat die „überparteiliche Regierung“ unter Führung des amtierenden Höchststrichters ein Schauspiel inszeniert, das zum Masterplan und Diktat des Imperialismus und Expansionismus und zum neuen Vier-Parteien-Pakt passt, der die 24 aktiven Parteien (von insgesamt 32 Parteien) der jetzt aufgelösten Verfassungsgebenden Versammlung an den Rand drängen soll.

Wir sind nicht prinzipielle Gegner von Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im absoluten Sinn, aber diese Wahl wird nicht abgehalten, um eine Volksverfassung zu erarbeiten, sondern dient dazu, das Land in die völlige Abhängigkeit von Indien zu führen (im Original „Sikkimisation“ - Sikkim ist ein offiziell „ganz autonomes“, „fast unabhängiges“ Gebiet im Norden Indiens, Anm.PR). Deshalb hat unsere Partei, die Kommunistische Partei Nepals-Maoistisch, beschlossen, diese sogenannten zweiten Wahlen aktiv und energisch zu boykottieren. Diese Entscheidung beruht auf den Interessen und der Meinung des Volkes. Wir rufen die geehrten Volksmassen ernsthaft auf, die Boykottbewegung wirkungsvoll und zu einem großen Erfolg zu machen. Die Massen sind die Schöpfer der Geschichte, das nepalesische Volk kämpft seit langem ohne Unterbrechung, um die nationale Unabhängigkeit zu sichern, die Demokratie zu

errichten und die grundlegenden Probleme für den Lebensunterhalt des Volkes zu lösen. Gewaltige Mengen von Blut und Schweiß wurden vor und nach 1951 in der Bewegung vergossen. Die Frage der Erarbeitung einer neuen Verfassung durch eine Verfassungsgebende Versammlung stand schon 1951 auf der Tagesordnung. Mehrere gewaltige Volksbewegungen erhoben sich 1979-80 und 1990-91, um das Land aus den Klauen der halbfeudalen, halbkolonialen und neokolonialen Bedingungen zu befreien und zugleich eine neue Verfassung zu erarbeiten. Einige politische Parteien haben im Verlauf dieses Prozesses sogar bewaffnete Kämpfe geführt. In der Folge hat unsere Partei, CPN (Maoist) zehn Jahre lang vom 13. Februar 1996 an einen großen Volkskrieg geführt und wir sind in Friedensverhandlungen eingetreten, um mit der Verfassungsgebenden Versammlung (VV) eine Volksverfassung zu erarbeiten. Schließlich fanden die Wahlen zur VV auch statt und es wurden große Anstrengungen unternommen, die Volksverfassung zu erarbeiten. Aber warum konnte diese Verfassung schließlich nicht erarbeitet werden? Nur weil die rückwärtsgerichteten, volksfeindlichen und konservativen, statusbewahrenden Kräfte keine Volksverfassung ausarbeiten wollten. Sogar ein Teil der Maoistischen Partei, die neorevisionistische Gruppe, kapitulierte vor dem Klassenfeind und agierte als Vermittler zu ihm.

Schließlich wurde die VV aufgelöst. Wieder einmal in der Geschichte wurde das nepalesische Volk schlimm betrogen. Das ist ein schwerer Verrat und eine Schande gegenüber den Wünschen, Bestrebungen, Vorstellungen, Träumen und Idealen, die sich im Verlauf der Massenkämpfe, bewaffneten Kämpfe und besonders in den zehn Jahren des großen Volkskriegs ausdrücken, gegenüber den tapferen Heldentoten und Verschwundenen, den verletzten und behinderten Kämpfer/innen und den breiten Massen. Dieser Verrat und diese Demütigung können nie toleriert werden. Um Vergeltung für diese Art von Verrat und Demütigung zu erlangen, soll das nepalesische Volk schließlich erfolgreich ein Neues Nepal schaffen. Wir werden bei diesem großen Feldzug an vorderster Front stehen.

Die Massen streben nach Veränderung

Im Land herrschen jetzt halbfeudale und halbkoloniale Bedingungen. Die Probleme der nationalen Unabhängigkeit, Demokratie und Lebensbedingungen des Volkes haben ernste Ausmaße erreicht. Wegen des Vertrags von 1950 und anderer ungleicher Verträge mit Indien ist das Land von einer ernstzunehmenden Unterdrückung bedroht. Das nepalesische Volk ist betroffen von Grenzverletzungen, Terror, Plünderung von Grenzgebieten und Interventionen von Indien betroffen. Die ganze Terai-Provinz ist überschwemmt, weil es den

*http://
maoistroad.
blogspot.co.at/
(Eigene
Übersetzung PR)*

großen Koshi-Staudamm und andere Kraftwerke gibt, die einseitig von Indien errichtet wurden. Nicht nur Koshi und Gandak, sondern auch die riesigen Kraftwerksprojekte wie Upper Karnali, Upper Marsyangdi und Arun III wurden den ausländischen Firmen übergeben. Die Verantwortung für den Bau und die Sicherheit von Flughäfen einschließlich des Tribhuvan International Airport wurde den herrschenden Klassen in Indien übertragen.

Einerseits bekommen wirkliche nepalesische Staatsbürger/innen immer noch keine Staatsbürger-Karte, andererseits werden geheime Pläne geschmiedet, um Emigrant/innen ausländischen Ursprungs die Staatsbürgerschaft zu gewähren. Die Unterdrückung des Landes durch Imperialismus und Expansionismus in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft verstärkt sich und das Land treibt auf eine völlige Abhängigkeit von Indien („Sikkimisation“) zu. In dieser Situation wird die nationale Unabhängigkeit zu einer ersten Frage.

Ebenso wird das Volk einschließlich der Arbeiter/innen, Kleinbauer/innen, Frauen, Dalits („Kastenlosen“, Anm.), nationalen Minderheiten, der Madhesis („Tieflandbewohner/innen“, Anm.), Moslems und Völker aus den unterdrückten Regionen, von Feudalismus, Patriarchat, feudalem Brahmanismus (Herrschaft der hinduistischen Priesterkaste, Anm.), Katmandu-Tal-Chauvinismus (im Original: „hilly chauvinism“, Anm.) usw. unterdrückt. Immer brennender wird die Frage ihrer demokratischen Rechte. Außerdem

hat die Frage der Lebensbedingungen des Volks große Bedeutung erlangt. Die Probleme der armen Kleinbauer/innen, Bauer/innen in Schuldknechtschaft, Pachtbauer/innen und landlosen Menschen am Land sind ungelöst.

Die Aufgaben einer revolutionären Landreform und des Aufbaus einer nationalen Wirtschaft werden vernachlässigt. Das Land leidet unter Armut. Korruption, Provisionen, Schwarzmarkt dehnen sich aus. Unsere Boykott-Bewegung ist untrennbar verbunden mit der Behandlung dieser Probleme. Warum sollen diese sogenannten Wahlen boykottiert werden? Unsere Partei boykottiert diese sogenannten zweiten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Wozu ist der Boykott gut?

Weil ...

- Die Wahlen zielen darauf ab, nach dem Plan einiger internationaler Machtzentren das Land unter die Herrschaft ausländischer Mächte und in völlige Abhängigkeit von Indien („Sikkimisation“) zu bringen, indem die Parteien, die Teil der jetzt aufgelösten Verfassungsgebenden Versammlung waren und andere Parteien, die in der Bewegung aktiv sind, an den Rand gedrängt werden.

- Es ist ein Versuch, das Land in ein parteiloses System und dann langsam in den Faschismus zu führen, indem die Rolle der Parteien im politischen System negiert und das bürgerliche Konzept der Gewaltentrennung und des unabhängigen Gerichtswesens zerschlagen wird.

- Die Wahlen werden unter der Leitung einer Marionetten-Regierung abgehalten, die unter der Führung

von Kräften steht, die nach Anweisungen ausländischer Machtzentren ausgehandelt wurden und arbeiten, anstatt einer Regierung, die das Volk bei der Ausarbeitung einer Verfassung in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten hätte sollen.

- Der politische Rahmen wurde von denselben Führern festgelegt, die es nicht geschafft haben in der vorherigen VV eine Verfassung zu erarbeiten und die ihre Auflösung veranlasst haben.

- Es gibt keine Grundlage und Möglichkeit für die Ausarbeitung einer Verfassung aufgrund der Wahlen, die nach dem rückwärtsgerichteten Erlass vom 14. März 2013 durchgeführt werden, die ihrerseits unter Verletzung und Überarbeitung der Provisorischen Verfassung auf verfassungswidrige und undemokratische Weise zustande gekommen ist.

- Die Forderungen u.a. nach Annullierung des rückwärtsgerichteten Erlasses vom 14. März 2013 und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit auf Konsensbasis unter den Parteien auf einer Konferenz am Runden Tisch, was von unserer Partei und anderen vorgeschlagen wurde, die den laufenden Kampf anführen, werden ignoriert.

- Es ist unbedingt notwendig geworden, eine Volksverfassung in Übereinstimmung mit dem Vertrauen, den Wünschen und Vorstellungen des Volkes auszuarbeiten, die sich in der Volksbewegung ausdrücken.

Aus den oben genannten Gründen ist der Boykott der sogenannten zweiten Wahlen zur VV dringend. Es gibt unter den gegen-

wärtigen Bedingungen keine andere Alternative als die Boykottbewegung zu unterstützen.

Wir sind der nationalen Unabhängigkeit und dem Volk verpflichtet

Wir kämpfen ständig für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit des Landes und für die demokratischen Rechte des Volks. Auch im Verlauf der Boykott-Bewegung betonen wir vor den Massen wieder, dass wir uns einsetzen für ...

- das Ende des reaktionären Staates und die Errichtung eines Staats der Föderativen Volksrepublik.

- die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität des Landes und die Kündigung der ungleichen Verträge einschließlich des von 1950 und den Abschluss neuer Verträge auf Grundlage des gegenseitigen Interesses und der Gleichberechtigung

- Sicherung der Rechte der Arbeiter/innen, Kleinbauer/innen, Frauen, Dalits, nationalen Minderheiten, der Madhesis, Moslems und Völker aus den unterdrückten Regionen, der nationalen Bourgeoisie und Sicherstellung der Einführung eines völlig proportionalen Wahlsystems und eines umfassenden Vertretungssystems für die unterdrückten Klassen und Gemeinschaften in allen Staatsorganen. Garantiertes Vorrecht für Frauen, Dalits und Moslems. Einführung des Föderalismus mit Sicherung der Identität der unterdrückten Nationen, nationaler Autonomie zusammen mit der theoretischen Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung und Vorrechte für lokale Massen auf ihre Naturschätze.

- Lösung der grundlegenden Probleme der Lebensbedingungen des Volkes einschließlich Bildung, Gesundheit, Nahrungsmittelversorgung, Beschäftigung und Unterkunft.

- Aufbau einer nationalen Wirtschaft, Beendigung des feudalen Landbesitzes und Durchführung einer revolutionären Landreform.

- Garantie der Interessen der Studierenden, Lehrer/innen, Professor/innen, Intelligenz, Staatsbediensteten und Streitkräfte, Schriftsteller/innen, Künstler/innen und Journalist/innen.

- Einrichtung eines demokratischen und religionsunabhängigen (säkularen) Bildungs- und Gerichtssystems und Aufbau einer nationalen, demokratischen und wissenschaftlichen Kultur.

In Übereinstimmung mit den Erwartungen, Bestrebungen, Vorstellungen und dem Willen der breiten nepalesischen Volksmassen ist es notwendig, die oben genannten grundlegenden Fragen inhaltlich in die neue Verfassung aufzunehmen und unsere Partei widmet sich voll dieser Aufgabe. Unsere Boykott-Bewegung beruht auf dieser Verpflichtung.

Unsere Haltung zu einer politischen Lösung

Die alte politische Übereinkunft ist zerstört. Die Hauptströmung der Maoistischen Partei, die den Volkskrieg geführt hat und die anderen politischen Parteien werden völlig negiert. Die Wünsche und Stimmung im Volk werden völlig ignoriert. In so einer Situation ist eine neue politische Übereinkunft notwendig. Um einen vorwärts gerichteten politischen Ausweg zu finden, ist es notwendig, den rückwärtsgerichteten Erlass vom 14. März 2013 zu annullieren und eine Konferenz am Runden Tisch mit allen Parteien abzuhalten, aus den Parteien eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden und eine allgemeine Übereinkunft über die grundlegenden Fragen der Verfassung zu haben. Wenn das nicht umzusetzen ist, wird die Volksverfassung von der Volksbewegung selbst und auf der Straße geschrieben.

Unsere Boykott-Bewegung richtet sich darauf aus. Keine Macht kann das Volk verwirren und die Geschichte zu alten Zuständen zurückdrehen.



1.Mai-2013, Kathmandu

Die Massen wollen Befreiung

Wir sind entschlossen voranzumarschieren und die Fragen der nationalen Unabhängigkeit, Demokratie und Lebensbedingungen des Volkes zu lösen. Das Neue Nepal ist nicht ohne Kampf gegen die Elemente vorstellbar, die wild entschlossen sind, das Land nach rückwärts zu zerren, die das Land an die ausländische Reaktion ausliefern wollen, die die Mas-

sen versklaven wollen, die die Träume und Stimmung des Volkes, die sich in den Massenbewegungen und im Volkskrieg ausdrücken, zerschmettern wollen, und schließlich die, die keine Volksverfassung ausarbeiten wollen.

Um die zweiten Wahlen zur VV zu boykottieren und die Volksverfassung auszuarbeiten richtet unsere Partei einen besonderen Aufruf an alle freiheitsliebenden Massen, an der

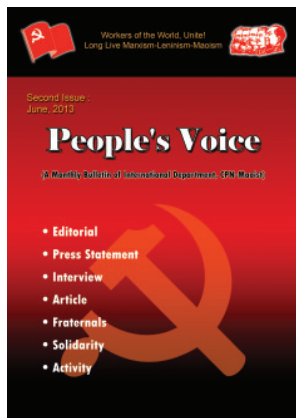
Boykott-Bewegung teilzunehmen.

Boykottieren wir die antinationalen, volksfeindlichen und rückwärtsgerichteten zweiten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung! Treiben wir aktiv und tatkräftig unter massiver Beteiligung des Volkes die Boykott-Bewegung voran! Schreiben wir eine neue Verfassung mithilfe einer neuen Massenbewegung!

Ergänzung:

Wenige Tage nachdem die illegitime nepalesische Notstandsregierung verfassungswidrige „Wahlen zu einer zweiten Verfassungsgebenden Versammlung“ für den 19.11. verkündet hatte, wurde „am 16. Juni ein sehr erfolgreicher Generalstreik durchgeführt, zu dem eine Allianz von 42 Parteien aufgerufen hatte. Sie haben erklärt, dass die Proteste weiter gehen werden, bis die Ankündigung des Datums zurückgezogen wird, die gegenwärtige ‚überparteiliche‘ Marionetten-Regierung zurücktritt, die ‚25-Punkte-Verordnung zur Beseitigung der Schwierigkeiten‘ aufgehoben und der verfassungswidrige ‚Vier-Parteien-Mechanismus‘, der im Volk als ‚Vier-Parteien-Syndikat‘ bekannt ist, aufgehoben ist.“ (Editorial von People’s Voice 2, Juni 2013)

<http://international.cpnmaoist.org>



Parolen

- Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit!
- Weg mit dem volksfeindlichen und antinationalen Erlass vom 14. März 2013!
 - Boykott der sogenannten zweiten Wahlen zur VV!
 - Wahlen unter den gegenwärtigen Umständen sind Betrug!
- Staatsbürgerschaftsbestätigungen für alle wirklich nepalesischen Menschen!
 - Weg mit dem antinationalen Erlass zur Staatsbürgerschaft!
- Auflösung der überparteilichen bürokratischen Marionetten-Regierung!
 - Bildung einer Regierung der nationalen Einheit!
- Schaffung einer neuen politischen Übereinkunft durch All-Parteiengespräche am Runden Tisch!
 - Ausarbeitung einer föderativen republikanischen Volksverfassung!
 - Volle proportionale Vertretung in allen Staatsorganen!
 - Lösung der Probleme der Lebensbedingungen des Volks!
- Billige und zeitgerechte Bereitstellung von Naturdünger, Arbeitswerkzeugen, Saatgut und Darlehen für die Kleinbauer/innen!
- Strenge Überwachung von Korruption, Schmuggel, Preistreiberei und Provisionen!
 - Rettung für die Opfer von Überschwemmungen und Erdbeben!
 - Einführung eines streng proportionalen Wahlsystems!
 - Auflösung des Vier-Parteien-Pakts!
- Weg mit allen ungleichen Verträgen einschließlich des von 1950!
- Weg mit allen Verträgen zu den Großkraftwerken Upper Karnali, Arun III und Koshi, die gegen die nationalen Interessen sind!
- Weg mit dem BIPPA-Vertrag und Widerruf der Entscheidung, die Abwicklung des Grenzverkehrs auch des Tribhuvan International Airport an Indien zu übertragen!
- Widerruf der Genehmigungen für indische Grenzbehörden in Lumbini und Pashupatinagar!
 - Nieder mit dem Rechtsrevisionismus!
- Nieder mit Feudalismus, Imperialismus und Expansionismus!
 - Es lebe die neudemokratische Revolution!
- Vereinigung aller patriotischen, republikanischen und linken Kräfte!
 - Es lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus!
 - Es leben unsere tapferen Helden!
 - Es lebe die Kommunistische Partei Nepals – Maoistisch!

25. Juli 2013, Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Nepals – Maoistisch

Lang lebe der Volkskrieg in Indien!

Ruhm den für die Revolution gefallenen Genoss/innen!

1 July 2013
International Day of Support
to the People's War in India



Historic attack to India rulers!
'Green Hunt' cannot stop the
People's War! All together until
Indian people's victory!

Comrade Red and all the martyrs
of revolution live in the People's
Revolutionary struggle in India and
in the world

We call all the
solidarity forces
in all countries,
using all the
forms of struggle, to
inform and mobilize the
masses against the Indian
regime and imperialism

International Committee
to Support the People's War in India
cspindia@gmail.com

Anlässlich des internationalen Tags zur Unterstützung des Volkskriegs am 1. Juli gedenkt unsere Partei der Genoss/innen, Männer und Frauen, die an der Front gefallen sind, die von der Reaktion kaltblütig ermordet, eingekerkert oder gefoltert wurden. Insbesondere gedenken wir der Genossen Azad und Kishenji, die am 1. Juli 2010 und 24. November 2011 ermordet wurden. Durch die jüngsten Angriffe der People's Liberation Guerilla Army (PLGA), zeigte die CPI (Maoist) - Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) - wie lebendig der Volkskrieg ist und was für große Bedrohung er für die herrschenden Klassen in Indien darstellt. Wir können die Vernichtung des Chefs der konterrevolutionären Salwa Judum, Mahendra Karma, nur begrüßen, deren fürchterliche Verbrechen in der Erklärung des Dandakaranya Special Zonal Committee der CPI (Maoist) veröffentlicht wurden: „Nur schwer können Beispiele aus der Geschichte gefunden werden, die sich mit dem Ausmaß der Verwüstungen und der Barbarei durch die Salwa Judum gegenüber dem Volk von Bastar (Gebirgs-



region in Zentralindien, Anm.) vergleichen lassen. Sie töteten kaltblütig mehr als 1000 Menschen, brannten 640 Dörfer zu Asche, raubten tausende Häuser aus, aßen oder stahlen Hühner, Ziegen, Schweine usw., zwangen mehr als 2 Millionen Menschen zur Flucht, verschleppten mehr als 50.000 Menschen in staatliche „Schutz“-Lager. So wurde die Salwa Judum zum Fluch für das Volk. Hunderte Frauen wurden Opfer von Gruppenvergewaltigungen. An vielen Orten fanden Massaker statt. Die Grausamkeiten gegenüber dem Volk und die Verwüstungen durch die Schläger von der Salwa Judum, der Polizei und den Paramilitärischen Streitkräften, besonders den Naga- und Mizo-Batallionen überschritten alle Grenzen. Es gab mehrere Vorfälle, bei denen Menschen brutal in Stücke gehackt wurden, bevor sie in die Flüsse geworfen wurden. Cherli, Kotrapal, Mankeli, Karremarka, Mosla, Munder, Padedda, Paralnar, Pumbad, Gaganpalli... in einer Vielzahl von Dörfern wurden Menschen massenhaft ermordet. Hunderte Stammesjugendliche wurden zur SPO (Spezialpolizei) eingezogen und zu brutalen Verbrechen gemacht. Mahendra Karma selbst leitete die Angriffe auf mehrere Dörfer unter dem Vorwand, dort Treffen und Aufmärsche zu veranstalt-



en. Viele Frauen wurden von bezahlten Schlägern vergewaltigt, die Mahendra Karma selbst aufgestachelt hatte. In viele Fälle, wo Dörfer niedergebrannt, Menschen gefoltert und ermordet wurden, war er direkt verwickelt. Daher galt Mahendra Karma in den Augen der Bevölkerung von Bastar als unmenschlicher Killer, Vergewaltiger, Räuber und loyaler Sachwalter der Großkapitalisten. Im gesamten Bastar-Gebiet haben die Menschen seit Jahren ständig von unserer Partei und der PLGA gefordert, dass er bestraft werden muss. Viele von ihnen kamen freiwillig herbei, um uns bei dieser Aufgabe aktiv zu unterstützen. Es gab auch einige Versuche, aber wegen kleiner Fehler und anderer Gründe konnte er immer wieder entkommen.“

Wir betonen noch einmal unsere Unterstützung für die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) in ihrem schweren Kampf

<http://drapeaurouge.over-blog.com/vive-la-guerre-populaire-en-inde-hommage-aux-camarades-tomb%C3%A9s-pour-la-r%C3%A9volution>

gegen den indischen Staat, der sich im Kampf gegen sein eigenes Volk auf mehrere imperialistische Mächte stützt, darunter Frankreich, das ihm wahrscheinlich 126 Rafele Kampfflugzeuge und eventuell 63 weitere liefert.

Wir bekräftigen, dass unsere Unterstützung für den Volkskrieg in Indien nur durch die Entwicklung der Revolution in unserem eigenen Land, gegen den eigenen Imperialismus voll entwickelt werden kann. In diesem Sinn folgen wir dem proletarischen Internationalismus, wie er von Lenin definiert wurde:

„Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.“ (LW24/60)

Wir grüßen die Revolutionären Volksregierungen (Krantikari Janatana Sarkars), die sich in den Roten Gebieten trotz der erbitterten Kämpfe, in denen die Revolutionär/in-

nen den staatlichen Streitkräften gegenüberstehen, entwickeln. Sie repräsentieren die Zukunft der indischen Gesellschaft, eine Entwicklung im Dienst des Volkes gegen die kapitalistische Entwicklung, die dem leidenden Volk von den herrschenden Klassen aufgezwungen wird.

Wir grüßen die revolutionären Frauen in ihrem Kampf, die besondere Unterdrückung zu zerbrechen, unter der sie leiden, insbesondere in einer halbfeudalen Gesellschaft wie der indischen.

Wir grüßen die Adivasis, Dalits und religiösen und nationalen Minderheiten, die unter dem Kastensystem, hindu-chauvinistischer Beherrschung und indischem Expansionismus leiden.

Wir grüßen die (männlichen und weiblichen) Arbeiter/innen, die gegen die schreckliche Ausbeutung durch ihre Bosse, die Marionetten der internationalen Monopole kämpfen.

Wir grüßen die Kleinbauer/innen und Landarbeiter/innen, die sich den feudalen Großgrundbesitzern widersetzen.

Wir grüßen die Intellektuellen und Student/innen, die sich auf die

Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten stellen, aktiv den Volkskrieg unterstützen und gegen die Operation Green Hunt auftreten.

Wir grüßen die breiten Volksmassen, die täglich für ihre Befreiung und Emanzipation kämpfen.

In unserem Land arbeiten wir aktiv daran, dass das Echo des Volkskriegs in Indien die Herzen der Fabriken, Wohnviertel der Volkmassen, Universitäten, Schulen erreicht, um den Klassenkampf für die Revolution zu stärken und zu entwickeln.

Lang lebe die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch)!

Lang lebe der Volkskrieg in Indien!

Lang lebe der Proletarische Internationalismus!

Lang lebe die Proletarische Weltrevolution!

Maoistische Kommunistische Partei Frankreichs (PCMF)

(eigene Übersetzung, PR)



1 July 2013

International Day of Support to the People's War in India



In the anniversary of the martyrdom of comrade Azad, leader of the CPI(M), beloved by the revolutionary masses in India and the peoples in the world, all proletarian and anti-imperialist forces strengthen their support to the People's war and honour all the martyrs of the revolution.

Nothing can subdue the fighting spirit of the revolutionary people of India and the CPI(M).

The Indian regime has unleashed suppression:

murders, rapes, massacres - the infamous Operation Green Hunt - against the oppressed and fighting people of the country in general and the Adivasis in particular, against Maoist leaders and cadres, in order to crush the rebellion of people and stop the march of the People's War toward a New Democratic and anti-imperialist power.



But the people's war cannot be stopped. The people's war with an historic attack hit the political rulers responsible for inhuman atrocities and fascist terror against masses. Rulers in India were in the big illusion that they were unbeatable, but the People are invincible. People only are the makers of the history. Now more than ever the international support to the people's war cannot be stopped.



After the great international Conference in Hamburg on 24 November, an international day of support in various countries is launched on 1st July. The people's war in India is our war against imperialism and our best support is to intensify the antimperialist struggle on world-level!

International Committee to Support the People's War in India

cspindia@gmail.com

INDIEN: Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahme des Komitees Spezialzone Dandakaranya der CPI (Maoist) zum Angriff vom 25.5.2013

Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) Komitee der Spezialzone Dandakaranya
26. Mai 2013

***Eliminierung des faschistischen Salwa Judum Führers Mahendra Karma:
Legitime Antwort auf die unmenschlichen Gewalttaten, brutalen Morde und den endlosen Terror,
der an den Adivasis von Bastar verübt wird!***

***Angriff auf oberste Kongress Führer: Unvermeidliche Vergeltungsmaßnahme auf die
faschistische Operation Green Hunt, die von der UPA Regierung Hand in Hand mit diversen
Bundesstaatsregierungen ausgeführt wird!***

Am 25. Mai 2013 führte eine Abteilung der Volksbefreiungs Guerilla Armee (PLGA) einen massiven Angriff auf den mindestens 20 Fahrzeuge umfassenden Konvoi der Kongresspartei aus, der zur Auslöschung von mindestens 27 Kongress-Führern, Aktivisten und Polizisten führte, darunter Mahendra Karma, den erbitterten Feind des unterdrückten Volkes von Bastar, und Nand Kumar Patel, Präsident der Staatseinheit des Kongresses. Der Angriff fand statt, als die Kongresspartei-Führer durch die Region Bastar tourten als Teil ihres ‚Parivartan Yatra‘ Programms (d.h. Marsch der Veränderung), mit Blick auf die kommenden Wahlen. Mindestens 30 weitere wurden ebenfalls bei diesem Angriff verletzt, darunter der Ex-Zentrums-Minister und ehemalige Kongressführer Vidya Charan Shukla. Der Tod des Hundes Mahendra Karmas – notorischer Tyrann, Mörder, Vergewaltiger, Räuber und als korrupt geschmäht – bei diesem historischen Angriff hat zu einer festlichen Atmosphäre in der gesamten Region Bastar geführt. Der frühere Innenminister des Bundesstaats, Nand Kumar Patel, hat auch eine vergangene Geschichte der Unterdrückung des Volkes. Es war in seiner Amtszeit, dass paramilitärische Kräfte (CRPF) zum ersten Mal in der Region Bastar eingesetzt wurden. Es wusste außerdem jeder, dass der frühere Zentrumsminister VC Shukla, der in diversen Ressorts gewesen ist, darunter das Innenministerium, auch ein Feind des Volkes war, der als loyaler Diener der Imperialisten, der komprador-bürokratischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer gehandelt hat, und der eine Schlüsselrolle in der Ausarbeitung und Einsetzung ausbeuterischer Regierungspolitiken gespielt hat. Das Ziel dieses Angriffs war vor allem, Mahendra Karma sowie einige andere reaktionäre oberste Kongressführer zu eliminieren. Jedoch wurden während dieses heftigen Angriffs einige unschuldige Personen und einige Kongresspartei Aktivisten niedrigeren Ranges, die tatsächlich nicht unsere Feinde waren, in dem zweistündigen Waffengefecht zwischen unseren Guerillaeinheiten und den bewaffneten Polizeikräften ebenfalls getötet und verletzt. Das Komitee der Spezialzone Dandakaranya der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) bereut dies und drückt den Hinterbliebenen und Trauernden sein Beileid und Mitgefühl aus.

Das Komitee der Spezialzone Dandakaranya der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) übernimmt absolute Verantwortung für diesen Angriff. Wir senden unsere revolutionären Grüße an die PLGA Kommandanten, die diesen gewagten Hinterhalt geleitet haben, an die roten Kämpfer/innen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, an die Menschen, die daran teilgenommen haben durch aktive Unterstützung und an die gesamten revolutionären Massen der Region Bastar. Dieser Angriff hat einmal mehr die historische Tatsache bewiesen, dass den Faschisten, die Gewalt, Gräueltaten und Massaker am Volk begehen, niemals vergeben wird, und dass sie unvermeidlich vom Volk bestraft werden.

Der sogenannte Stammesführer Mahendra Karma wurde in eine feudale Manjhi Familie geboren. Sowohl sein Großvater Masa Karma als auch sein Vater Modda Manjhi waren zu ihrer Zeit notorische Schikanierer des Volkes und verhielten sich als vertrauenswürdige Agenten der kolonialen Herrschenden. Die ganze Geschichte seiner Familie ist bekannt für unmenschliche Ausbeutung und Unterdrückung von Adivasis. Mahendra Karmas politisches Leben begann 1975 als ein Mitglied von AISF, während er Jura studierte. Er wurde 1978 als MLA von der CPI gewählt. Später 1981, als die CPI ihn nicht auf die Liste setzte, wurde er Mitglied im Kongress. 1996 war er mit einer Abspalterfraktion von Madhavrao Scindhiaand gegangen und wurde als unabhängiger Kandidat Mitglied des Indischen Parlaments. Später trat er der Kongresspartei wieder bei.

1996 gab es eine große Bewegung in Bastar, welche die Umsetzung des Sechsten Programms forderte. Obwohl hauptsächlich die CPI diese Bewegung anführte, hatte unsere Partei – damals CPI (ML) [Volkskrieg] – auch eine aktive Rolle in dieser Bewegung und hat die Massen in großem Ausmaß mobilisiert. Doch Mahendra Karma stand unerbittlich gegen diese Bewegung und bewies sich als Repräsentant der egoistischen städtischen Unternehmer, die als Siedler nach Bastar kamen und großen Wohlstand angehäuft hatten. Erst dann war seine anti-Adivasi und pro-Kompradoren Natur klar vor dem Volk bloßgelegt. Seit den 1980ern hatte er seine Verbindungen mit großen Unternehmer- und Kapitalistenklassen in Bastar gestärkt.

Dann 1999 wurde Karmas Name bloßgestellt in einem großen Betrug namens ‚Malik Makbuja‘. Ein Lokayukta Bericht enthüllte, dass Mahendra Karma in der Periode von 1992 bis 1996 Hand in Hand mit Schwarzmarktler Million Rupien gemacht hatte, durch den Betrug am Adivasi Volk und durch das unerlaubte Zusammenspiel mit Finanz- und Forstbeamten und dem Steuereinnahmer des Bezirks. Obwohl eine CPI Untersuchung für diesen Betrug beauftragt wurde, entstand für die Schuldigen wie immer kein Schaden. Mahendra Karma war Gefängnisminister im ungeteilten Madhya Pradesh. Später wurde er Industrie- und Handelsminister unter Ajit Jogis Regierung, als Chhattisgarh abgetrennt wurde. Zu dieser Zeit fand eine gewaltsame Landnahme in Nagarnar statt für die geplante Stahlfabrik von Romelt / NMDC. Während die

lokalen Bewohner sich weigerten, ihr Land aufzugeben, stellte Mahendra Karma sich gegen das Volk und auf die Seite der Kapitalisten. Er spielte eine Schlüsselrolle darin, das Land gewaltsam wegzunehmen durch Unterdrückung des Volkes mit Unterstützung brutaler Polizeikräfte. Die Menschen, die ihr Land in Nagarnar verloren, erhielten bis heute weder Kompensation noch die Arbeitsplätze, die die Regierung ihnen versprochen hatte. Sie wurden gezwungen wegzugehen.

Von Anfang an stand Mahendra Karma als ein Erzfeind der revolutionären Bewegung gegenüber. Der Grund dafür ist klar – abstammend von einer typischen feudalen Familie und 'aufgewachsen' als ein Agent großer Unternehmer- und bourgeoiser Klassen. Die erste Jan Jagaran ('Sensibilisierungs') Kampagne gegen die revolutionäre Bewegung wurde 1990-91 gestartet. Die revisionistische CPI hatte an dieser konterrevolutionären Kampagne teilgenommen. Karma und viele seiner Verwandten gehörten zu den Klassen von Großgrundbesitzern, die aktiv daran teilnahmen. Die zweite Jan Jagaran Kampagne wurde 1997-98 ins Leben gerufen und von Mahendra Karma selbst angeführt. Sie startete in Mahendra Karmas eigenem Dorf Faraspal und seinen umliegenden Dörfern und verbreitete sich bis in die Gebiete Bhairamgarh und Kutru. Hunderte von Menschen wurden gefoltert, gefangen genommen und in Gefängnisse gesteckt. Viele Vorfälle von Plünderung und Inbrandsetzungen von Häusern fanden statt. Die Frauen wurden vergewaltigt. Jedoch unter der Führung unserer Partei und Massenorganisationen kamen die Menschen zusammen und konterten stark gegen diesen konterrevolutionären Angriff. Innerhalb kurzer Zeit war diese Kampagne besiegt.

Später konsolidierte sich die revolutionäre Bewegung mehr. Antifeudale Kämpfe wurden in vielen Gebieten intensiviert.

Großgrundbesitzer wie Podia Patel, der Bruder von Mahendra Karma, und einige seiner nahen Verwandten wurden im Zug von Massenwiderstandsaktionen getötet. In vielen Dörfern wurde die Macht der feudalen Kräfte und des Adels gebrochen und der Prozess, die Organe der Revolutionären Macht des Volkes zu etablieren, begann. Die feudalen Kräfte, darunter Mahendra Karma, wurden rasend vor Wut, als ihre Ländereien unter den armen und landlosen Bauern verteilt wurden, und als Gepflogenheiten wie ungerechte Eintreibung von Bußgeldern, welche das Volk an die Großgrundbesitzer zu zahlen hatten, aufhörten. Sie stellten sich auch gegen die progressiven Veränderungen wie den Stopp von Zwangsverheiratungen von Frauen, Beendigung von Polygamie etc. Und zur selben Zeit wurde die revolutionäre Bewegung von den Firmenhäusern wie Tatas und Essars, die ihre Versuche starteten, die natürlichen Ressourcen in der Region Bastar zu plündern, als Hindernis gesehen. Also arbeiteten sie natürlich mit konterrevolutionären Elementen wie Mahendra Karma zusammen. Sie fütterten ihn mit Millionen, um eine förderliche Atmosphäre zu schaffen für ihre willkürlichen Plünderungen. Auf der anderen Seite intensivierten die ausbeuterischen herrschenden Klassen ihre konterrevolutionären Angriffe unter Leitung der Imperialisten, um die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen, nachdem die CPI (Maoist) als Ergebnis der Verschmelzung der wahrhaft revolutionären Organisationen als landesweite konsolidierte Partei aufgetreten war. Somit begann in der Region Bastar ein brutaler Angriff mit Duldung des Kongresses und der BJP, mit dem Namen 'Salwa Judum'. Viele Anhänger und Verwandte von Mahendra Karma wie Soyam Muka, Rambhuvan Kushwaha, Ajay Singh, Vikram Mandavi, Gannu Patel, Madhukarrao, und Gota Chinna etc. traten als Hauptführer von Salwa Judum auf. Man findet kaum Beispiele in der Geschichte, um die Schwere der Verheerung und Barbarei zu vergleichen, die Salwa Judum den Leben der Menschen von Bastar angetan hat.

Salwa Judum hat mehr als tausend Menschen kaltblütig umgebracht, 640 Dörfer zu Asche verbrannt, tausende von Häusern ausgeraubt, Hühner, Ziegen, Schweine etc. gegessen oder mitgenommen; mehr als zwei Millionen Menschen gezwungen umzuziehen und mehr als 50000 Menschen in staatlich betriebene 'Schutz' Camps gezwungen. Somit wurde Salwa Judum dem Volk ein Gräueltat. Hunderte von Frauen wurden massenvergewaltigt. Viele Frauen wurden nach der Vergewaltigung ermordet. Massaker fanden an vielen Orten statt. Die Gräueltaten, die am Volk verübt wurden, und das Chaos, das die Hooligans von Salwa Judum, die Polizei und paramilitärische Kräfte anrichteten, vor allem die Naga und Mizo Battalione, überschritt alle Grenzen. Es gab mehrere Vorfälle, in denen Menschen brutal in Stücke geschnitten wurden, bevor sie in Flüsse geworfen wurden. Cherli, Kotrapal, Mankeli, Karremarka, Mosla, Munder, Padedda, Paralnar, Pumbad, Gaganpalli... in vielen Dörfern wurden die Menschen massenhaft getötet. Hunderte von Jugendlichen der Stämme wurden als SPOs rekrutiert und wurden zu abgehärteten Kriminellen gemacht. Mahendra Karma persönlich leitete die Angriffe auf zahlreiche Dörfer unter der Bezeichnung Treffen bzw. Märsche abhalten. Viele Frauen wurden von den Schlägern unter direkter Anweisung Mahendra Karmas vergewaltigt. Er war direkt involviert in viele Fälle von Abbrennen von Dörfern, Folter und Mord an den Bewohnern. Somit verblieb Mahendra Karma im Gedächtnis des Volkes von Bastar als ein unmenschlicher Mördern, Vergewaltiger, Räuber und loyaler Makler der großen Kapitalisten. In ganz Bastar haben Menschen unsere Partei und die PLGA jahrelang aufgefordert, dass er bestraft werden muss. Viele von ihnen traten freiwillig vor, um diese Aufgabe aktiv zu unterstützen. Es gab auch ein paar Versuche, doch wegen kleiner Fehler und anderer Gründe konnte er bisher entkommen.

Mit dieser Aktionen haben wir für tausend Adivasis, die brutal in den Händen der Salwa Judum Schläger und bewaffneter Regierungskräfte ermordet worden sind, Rache genommen. Wir haben auch Rache genommen für die hunderten Mütter und Schwestern, die grausamsten Formen der Gewalt, Erniedrigung und sexuellen Übergriffen ausgesetzt waren. Wir haben Rache genommen im Namen der tausenden, die ihre Häuser, ihr Vieh, Hühner, Ziegen, ihr Werkzeug, ihre Kleidung, Getreide, Ernte... alles verloren haben und gezwungen wurden ein elendes Leben in unmenschlichen Bedingungen zu leben.

Unmittelbar nach diesem Angriff haben Prime Minister Manmohan Singh, UPA Vorsitzende Sonia Gandhi, Chhattisgarh Hauptminister Raman Singh etc. diesen einen Angriff auf die Demokratie und auf demokratische Werte genannt. Man wundert sich ob diese Schoßhunde der Ausbeuterklassen irgendeine moralische Qualifizierung haben, überhaupt den Namen der Demokratie in den Mund zu nehmen! Als kürzlich am 17. Mai acht Menschen inklusive drei unschuldiger Kinder von Polizei- und paramilitärischen Kräften im Dorf Edsametta im Distrikt Bijapur getötet wurden, warum hat da keiner dieser Führer es für nötig gehalten über 'Demokratie' nachzudenken? Zwischen dem 20. und 23. Januar, als die Dörfer Doddi Tumnar und Pidiya im Distrikt Bijapur von euren Truppen angegriffen wurden, die zwanzig Häuser und eine vom Volk betriebene Schule abbrannten, ist eure 'Demokratie' da aufgeblüht? Vor genau 11 Monaten, in der Nacht auf den 28. Juni 2012 im Dorf Sarkinguda wurden 17 Adivasis abgeschlachtet und 13 Frauen wurden massenvergewaltigt. Waren diese Vorfälle Teil eurer 'demokratischen Werte'? Ist eure 'Demokratie' nur anwendbar auf Massenmörder wie Mahendra Karma und die Agenten der herrschenden Klasse wie Nand Kumar Patel? Kommen die armen Adivasis von Bastar, die Älteren, die Kinder und die Frauen unter den Schirm eurer 'Demokratie' oder nicht? Sind die Massaker an Adivasis ein Teil eurer 'Demokratie'? Antwortet irgendeiner von denen, die laut gegen diesen Angriff reden, auf eine dieser Fragen?

Ab Ende 2007 war die Salwa Judum besiegt durch den Widerstand der Massen. Dann hat 2009 die kongressgeführte UPA eine landesweite Offensive mit dem Namen Operation Green Hunt (OGH) losgelassen. Die US-Imperialisten geben nicht nur Leitung, Hilfe und Unterstützung, sondern indem sie ihre Spezialkräfte in Indien einsetzen nehmen sie auch aktiv an Aufstandsbekämpfungs-Operationen teil. Sie legen den Schwerpunkt darauf, die maoistische Führung zu töten. Die Unionsregierung hat bislang mehr als 50000 paramilitärische Truppen nach Chhattisgarh gesandt als Teil der laufenden Operation Green Hunt, d.h. des 'Krieges gegen das Volk'. Als Ergebnis davon hat es einen vielfachen Anstieg an Massakern und Zerstörung gegeben. 400 Adivasis wurden seit 2009 hier in Bastar von bewaffneten Kräften des Staates und Bundesstaates getötet. Seit Mitte 2011 haben Armeetruppen Basisstationen in der Region Bastar aufgebaut, unter dem Vorwand 'Trainingsschulen' zu errichten. Sowohl Chidambaram als auch Shinde, der ehemalige und aktuelle Innenminister, sowie PM Manmohan Singh haben beflissentlich alle Unterstützung der Chhattisgarh Regierung erbracht und drücken völlige Zufriedenheit mit dem Beitrag von Raman Singhs Regierung dazu aus, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen. Raman Singh hat ebenfalls seine Dankbarkeit für die Hilfe des Zentrums bei jeder Gelegenheit ausgedrückt. Somit gibt es ist Chhattisgarh keine Unterschiede zwischen der herrschenden BJP und des oppositionellen Kongresses, was die Politik der Unterdrückung der revolutionären Bewegung angeht. Nur wegen öffentlichem Druck, und um Stimmen zu gewinnen, haben lokale Kongressführer von Zeit zu Zeit Vorfälle wie die Massaker von Sarkinguda und Edsametta verurteilt. Ihre Opposition ist eine Täuschung und nichts anderes als Opportunismus. Kongress und BJP sind sich ganz gleich darin, unternehmensfreundliche und unterdrückerische Politik zu machen. Das wiederholte Eindringen von Greyhound und Kräften entlang der Grenze zwischen Chhattisgarh und Andhra Pradesh, und die Massenmorde, die sie zuerst in Kanchal (2008) und zuletzt in Puwwarti (16. Mai 2013) begingen, sind Teil der unterdrückerischen Politik, die die Kongresspartei angenommen und umgesetzt hat. Darum haben wir auf oberste Führer des Kongresses gezielt.

Heute haben der Chhattisgarh Hauptminister Raman Singh, Innenminister Nankiram Kanwar, die Minister Ramchivar Netam, Kedar Kashyap, Vikram Usendi, der Gouverneur Shekhar Dutt, der Innenminister von Maharashtra RR Patil u.s.w., DGP Ram Niwas, ADG Mukesh Gupta und andere Seniorbeamte der Polizei, die wild entschlossen sind, die revolutionäre Bewegung von Dandakaranya zu zerschlagen, die große Illusion, sie seien unschlagbar. Mahendra Karma hatte auch die Illusion, dass Sicherheitskräfte und schussichere Fahrzeuge ihn für immer retten würden. In der Geschichte der Welt hatten Hitler und Mussolini die gleiche Eitelkeit, dass niemand sie schlagen könne. In der Zeitgeschichte unseres Landes waren die Faschisten wie Indira Gandhi und Rajiv Gandhi auch Opfer solcher Bedenken. Aber das Volk ist unbesiegbar. Nur die Massen sind die Macher der Geschichte. Letztendlich werden eine Handvoll Ausbeuter und ein paar ihrer Schoßhündchen in den Mülleimer der Geschichte geworfen.

Das Komitee der Spezialzone Dandakaranya der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) ruft die Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler, Medienmenschen und alle anderen Demokraten auf, von der Regierung zu fordern, die Operation Green Hunt sofort einzustellen, alle Arten von paramilitärischen Kräften aus Dandakaranya abzuziehen, die Verschwörung endlich aufzugeben, die Armee unter dem Vorwand des 'Trainings' einzusetzen, der Einmischung der Luftwaffe ein Ende zu machen, alle revolutionären Aktivist/innen und normalen Adivasis, die in verschiedenen Gefängnissen dahinsiechen, sofort freizulassen, grausame Gesetze wie UAPA, CSPA, MACOCA, AFSPA etc. aufzuheben und alle Verträge mit Unternehmen für null und nichtig zu erklären, die das Ziel haben den natürlichen Reichtum unseres Landes zu plündern.

Gudsa Usendi
Sprecher des Komitees der Spezialzone Dandakaranya der CPI (Maoistisch)

Übersetzung aus dem Englischen: <http://indiensoli.wordpress.com/2013/06/03/ubersetzung-der-erklarung-der-cpi-maoist-zum-angriff-am-25-5-13/> (einzelne Verbesserungen von PR)

Die Kapitalisten sollen sich ihren Staat selber zahlen!

Statt Spiegelfechterei gegen „Steuroasen“

und Geschwätz über „Steuergerechtigkeit“ -

Kampf gegen das kapitalistische Steuer- und Ausplünderungssystem!

Die Palaver und „Kontroversen“ über Wert oder Unwert des „Bankgeheimnisses“ in Österreich sind teils Schaumschlägerei, teils Ablenkungsmanöver. Die österreichischen Bourgeoisie selbst ist unmittelbar nicht betroffen, sie hat ihr Schwarz- und Schmier- und sonstiges Geld, soweit es das Licht der Öffentlichkeit scheuen muss, sowieso irgendwo anders geparkt, natürlich nicht ausgerechnet in Österreich (man weiß ja nie, nicht einmal bei noch so viel „Bankgeheimnis“!), und profitiert ansonsten wunderbar davon, dass Österreich in Bezug auf die eigentliche „Unternehmensbesteuerung“, d.i. die Besteuerung des durch legale Ausbeutung „ehrlich erwirtschafteten“ Profits und Kapitals, also der überwiegenden Masse ihres Profits, eine wahres „Steuerparadies“ ist. Was beiläufig auch für die (seinerzeit vom SPÖ-Minister Lacina eingeführten und inzwischen) weltberühmten österreichischen Privatstiftungen gilt. Und das ausländische Kapital, das bisher Österreich als Schwarzgeldhafen verwendet, wird auch nicht daran sterben, sondern notfalls weiterziehen und sich ein anderes Domizil suchen, eine nette britische Insel, einen US-Bundesstaat, irgendwas halt, es gibt ja Hunderte davon.

Was uns, also Arbeiter/innenklasse und Volk, betrifft, dient das Aufblasen der Frage des „Bankgeheimnisses“ und der „Steuerflucht“ dazu, von der Steuerausplünderung des Volkes bei gleichzeitiger Steuerschonung und Subventionierung des Kapitals abzulenken. Als ob das Grundübel des Kapitalismus (oder auch nur der „Finanzmärkte“ und des Bankensystems) nicht darin bestünde, dass Arbeiter/innenklasse und Volk ausgebeutet und ausgeplündert und daraus Profit gescheffelt und Kapital aufgehäuft wird, sondern nur darin, dass - in weiterer Folge - ein kleiner Teil dieses Profits für illegale Geschäfte verwendet wird und daher als lichtscheues Geldkapital das Verborgene sucht. Schwarzgeld, Steuerflucht & Co sind unvermeidliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Profitmacherei und im Zeitalter des Imperialismus und des Finanzkapitals sind sie zu neuen Höhen aufgelaufen, aber sie sind nicht diese Profitmacherei selbst. Sie haben erhebliche Dimensionen erreicht, sind aber doch nur bescheidenen Umfangs verglichen mit dem ganz gewöhnlichen, legalen und von der bürgerlichen Öffentlichkeit samt den Schwarzgeldjägern außerordentlich geschätzten „ordentlichen“ Geschäft der Kapitalverwertung.

Sie stellen üble Mächenschaften dar, aber das eigentliche Übel für Arbeiter/innenklasse und Volk liegt anderswo.

Die „Steuroasen“: 10% des Geldkapitals, 5% des Kapitals insgesamt

Wie groß ist dieser „unordentliche“ Teil des Profits bzw. akkumulierten Kapitals, um den es hier geht (und über den einem Schwindel erregende Zahlen an den Kopf geschmissen werden)? 2012 waren etwas über 20 Billionen \$ in „Steuroasen“ untergebracht¹. Diese Zahl ist klarerweise mit einem Fragezeichen zu versehen, denn es weiß ja niemand wirklich. Andererseits kann man gewisse Anhaltspunkte gewinnen aus den Angaben der Banken selbst, die zwar einerseits das Volumen insgesamt herunterspielen, andererseits aber ihr jeweils eigenes Geschäft („Assets unter Vermögensverwaltung“ des eigenen Hauses) aus purem Konkurrenzinteresse eher aufblasen dürften, ist doch das „Asset Management“ im „Private Banking“ einer der wichtigsten Maßstäbe für die Positionierung einer Bank auf den „Finanzmärkten“, ist dies doch ein für die Banken äußerst rentables Geschäft. Nimmt man die verfügbaren Daten und Überlegungen zusammen, ergibt sich als plausible

¹ „Steuroasen“ sind hier solche, deren „Wirtschaftstätigkeit“ nur oder überwiegend aus Schwarzgeld und Steuerhinterziehung besteht, die außer den niedrigen oder gar keinen Steuern auch keine nennenswerte Regulation und Bankenaufsicht haben und die in der Regel auf der „schwarzen Liste“ der OECD („List of Uncooperative Tax-Havens“) aufscheinen. Der für ähnliche Geschäfte berühmte US-Bundesstaat Delaware z.B. figuriert daher auf dieser Liste nicht und gilt nicht als „Steuroase“. Österreich trotz der extrem „steuerschonenden“ Kapitalistenbesteuerung natürlich ebenfalls nicht. Österreich war eine Zeitlang auf der „Grauen Liste“ der OECD, also nicht ganz schwarz, aber doch zwielichtig, aber das ist auch längst vorbei, das konnte man erfolgreich wegverhandeln.

Schätzung ein Wert von 20 Billionen \$, aber es könnten natürlich auch zwei, drei Billionen mehr sein. Eine „kritische“ und auf das Thema spezialisierte „NGO“ zu diesem Thema, das „Tax Justice Network“, schätzt das Volumen auf etwa 21 Billionen \$. Die 20 oder 21 Billionen \$ in den „Steueroasen“ sind ein Zehntel des weltweit insgesamt angehäuften Geldkapitals. Dieses liegt nämlich bei etwa 203 Billionen \$². Also 10%, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Zusätzlich ist zu beachten, dass in diesen 203 Billionen \$ nur das „Geldvermögen“ (Bankkonten, Anleihen, Aktien ...) abge-

bildet wird. Das ist aber bei weitem nicht alles kapitalistische Vermögen, sondern nur solches, das aus dem Kreislauf des „wirklichen“ Kapitals³ herausgetreten ist, „ausgeschwitzt“ wurde, wie Marx sagt. Das „wirkliche“, in der „Realwirtschaft“ investierte und zirkulierende Kapital (Rohstoffförderung, Industrie und Großgewerbe, Transportsektor, Infrastruktur, Fremdenverkehr und anderes „produktives“ Kapital, Handelskapital, land- und forstwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit kapitalistisch exploitiert, ...) kommt in den 203 Billionen \$ gar nicht vor.

Auch dieses „wirkliche“ Kapital kann man schätzen und es beläuft sich Ende 2012 auf etwa 184 Billionen \$⁴. Das reine „Geldvermögen“ (203 Billionen \$) ist demnach ungefähr 110 % des „wirklichen“ Kapitals⁵, also bereits der größere Teil des Kapitals, ein ungeheurer fiktiver Überbau über dem wirklichen Kapital, aus dem alleine aber es auch seine „Renditen“ ziehen kann. Das in den „Steueroasen“ gelandete Geld, unsere 20 Billionen \$, macht demnach „nur“ etwa 5 % des gesamten Kapitals aus⁶. Diese Zahlen, wenn auch ein paar geschätzten Teilelementen, geben doch

² Diese Zahl umfasst Aktien (Börsenkapitalisierung laut World Federation of Exchanges: 54,7 Billionen \$), Anleihen (Umlaufvolumen laut BIZ: 80,9) und Bankkredite bzw. -einlagen (aushaftende Stände laut BIZ: 33,9) und ergibt in Summe 170 Billionen \$. Nicht berücksichtigen wir den Bargeldumlauf (Geldmenge i.w.S.: 9,8), denn das ist nicht in erster Linie eine kapitalistische Veranlagungsform. Zusätzlich müssen wir aber einen Schätzwert für das im Derivatehandel tatsächlich investierte und gebundene Geldkapital (Optionsprämien, Margen für Futures, Prämien für CDS...) ansetzen. Wenn wir diesen ganz grob, aber durchaus plausibel mit 5% des Nominal- oder Referenzwertes dieser Produkte annehmen, wären das 5% von 663 Billionen, also weitere 33 Billionen (siehe dazu auch den Kasten). Wie landen damit bei 203 Billionen \$. Nicht umfasst dies den kapitalistisch exploitierten Immobilienbesitz. Nach einer (unüberprüfbar und mit Sicherheit theoretisch haltlosen) Studie der Boston Consulting Group geht es hier angeblich um etwa 100 Billionen \$ (es werden das wohl banal die aufaddierten Preise der Grundstückstransaktionen sein). Das Immobilieninvestment hat in gewisser Weise eine Sonderstellung. Teils dient es der „wirklichen“ Kapitalverwertung, obwohl es auch in diesem Fall seine Rendite nur aus dem Mehrwert des „wirklichen“ Kapitals zieht und sein Preis nur der abgezinste Barwert der zukünftigen Grundrenten ist, nicht aber etwa selbst Wert verkörpert. Teils repräsentiert er aber nur mehr vagabundierendes Geldkapital, das Rendite einstreicht durch ständigen Kauf und Verkauf, durch die reine Spekulation, meist kreditfinanziert, also gar nicht mit eigenem und tatsächlich investiertem Kapital. Dann stellt es nichts dar als heiße Luft und sind die Immobilienpreise auch nicht anders zu betrachten als die Nominal- oder Referenzwerte der Derivate. Soweit letzteres der Fall ist, sind die aufaddierten Preise nur papierener Schall und Rauch. Wir haben deshalb für den Zweck dieser Analyse die 100 Billionen \$, die der kapitalistische Immobilienbesitz angeblich repräsentieren soll, weder in die 203 Billionen „Geldvermögen“ noch in die 184 Billionen „wirkliches“ Kapital eingeschlossen.

³ Marx unterscheidet das „wirkliche“ vom „fiktiven“ Kapital, dem rein und ausschließlich als Geldkapital zirkulierenden Kapital, das die Geldform nie abstreift. Wenn jemand Interesse an der theoretischen Vertiefung dieser Frage hat - siehe PR 42: „Wirkliches Kapital, Geldkapital, fiktives Kapital“ (September 2010).

⁴ Diese Zahl beruht auf eigenen Berechnungen/Schätzungen auf Basis der Statistiken der UN Statistics Division, der Weltbank, der OECD und der EU (EUROSTAT und AMECO) über die Höhe und Entwicklung des Anlagekapitals (net capital stock) bzw. des Fixkapitalstocks (net fixed capital stock) und über die Nettoanlageinvestitionen (net fixed capital formation), unter Berücksichtigung einiger weiterer Elemente der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (System of National Accounts), dies vor allem bezüglich der nicht fixen Teile des konstanten Kapitals. Nach einiger Rechnerei ergibt sich eine Größenordnung des „wirklichen“ Kapitals per Ende 2011 von etwa 184 Billionen \$.

⁵ Genau genommen ist es etwas weniger, weil in den 203 Billionen \$ „Geldvermögen“ auch solches Geldkapital enthalten ist, das nur zeitweilig als reines Geldkapital fungiert, um aber bald wieder in den Kreislauf des „wirklichen“ Kapitals in der „Realwirtschaft“ einzutreten, wo also die Existenz als Geldkapital nur ein Durchgangspunkt ist. Solches Kapital müsste man gedanklich von den 203 Billionen \$ abziehen, aber man kann es nicht schätzen und für die relative Größenordnung spielt das auch keine Rolle.

⁶ 20 von insgesamt $184 + 203 = 387$ Billionen \$, d.s. 5,2%.

eine ausreichende Vorstellung von den relativen Größenordnungen. Fazit: Wenn jemand mit den 20 Billionen \$ „Steueroasen“ herumfuchelt, erscheint dieser Betrag natürlich zunächst einmal wahnsinnig viel, er ist auch sehr viel, aber man treibt sich damit trotzdem nur in einem Randbereich des Geldkapitals und erst recht des Ka-

pitals insgesamt herum. Wenn jemand wirklich das „Böse“ von der Erde tilgen will, muss er sich auf das Kapital insgesamt stürzen und darf er sich keinesfalls auf diese 5 % beschränken! Aber es ist typisch für die kleinbürgerlich-reformistische „Kapitalismuskritik“, sich in Teil- und Nebenfragen zu verbeißen, statt das kapitalistische System

selbst zu attackieren. Zwar beschönigen sie so, ob sie das wollen oder nicht und ob sie das sehen oder nicht, den Kapitalismus, aber so eine Auffassung ist natürlich bequemer, „salonfähiger“ und auch dem Anschein der Oberfläche des kapitalistischen Treibens nach „plausibler“.

Die oben genannten 203 Billionen \$ an „Geldvermögen“ sind nicht zu verwechseln mit den Hunderten Billionen, die den Markt der „derivativen Produkte“ bilden. Die 203 Billionen sind tatsächlich investiertes Kapital, während die irrwitzigen Zahlen über die Derivate nicht tatsächlich investiert werden, sondern nur ein gehandeltes Marktvolumen, einen „Nominal-“ oder „Referenzwert“, darstellen. Mitte 2012 lag z.B. der Stand der im Handel befindlichen Derivate (laut Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die diese Statistik führt) bei ungeheuerlichen 663 Billionen \$. Diese Zahl hat aber ein ganz anderen Charakter als die 203 Billionen \$ unseres „Geldvermögens“ (oder auch die gerne, aber völlig irrig zum Vergleich herangezogenen 70,2 Billionen \$ des Welt-BIP und andere „Vergleichswerte“ aus der „Realwirtschaft“). Die BIZ gibt z.B. im selben Zug an, dass der „Marktwert“ aller dieser Derivate 25 Billionen \$ war, d.h. um 25 könnte man die ganzen 663 kaufen oder verkaufen. (In Wirklichkeit ist dieser „Wert“ natürlich kein Wert, sondern nur der Preis eines fiktiven „wertes“, was man spätestens bemerkt, wenn der „Wert“ plötzlich futsch ist.) Man muss sich das so vorstellen: Wenn ich z.B. eine Wette um 100 € abschließe („Referenzwert“) und dafür einen Wetteinsatz von 4 € („Marktwert“ der Transaktion) zu berappen habe, dann habe ich 4 € tatsächlich investiert, der Wett- oder Nominalwert ist aber 100 €. Bei unveränderter Risikolage hat das Produkt einen Marktpreis von 4 € und wird um diesen Preis ge- bzw. verkauft, ändert sich die Risikolage, steigt oder fällt sein Preis. Auch der „Nominalwert“ von 100 € hat freilich insofern eine gewisse Realität, als der daraus entspringende Verlust oder Gewinn weit mehr als die 4 € ausmachen kann, theoretisch, je nach Produkt, sogar den ganzen Wettbetrag von 100 €. Im Finanzjargon nennt man diesen Widerspruch den Hebel (leverage) und aus diesem Hebel ergibt sich die ungeheure Wucht, die die heutige Finanzspekulation annehmen kann. Man kann mit 4 € ein Risiko von 100 € bewegen. Es wird auch sichtbar, dass, wenn 203 Billionen investiertes Geldkapital am von den 184 Billionen „wirklichem“ Kapital produzierten Mehrwert partizipieren möchten, wenn sich also 387 Billionen \$ Kapital den von nur 184 Billionen produzierten Mehrwert teilen müssen - dass es dann - bei noch so viel Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse zu Hause und trotz aller imperialistischen Ausbeutung und Plünderung - ziemlich eng wird bezüglich der realisierbaren Profitrate. Das zeigt die Fäulnis und den Parasitismus des imperialistischen Kapitalismus mit seiner ungeheuren Hypertrophie an „fiktivem“ Kapital gegenüber dem „produktiven“.

Die „Schlacht“ bzw. der „Sturm im Wasserglas“ um das „Bankgeheimnis“ ist demgegenüber ausschließlich auf diesen kleinen Teil des Profits und Kapitals fokussiert, welcher auf illegalen Geschäften beruht und/oder jedenfalls auf nicht-versteuerten und gegenüber den eigenen Steuerbehörden geheimen Konten landet, sozusagen auf die „bösen“ Abzweigungen vom „guten Unternehmergewinn“.

„Kampf gegen Steuerflüchtlinge“ und „Steuerungerechtigkeit“ sind in aller Munde - obwohl für jeden denkenden Menschen klar sein dürfte, dass selbst bei einer (natürlich nur rein hypothetischen) völligen Beseitigung allen Schwarzgelds und aller „Steueroasen“ keine Rede von „Steuerungerechtigkeit“ sein könnte - gar nicht zu reden von den anderen und noch viel elementareren Übeln des Kapitalismus.

Man müsste ziemlich naiv sein, um den Bourgeoisregierungen ihren „Kampf“ gegen Schwarzgeld & Co abzunehmen. Seit Jahrzehnten wird angeblich „Kampf“ geführt, aber - „leider, leider!“ - ohne Erfolg und auch ohne jede ernsthafte Erfolgsaussicht. Oder glaubt jemand, dass sie sich ihre eigenen Schmiergeldvehikel beschädigen wollen? Die, die diesen „Kampf“ besonders „erbittert“ füh-

ren, haben - wie z.B. die USA - selbst die meisten „Steuroasen“ und sind Hauptnutznießer z.B. der britischen. Deutschland „kämpft“ ebenfalls heftig, kann aber leider die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Privatbank Sal. Oppenheim etc. nicht dazu bewegen, nicht mehr zu den weltweit größten Spielern in diesem lukrativen Geschäft zu gehören und keine, aber auch wirklich keine „Steuroase“ auszulassen.

Dass sich das Thema in den letzten Jahren verschärft, hat seinen Grund ganz woanders, nämlich in der seit 2009 ausgebrochenen „Schuldenkrise“. Alle Staatshaushalte haben derart viel Geld für „Bankenrettung“ und Industriebesubventionen verpulvert und leiden zudem unter der Dauerrezession bzw. -depression und der damit verbundenen Auszehrung des Steueraufkommens, dass sich ihre Verschuldung massiv erhöht hat. Dies wiederum, verbunden mit der „neoliberalen“ Ideologie des „Sparens“ und „Sanierens“, bedeutet, dass sie auf Teufel komm raus Einnahmen brauchen, um die jeweilige eigene Bourgeoisie noch massiver stützen und unterstützen zu können. Unter diesen Umständen wird das Eintreiben aller Steuern, auf die von Gesetz wegen eigentlich Anspruch bestünde, wichtiger als der Schutz dieses oder jenes „Geheimnisses“. Was ja nicht bedeutet, dass der einzelne Bourgeois „es sich nicht richten kann“, denn irgendwelche Steuroasen irgendwo bleiben auf jeden Fall bestehen und neue kommen vielleicht dazu. Aber auch als Klasse führen sie den

„Kampf gegen die Steuroasen“ hauptsächlich nur als verlogenes Kasperltheater. Jeder ist sich selbst der Nächste, allen voran die USA, die jeden Steuerflüchtling mit offenen Armen aufnehmen und ihm jeden Schutz angedeihen lassen, aber andererseits jedes weltweit irgendwo erzielte Einkommen eines US-Staatsbürgers aufspüren und versteuern wollen und jedes „gegenseitige“ Doppelbesteuerungsabkommen ablehnen. Sie verfolgen US-Bürger, die ihrer - ohnedies extrem kapitalistenfreundlichen - Steuerhoheit entschlüpfen wollen, unterstützen aber tatkräftig jeden, der der Steuerhoheit eines anderen Staates entschlüpfen möchte. Und ebenso gilt das für die anderen imperialistischen Länder. In diesem Widerspruch bewegt sich das derzeitige Treiben um die „Steuroasen“ und die „Steuerflucht“.

Zur Verteilung der „Steuerlast“ und zur eigentlichen „Unternehmensbesteuerung“

Lassen wir jetzt aber die „Steuroasen“ für das „unsaubere“ Geld und die „Steuerflüchtlinge“ hinter uns und wenden wir uns dem „sauberen“ Unternehmensgewinn zu, der „mit großem unternehmerischen Risiko“ und „unter großer Mühsal“ erwirtschaftet und nach Recht und Gesetz versteuert wird. Wenden wir uns dem österreichischen Steuersystem zu, denn davon soll ja das Getöse um die mehr oder weniger exotischen „Steuroasen“ ablenken. Zuerst zur Besteuerung der Zins- und sonstigen Kapitalerträge (Dividenden und andere Gewinnausschüttungen, Kursgewinne ...). Die sog.

„Zinsertragssteuer“ (das ist die Kapitalertragssteuer auf Zinsen von Sparguthaben, Girokonten, Bausparverträgen und Forderungswertpapieren) brachte 2012 1,5 Mrd. € an Steuereinnahmen. Sie betrifft zu einem erheblichen Teil den berühmten „kleinen Mann“. Die sonstige Kapitalertragssteuer (Dividenden und andere Gewinnausschüttungen, Kursgewinne, Derivate auf Zinsen, Währungen, Kreditrisiken ...) brachte 1,3 Mrd. €. Sie betrifft in erster Linie die „privaten“ Geldgeschäfte der Kapitalisten und ihnen angelagerten Schichten - soweit sie sich nicht, wie wir gleich sehen werden, dieser Steuer überhaupt und ganz legal entledigen können. Letztere entspricht 1,7% des gesamten Steueraufkommens. Selbst wenn man annähme, dass von den Kapitalisten noch einmal so viel unterschlagen würde (dem „kleinen Mann“ stehen ja die diesbezüglichen Möglichkeiten gar nicht offen), wäre das dann mögliche KEST-Aufkommen immer noch nicht besonders viel. Die ganze Kapitalertragssteuer, so sehr sie und ihre eventuelle Vermeidung auch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, ist eine absolute Randfrage im Vergleich zu den eigentlichen Massensteuern.

Arbeiter/innenklasse und Volk haben nämlich über Lohnsteuer und indirekte Steuern 62,4 Mrd. € an Steuerlast zu tragen und zu ertragen. Das sind 84,7% des gesamten Steueraufkommens. Nach der Ausbeutung durch das Kapital kommt die Ausplünderung durch den Staat des Kapitals. 23 Mrd. € von diesen fast 85% entfallen

auf die Lohnsteuer und 39,4 Mrd. € auf indirekte Steuern (v.a. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, diverse KFZ-bezogene Steuern usw.) Das ganze Kapitalertragssteuertheater hingegen handelt von 1,7% des Steueraufkommens! Einem "wahnsinnig wichtigen" und "heftig umkämpften" Betrag von 1,3 Mrd. € stehen 62,4 Mrd. € "selbstverständliche" und (unter bourgeoisen und kleinbourgeoisen Kräften) "unbestrittene" Massensteuern gegenüber. Viel mehr braucht man nicht zu dieser Sorte von "Diskussion" in der Steuerfrage sagen.

Kehren wir nochmals zur Seite der Kapitalisten zurück und schauen wir uns die Kapitalertragssteuer etwas näher an, also die Steuer, um deren (illegale) Hinterziehung oder (legale) "Vermeidung" es in der jetzigen Diskussion geht. Man muss dazu wissen, dass diese Steuer, soweit sie die Kapitalisten betrifft, nur auf "Privatvermögen" erhoben wird, also auf Geld, das sie sich aus diversen Gründen aus ihren Firmen und Stiftungen herausgezogen und zur Seite geräumt haben. Der weitaus größte Teil ihres Kapitals, natürlich ebenfalls Privateigentum, stellt sich dar entweder als "Betriebsvermögen" oder als "Stiftungsvermögen". In beiden Fällen

können die Bourgeois die Kapitalertragssteuer vermeiden, indem sie dafür "optieren", stattdessen auch diese Zins- und sonstigen Kapitalerträge im Rahmen der Körperschaftssteuer (KöSt), eine Art Einkommensteuer für Kapitalgesellschaften, zu versteuern. Dort beträgt der offizielle Steuersatz (ebenso wie bei der KEST) 25%, aber der tatsächliche Steuersatz liegt - laut offiziellen Zahlen der Statistik Austria - Jahr für Jahr deutlich unter 10%, zuletzt 2011 bei 8,5%⁷. Die KöSt erbrachte 2012 5,5 Mrd. €, das sind 7,5% des Steueraufkommens. Ein bisschen erwischt die kleinen Kapitalisten auch noch die Einkommensteuer (ESt), sie erbrachte 2012 insgesamt 2,9 Mrd. € - aber in dieser Zahl ist auch viel nicht-kapitalistisches Einkommen verborgen, z.B. das kleiner Gewerbebetriebe, Bauern, sonstiger "Selbständiger" und hinunter bis zu den Scheinselbständigen, die nur eine verschleierte Form der Prekarität sind. Soweit zur Besteuerung des Kapitalprofits.

Zum "Steuerproblem" der Arbeiter/innenklasse und zum Kampf gegen die Steuer- ausplünderung

Das "Steuerproblem" der Arbeiter/innenklasse und des Volkes besteht darin, dass ihnen der überwiegende Teil der Finanzierung des bürgerlichen Staates

aufgehalst wird (mindestens 84,7%), während die Kapitalisten nach allen Regeln der Kunst immer mehr "entlastet" werden. In dieser Tatsache besteht die eigentliche Sauerei, darin, dass die Arbeiter/innenklasse und andere Teile des Volkes den Staat ihres Ausbeuters, Unterdrückers, ihres Klassenfeinds finanzieren müssen. Aber nicht nur das, es werden die dem Volk abgepressten Steuermittel in immer größerem Umfang wiederum dazu verwendet, die Kapitalisten zu subventionieren, teils direkt durch Subventionierung ihres Profits, teils indirekt über die Finanzierung von "Defiziten" das Sozialsystems, die dadurch entstehen, dass die Kapitalisten relativ immer weniger in dieses einzahlen ("Entlastung bei den Lohnnebenkosten"). Dabei handelt es sich hier der Sache nach um Lohnbestandteile, da diese Sozialkosten Teil des Wertes der Arbeitskraft sind. Die Arbeiter/innen zahlen sich sozusagen einen Teil des Lohns, der ihnen zustünde, wenn alles mit rechten kapitalistischen Dingen zugehe, vermittels der Steuerausplünderung selbst⁸. Demgegenüber ist jegliche kapitalistische Schandtät zur Vermeidung oder Hinterziehung der Zins- oder Kapitalertragssteuer, ob legal oder illegal, vollständig nebensächlich.

⁷ Laut „Statistik der Aktiengesellschaften“ der Statistik Austria betrug die Steuerquote der etwa 700 Aktiengesellschaften auf ihren offiziell ausgewiesenen Profit („Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“) im Jahr 2011 8,5%. Wobei jeder mit Bilanzierung einigermaßen Vertraute um die „Gestaltungsmöglichkeiten“ dieses Ergebnisses weiß.

⁸ Der Wert der Arbeitskraft umfasst alle zur Reproduktion der Arbeitskraft, d.h. zu ihrer Aufrechterhaltung und Wiederherstellung, notwendigen Kosten, und zwar nicht nur die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters / der einzelnen Arbeiterin, sondern die der ganzen Klasse, also auch der nächsten Generation. Was das in concreto alles einschließt, ist nicht ein „absolutes Naturgesetz“, sondern Ergebnis der Geschichte, insbesondere auch der Geschichte der Klassenkämpfe. In einem entwickelten kapitalistischen Land wie Österreich gehören dazu zweifel-

Wenn irgendein reformeifriger Wicht sich abstrudelt über die "Ungerechtigkeiten" im Bereich der Kapitalertragssteuer oder generell der Besteuerung des "Geldvermögens", aber kein Wort verliert über die sehr relative Bedeutung dieser Frage für die wirkliche Lage von Arbeiter/innenklasse und Volk und über die wirkliche Bedeutung der Steuerfrage für den und im Klassenkampf, dann ist das bestenfalls borniert, schlimmstenfalls aber ein Handlangerdienst für die Bourgeoisie. Vielleicht erscheint dem bessergestellten Kleinbürger oder Mittelklassler die Zinsertragssteuer wichtiger als z.B. die Mehrwertsteuer, obwohl sie das in der Regel auch für ihn höchstens in seiner bornierten subjektiven Wahrnehmung ist. Wenn man über Steuer- ausplünderung jammert oder meckert, aber nicht die indirekten Steuern,

immerhin zwei Drittel der Massensteuern, als deren eigentliches und Hauptproblem ins Zentrum stellt, dann wird man rasch zum offenen oder versteckten Handlanger des bourgeoisen Staates. Die indirekten Steuern sind die hauptsächliche und zugleich am wenigsten unmittelbar wahrnehmbare Steuerkeule, denn sie stecken "unsichtbar" in den Preisen⁹. Aber sie machen 53,5% des gesamten Steueraufkommens und zwei Drittel aller Massensteuern aus. Ohne hier anzusetzen, bleibt alles Herumgerede und Herumgetue in der Steuerfrage Schall und Rauch. Diesen Brocken plus die Lohnsteuer, alles zusammen fast 85% des Steueraufkommens, auszuklammern und statt dessen nur an einer Steuer, die 2-3% des Steueraufkommens ausmacht, herumzufummeln, ist - objektiv - ein Manöver zur Hinter-

treibung eines ernsthaften Widerstandes gegen die staatliche Ausplünderung. Ein ähnlich übles Manöver ist übrigens auch das Gequatsche über diese oder jene "Reichensteuer"¹⁰. Stattdessen muss der Klassenkampf in der Steuerfrage unter der folgenden Losung geführt und auf folgende Forderungen ausgerichtet werden:

Die Kapitalisten sollen sich ihren Staat selbst finanzieren!

Daher:

Abschaffung aller indirekten Steuern und steuerähnlichen Abgaben!

Einführung einer massiv verstärkt progressiven Einkommensteuer!

Volle Steuerfreiheit für Einkommen bis 1.600 € monatlich (d.h. bis zur Höhe des zu fordernden gesetzlichen Mindestlohns/der gesetzlichen Mindestpension)!

los auch alle Kosten im Bereich des Kinderbetreuungs- und Ausbildungs-, des Gesundheits- und des Sozialwesens, darunter auch die gesamten Kosten der Sozialversicherung, und vieles mehr. Dieser Wert der Arbeitskraft sollte sich, wenn sich der Kapitalismus immer an seine eigenen Gesetzmäßigkeiten hielte, in ihrem Preis ausdrücken - und das ist der Arbeitslohn. Dies ist auch so darstellbar, dass sie von den Kapitalisten „neben“ dem eigentlichen Arbeitslohn getragen und direkt in die entsprechenden Sozialsysteme etc. eingezahlt werden. Jedenfalls müssten auch alle „Lohnnebenkosten“ vom Kapital getragen werden. In der Realität werden sie aber mehr und mehr direkt auf die Arbeiter/innenklasse oder auf den Staat, d.h. auf dem Umweg über das Steuersystem indirekt wieder auf die Arbeiter/innenklasse, abgewälzt. Der Kapitalismus trägt die Tendenz in sich, ständig den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken. Nur der Klassenkampf kann dem entgegenwirken, schwächt er, geht es bergab. Im Monopolkapitalismus oder Imperialismus ist diese Tendenz besonders stark ausgeprägt, was sich inzwischen darin ausdrückt, dass massenhaft Menschen selbst von einer Ganztagsarbeit, so sie denn eine haben, nicht mehr leben können.

⁹ Nur bei den Treibstoffpreisen richtet sich manchmal der Blick über die „Ölscheichs“ (wie z.B. die ÖMV, die der monopolistische „Ölscheich“ Rumäniens ist und auch sonst viel Exploration und Förderung in einer Reihe von Ländern betreibt) hinaus auf den Steueranteil am Preis. Dieser besteht nämlich fast zur Gänze aus Steuern: Die Produktionskosten vor Steuern (samt Transport, Lager-, Raffinerungs- und Verteilungskosten samt Tankstellennetz sowie allen Nebenkosten und den Profiten der Ölfirmen) machen je nach Land nur zwischen 17 und 24% aus, alles andere sind Steuern.

¹⁰ Ein beliebtes, weil belangloses Feld für solche Ablenkungsmanöver ist der sozialdemokratische Scherzartikel der „Vermögenssteuer für Superreiche“, vor jeder Wahl „aus der Grube gezogen“ und leierkastenmäßig abgespielt, aber - auch zum persönlichen Glück der SPÖ-Bourgeois - „leider“ nie „durchsetzbar“. Dabei ginge es, realistisch gerechnet, da ja ebenfalls Betriebs- und Stiftungsvermögen von vornherein ausgenommen sind, sogar nur um „satte“ 0,2% (!) des Steueraufkommens.

Fakultäten, „Rückgabe“ des von der Kirche ernannten Personals an die Kirche. Die Kirche hat aber selbstverständlich das Recht, wie jeder andere Verein auch, einen Religionsunterricht für ihre Mitglieder sowie ihre Nachwuchs- und Kaderausbildung privat, außerhalb des öffentlichen Ausbildungswesens und auf eigene Kosten zu organisieren.

7. Annullierung des – dem sonstigen Denkmalschutz widersprechenden - Privilegs der Kirche, die Kosten der „kirchlichen Denkmalpflege“ auf den Staat abzuwälzen, Anwendung der allgemeinen Regelungen des Denkmalschutzes, d.h. die Objekte sind vom Eigentümer grundsätzlich auf eigene Kosten zu erhalten und können im Falle, dass das nicht geschieht, enteignet werden.

8. In allen diesen Punkten ist eine analoge Vorgangsweise, soweit zutreffend und anwendbar, auch auf die anderen „anerkannten Religionsgesellschaften“ anzuwenden, d.h. Besei-

tigung des „öffentlich-rechtlichen“ Charakters, Streichung aller Sonderrechte, staatlichen Subventionen, Steuer- und Abgabenvorteile, Entzug aller vom Staat übertragenen „Pfründen“ und insbesondere ihr Ausschluss aus dem öffentlichen Schul-, Ausbildungs- und Erziehungswesen. Dadurch wird die Kategorie der „anerkannten Religionsgesellschaften“ hinfällig.

Das alles ist lediglich ein radikal-demokratisches Programm. Die Realisierung aller dieser Punkte ist nicht „in einem absoluten ökonomischen Sinn“, wie Lenin in solchen Dingen sagt, mit dem Kapitalismus unvereinbar. Man kann sich theoretisch ohne weiteres ein kapitalistisches System und einen bürgerlichen Staat vorstellen, in dem die Trennung von Kirche und Staat vollständig verwirklicht ist. Immer wieder sind selbst im Absolutismus Maßnahmen zur Einschränkung der Kirchenmacht unternommen worden, in Österreich z.B. durch Joseph II. Aber

das war alles in Zeiten der aufsteigenden und noch fortschrittlichen Rolle der Bourgeoisie gegenüber den feudalen Elementen, zu denen auch die Kirche gehörte. Heute ist es anders, im Imperialismus herrscht Reaktion auf der ganzen Linie und er hat sich die Kirche dienstbar gemacht.

Daher sind diese Punkte, unter den heutigen politischen Gegebenheiten, „in einem relativen politischen Sinn“ sehr wohl mit dem Imperialismus unvereinbar. Es dürfte sogar, wollte jemand aus irgendeinem schrägen Grund ein Volksbegehren auf Basis obiger Forderungen veranstalten, ein solches vom Innenministerium, weil verfassungswidrig, gar nicht erst zugelassen werden. Vollständig und konsequent kann so etwas wie das oben stehende Forderungsprogramm nur durch den Sieg im revolutionär-demokratischen Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht, also durch die sozialistische Revolution, verwirklicht werden.

(April 2013)



Griechenland, Zypern, Slowenien ... das Krisenkarussell dreht sich weiter

Anfang April 2013, mit Ergänzungen und aktualisierten Zahlen

Weiter geht's mit dem Krisen-Karussell. In heftige Krisen wegen akut drohenden Staatsbankrotts gerieten in und am Rande der EU im Lauf der letzten Jahre Estland, Ungarn, Island, Irland, Griechenland, Portugal und zuletzt Spanien, sodass die diversen EU-„Rettungsschirme“ und der Internationale Währungsfonds (IMF) „helfen“ mussten. Jetzt ist Zypern an der Reihe. Slowenien, heißt es, „wird als nächster Kandidat gehandelt“ (treffende Formulierung aus Wikipedia!). Bulgarien und Rumänien schmoren seit Jahren auf kleiner Kolonialflamme vor sich hin, ihnen ist anscheinend „nicht mehr zu helfen“, statt von einer Krise sollte man hier eher vom totalen Ruin sprechen. Über die neuen Kolonien Kosovo und Bosnien zu reden erübrigt sich. Offensichtlich schlittert ein Land nach dem anderen in die oder an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Es handelt sich dabei bis heute, wie man sieht, vorwiegend um die sogenannte europäische Peripherie.

Was ist - trotz jeweils spezifischer Ausprägungen der Desaster - die gemeinsame Grundlage dieser Krisenhaftigkeit? Die „Schuldenkrise“, also die

Höhe der Staatsschulden, die der main stream der Bourgeoisie für die moderne Erbsünde hält (oder wenigstens ausgibt), kann es nicht sein, denn viele der betroffenen Staaten haben relativ niedrige Staatsschulden¹. Auch die Überdimensionierung oder spezifische Ausprägung des Finanzsektors, was gewisse „Antifinanzkapitalisten“ für die moderne Erbsünde (des Kapitalismus, des „Sozialstaats“, der „Demokratie“ ...) halten, kann es nicht sein, denn davon war und ist z.B. in Bulgarien und Rumänien und konnte auch in Estland, Ungarn und Portugal keine Rede und auch in Griechenland war das kein vorrangiges Problem (in Island und Irland und jetzt in Zypern dagegen schon). Eine gemeinsame Grundlage aber gibt es doch, nämlich die seit 2008 anhaltende fundamentale Wirtschaftskrise, eine Krise der „Realwirtschaft“ und nicht nur des Bankensektors, eine Überproduktions- und Überakkumulationskrise des Kapitals, und nicht irgendeine weitere solche Krise, sondern die weitaus schwerste der letzten Jahrzehnte. Es hatte die vorletzte zyklische Krise 2000-2002 gegeben, die drittletzte 1987, dazwischen einige regiona-

le Krisen². Seit 2008 aber steckt das Kapital in seiner umfassendsten, tiefsten und längsten Wirtschaftskrise seit 1945. Noch nie seit einem halben Jahrhundert waren der Einbruch von Produktion und Investitionen so tief. Noch nie war die Krise so global, erfasste sie - stärker oder schwächer - alle Länder und alle wichtigen Branchen und schloss sie auch Finanz- und Banken Krisen, Rohstoffkrisen, Währungskrisen usw. ein. Und noch nie kam die Bourgeoisie so lange nicht mehr aus der Krise heraus. Wir sind bereits im sechsten Krisenjahr.

Die heftige manifeste Krise 2008/09, das starke Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Industrieproduktion, der massive Einbruch der Anlageinvestitionen, ist in den imperialistischen Kernländern Europas derzeit von einer Phase der Depression und Stagnation abgelöst worden. Jedes Jahr wird für das darauf folgende ein Aufschwung vorhergesagt, ohne dass er aber käme; der für heuer prognostizierte wurde auch schon wieder abgesagt und dafür für 2014 versprochen. Dass die Krise ungebrochen anhält, spürt die Arbeiter/innenklasse an

¹ Slowenien hatte Ende 2012 Staatsschulden in Höhe von 53,7% seines BIP, Rumänien 38,0%, Bulgarien sogar nur 18,9%. Bulgarien ist sowieso ein hervorragendes Beispiel für die imperialistische Sanierung: das Land ist eine Wüste, das Volk völlig verarmt, die Wirtschaft kaputtgemacht, aber das, was noch da ist, ist fest in imperialistischer Hand, die „Maastricht-Kriterien“ werden spielend eingehalten und die „Troika“ ist voll des Lobes (außer über die Korruption, sofern man nicht selbst deren Nutznießer ist). Deshalb „brauchen“ Rumänien und Bulgarien auch keine Hilfe aus dem EU-„Rettungsschirm“: die Staatsfinanzen sind nämlich in „neoliberalem“ Sinn tip top in Ordnung. Auch Zypern hatte Ende 2012 mit 86,5% Staatsschulden, die immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der Eurozone (93,1%) lagen.

² 1994: Mexiko, 1997: Südostasien, 1998: Russland, 2001: Argentinien. Zwischen den globalen Krisen (1987, 2000-2002, seit 2008) konnte die Krise in einzelne „periphere Märkte“ exportiert werden, etwas, das - in etwas geänderter Form - auch in den letzten Jahren wieder stattfindet.

der immer weiteren Verschlechterung ihrer Lage - auch wenn zwischendurch das BIP in einigen Ländern wieder einmal um ein paar Zehntelprozentpunkte wächst. Die Krise wurde und ist nicht überwunden, im Gegenteil wächst das Krisenpotential ständig und inzwischen wieder dramatisch an, denn der der Krise zugrundeliegende Widerspruch, der zwischen den nach Profit strebenden überakkumulierten Massen an Kapital und den beschränkten profitablen Anlagemöglichkeiten für dieses Kapital, verschärft sich immer mehr. Eine massive Kapitalvernichtung würde die Lage zeitweilig entspannen, die Dauerdepression jedoch tut das nicht. Diese Überproduktions- und Überakkumulationskrise ist die Grundlage der ganzen krisenhaften Entwicklung. Auf dieser schwankenden Grundlage droht ständig ein neuerlicher massiver Einbruch der „Realwirtschaft“ und können sich Teilkrisen jeder Art, Banken Krisen, Schulden- bzw. eher Spekulationskrisen, Währungskrisen etc. jederzeit und leicht entfalten, was sie beim geringsten Anlass, und sei es nur ein Rülpsen der „Märkte“ oder einer Rating-Agentur, auch tun.

Ein Land nach dem anderen, derzeit vor allem noch an der sogenannten „Peripherie“ wird in dieses Desaster hineingezogen. Dass

die Krise sozusagen „von den Metropolen in die Peripherie exportiert“ wird ist nichts Neues. Das findet im Weltmaßstab statt und auch im europäischen. Die „peripheren“ Volkswirtschaften, wo immer sie geographisch liegen, sind kleiner, schwächer, fragiler, weniger im kapitalistischen Sinn produktiv. Sie werden mit Warenexport niederkonkurriert, in sie wird je nach Krisenverlauf Kapital hineingepumpt und wieder abgezogen, ihre Wirtschaftsstruktur wird nach den Bedürfnissen und Interessen der großen EU-Imperialisten ausgerichtet, sie kommen ständig unter die Räder der ebenfalls an diesen Interessen orientierten EU-„Harmonisierung“, sie werden häufig als Randstaaten in hohe Militärausgaben hineingetrieben, alles mit tatkräftigster Mithilfe ihrer eigenen Bourgeoisien. Was freilich nichts daran ändert, dass sich die Krise auch in den entwickeltsten imperialistischen Kernländern auswirkt, aber noch nicht und nicht immer sofort so brutal. Aber auch hier häuft sich immer mehr Sprengstoff an: es ist nur eine Frage der Zeit, bis die latente Krise in „entwickelten“ Schlüsselbranchen wie z.B. der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, dem Kraftwerks- und Industrieanlagenbau, ausbricht, und das trifft dann speziell Länder wie z.B. Deutschland oder Frankreich.

Die starken Imperialisten ziehen massenhaft Profit aus den schwächeren heraus, fetten sich damit ihre Profitraten auf, haben dadurch mehr Manövrierspielraum gegenüber Arbeiter/innenklasse und Volk, aber dieser Spielraum wird kleiner. Wir, die europäische Arbeiter/innenklasse und die tätigen Europas, sitzen tatsächlich „alle in einem Boot“. Das kann für das europäische Finanzkapital gefährlich werden und ist es dort oder da schon: Funken des Klassenkampfes springen über, deutlich zu sehen z.B. in der Automobilindustrie. Deshalb wird ja mit der wilden Hetzpropaganda der „Fleißigen“ und „Tüchtigen“ gegen die „Faulen“ und „Korrupten“ dagegen gehalten. Aber die Verschärfung der Lage und des Klassenkampfes wird mehr und mehr Menschen die Augen öffnen und sie werden sich einreihen in eine gemeinsame Front von Bewegungen und Kämpfen gegen das europäische Finanzkapital.

Zypern: Was für eine Krise?

Zypern ist das jüngste Opfer³. Hier ist, heißt es, nicht eine „Schuldenkrise“, sondern eine Bankenkrise ausgebrochen. Woher kommt aber diese Bankenkrise? Wieso rauschte der gerade noch florierende Bankensektor, das „zypriotische Wirtschaftsmodell“

³ Ende Juli 2011 war schon einmal von einer schweren Krise Zyperns die Rede, welche sich aber später wieder zu verflüchtigen schien. Damals aber nicht wegen des Bankensektors, sondern wegen der Explosion eines Munitionslagers und der dadurch hervorgerufenen Zerstörung des größten Kraftwerks des Landes, also wegen eines drohenden Einbruchs der Energieversorgung und damit der „Realwirtschaft“, was wiederum irgendwie zu einer „Schuldenkrise“ führen könnte usw. Die Staatsverschuldung Zyperns lag Anfang 2011 bei 61,3% vom BIP, deutlich weniger als die damalige österreichische Staatsschuld (72%) und weit niedriger als die damalige deutsche (82,5%).

schlechthin, in die Krise? In Zypern liefen Geschäft und Profit soeben noch gut, sogar die globale Krise ab 2008 wurde relativ gut überstanden, Zypern war schon 2011 wieder über dem Vorkrisenstand. Aber wodurch? Durch immer weitere Aufblähung des Banken- (und sonstigen Dienstleistungs-) Sektors. Ein Blick auf die jüngste Geschichte zeigt, dass die meisten Volkswirtschaften, die - obwohl einseitig ausgerichtet - dennoch eine Zeitlang überdurchschnittlich gut laufen, z.B. Estland mit seiner Aufblähung des IT-Bereichs oder Irland mit seiner Aufblähung des Banken- und Versicherungssektors, früher oder später krachen.⁴ Zypern ist geprägt durch ein enormes Übergewicht des Finanz- und Dienstleistungssektors (und hier wieder ein Überwiegen „unternehmensbezogener Dienstleistungen“, also auch wieder vorwiegend für den Geldkapitalsektor)

bei gleichzeitigem Kränkeln der „Realwirtschaft“. Das macht die Wirtschaft verletzlich gegenüber dem rund um den Globus vagabundierenden spekulativen Kapital. Das Problem wurde noch potenziert durch die enge Verzahnung mit Griechenland. Zypern ist politisch und wirtschaftlich von Griechenland abhängig und konnte daher der Krise Griechenlands und speziell seiner Banken nicht entgehen. Die zypriotischen Banken hatten stark in den griechischen Banken und der griechischen Staatsschuld investiert und mit deren Krise taumelten auch die zypriotischen Banken. Das zugeflossene ausländische Kapital, darunter sehr viel russisches, auch sehr viel britisches⁵, hat den zypriotischen Banken und der ganzen zypriotischen Bourgeoisie jahrelang schöne Profite beschert. Ein Problem entstand, als sich auch in Zypern die Notwendigkeit

einer „Bankenrettung“ abzeichnete, daher die Staatsfinanzen in Gefahr gerieten, sich die Regierung auf die Suche nach zusätzlichen Einnahmen machte und der ausländische (und inländische!) „Investor“ nicht mehr sicher sein konnte, ob die bestehenden extremen Steuerprivilegien aufrechterhalten würden oder ob es womöglich zur Einführung einer nennenswerten Körperschaftssteuer und Kapitalertragssteuer käme⁶.

Das „zypriotische Wirtschaftsmodell“ hat einige „Besonderheiten“. Zunächst einmal wie schon gesagt die relative Größe des Geldkapitalsektors („Finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen“), denn er steht für 30% der „Wertschöpfung“ des Landes, d.h. des BIP. Seine Bilanzsumme ist sieben Mal so groß wie das BIP des Landes und eines Jahres. 122 Mrd. € Bilanzsumme der Banken stehen

⁴ Vielleicht auch einmal Deutschland mit seiner extremen Exportlastigkeit, und das konzentriert auf nur wenige Branchen (hauptsächlich Automobil und Maschinenbau) und die „Exportdynamik“ fokussiert auf wenige Länder (hauptsächlich China und USA). Das österreichische Kapital ist im Vergleich zum deutschen „breiter aufgestellt“, aber ebenfalls durch seine starke Balkanlastigkeit verletzlich.

⁵ Zypern war bis 1960 britische Kolonie, hat noch heute zwei britische Militärstützpunkte (das war Bedingung für die Entlassung in die Unabhängigkeit) und ist nach wie vor eine bedeutende „Adresse“ der britischen Bourgeoisie.

⁶ Die Körperschaftssteuer (mit der Profite von Kapitalgesellschaften besteuert werden) beträgt in Zypern „maximal“ 10% und das mit vielen Ausnahmen und „Gestaltungsspielräumen“, sodass die tatsächliche Steuerquote noch weit niedriger liegt. Eine Kapitalertragssteuer für Kursgewinne aus dem Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren (auf die in Österreich sogenannten „Spekulationsgewinne“) gibt es überhaupt nicht. „Somit sind Aktien, Anleihen, Schuldverschreibungen, Gründeraktien und andere Titel von Unternehmen oder anderen juristischen Personen, eingetragen in Zypern oder im Ausland, und Rechte daran steuerfrei.“ („Exportbericht Zypern“ der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) aus März 2012). Eine Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden, die ins Ausland gezahlt werden, gibt es ebenfalls überhaupt nicht, sie sind ebenfalls steuerfrei. Dividenden- und Zinszahlungen ins Inland unterliegen einer KESt von 17% bzw. 15% - aber auch nur, wenn es sich um „passive“ Einkünfte (grob gesagt: eines „Privatvermögens“) handelt und nicht um „handelsbezogene“ (grob gesagt: eines „Betriebsvermögens“), dann sind sie nämlich auch wieder steuerfrei. Die Inlands-KESt heißt übrigens „Sonderabgabe für Verteidigungszwecke“. Zypern ist ein wahres Steuerparadies für Kapitalisten, vor allem für ausländische, sogar gemessen an der Steueroase Österreich. (Zum Vergleich: In Österreich ist der offizielle KöSt-Satz 25%, die tatsächliche Steuerquote der Aktiengesellschaften lag allerdings 2011 nur bei 8,5% . Der KESt-Satz ist ebenfalls 25%, ein kapitalistisches Unternehmen kann aber, im Unterschied zu einer Privatperson, für die Befreiung von der KESt und die Verlagerung dieser Erträge in die KöSt „optieren“, was klarerweise fast jeder tut.)

einem BIP von 17,5 Mrd. € gegenüber⁷. Das macht jede „Bankenrettung“ zu einem schwierigen Unterfangen, denn woher sollen die (relativ zum BIP und daher auch zum Staatshaushalt) exorbitanten Mittel zur Rettung kommen? Damit ist die Wirtschaft (ähnlich der irischen und isländischen) extrem anfällig für Turbulenzen auf den Märkten der Geldkapitalverwertung, darunter der reinen Finanzspekulation. Das Gegenstück dazu sind Schwachbrüstigkeit, Einseitigkeit und Fragilität der sonstigen Wirtschaft. Bergbau, Sachgüterproduktion und Bauindustrie tragen zusammen nur 16% zum BIP bei und haben eine für die kapitalistische Konkurrenz schlechte Struktur⁸. Der Tourismus steht als weiterer großer Dienstleistungsbereich für 25%.

Der mit 30% „Beitrag zur Wertschöpfung“, d.h. Anteil am BIP, riesige Sektor „Finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen“ ist ein unproduktiver und parasitärer Wirtschaftsbereich. Auch wenn seine Tätigkeit im BIP als „Beitrag zur Wertschöpfung“ dargestellt wird, ist er in Wirklichkeit selbst nicht produktiv, sondern lebt er von Mehrwertumverteilung, von der im Inneren des Landes (das vermittelt sich über das lokale Bankgeschäft), noch viel mehr aber von der auf internationaler Ebene. Diese internationale Umverteilung vermittelt sich über das Anziehen von Auslandskapital, die Wahrnehmung diverser Dienstleistungsfunktionen für dieses und über das internationale Kredit- und Kapitalmarktgeschäft, das sich auf das in- und auslän-

dische Geldkapital stützt. Man nimmt - vereinfacht gesagt - russisches, britisches und sonstiges Geld herein und legt es im Ausland an, z.B. in griechischen Bank- und Staatsanleihen, in Aktien, als Einlagen bei griechischen Banken, die sich damit ihrerseits einen Anteil am Mehrwert von griechischer und sonstiger produktiver Arbeit aneignen, darunter aus serbischer, bulgarischer usw.

Als weitere „Besonderheit“ wird angeführt, dass Zypern eine beliebte Destination für Steuerflucht- und Schwarzgeld ist (russisches und britisches, aber auch sonstiges, darunter österreichisches⁹ etc.). Das stimmt, dies ist allerdings auch eine „Besonderheit“ Luxemburgs (wo übrigens eine Menge des jetzt aus Zypern abgezogenen Geldes gelandet sein soll!),

⁷ Zur Veranschaulichung: In Österreich stand Ende 2011 ein Bilanzvolumen des Finanzsektors (Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Fonds) von 993 Mrd. € einem BIP von 301 Mrd. € gegenüber. Das ergibt eine Quote von „nur“ 3,3. Dagegen ist die zypriotische Quote von 7 hoch. Aber im finanzkapitalistischen (und immer noch nicht zusammengekrachten) Wunderland Luxemburg z.B. war diese Quote 22 (!), d.h. die Bankbilanzen belaufen sich auf das Zweiundzwanzigfache des hauptsächlich nur vom Banken- und Bürokratiesektor „produzierten“ BIP. Sie belaufen sich in absoluten Zahlen auf 752 Mrd. €, wozu noch 213 Mrd. € an Investmentfonds kommen, zusammen 976 Mrd. €. Dagegen nimmt sich Zypern wie ein Zwerg aus. Aber das abhängige Zypern ist eben nicht das voll in das imperialistische (weil voll in der Phalanx des EU-Imperialismus aufgestellte und integrierte) Luxemburg.

⁸ Im „Exportbericht Zypern“ der WKÖ aus März 2012 liest sich das so: „Während der Dienstleistungssektor bereits 81% des BIP erwirtschaftet, nimmt die Bedeutung von Gewerbe und Industrie ständig ab. Der industrielle Sektor kämpft mit strukturellen Schwächen. Viele erzeugende Betriebe sind international wenig wettbewerbsfähig, da sie Kleinbetriebe sind und bei Technologie, Management und der Vermarktung der Produkte Schwachstellen aufweisen. Im verschärften Wettbewerb am gemeinsamen europäischen Markt fällt es ihnen schwer zu bestehen.“ Und: „Die wichtigsten Sparten der zypriotischen Industrie sind die Lebensmittel-, Getränke- und Tabakindustrie, auf die knapp ein Drittel des industriellen Produktionswertes entfällt, sowie die Textil- und Lederindustrie.“ Also auch eher Branchen, die mit dem Tourismus im Zusammenhang stehen, und keine technologisch hochwertigen Exportschlager.

⁹ Z.B. die Milliarden der inzwischen notverstaatlichten Österreichischen Kommunalkredit AG, die 2002-2008 in ihrer Tochtergesellschaft in Limassol ein hochspekulatives Portfolio von 16 Mrd. € aufgebaut hatte, das - nach fetten Gewinnen bis 2007 - mit der Finanzkrise in sich zusammenkrachte. Die Bank wurde im November 2008 notverstaatlicht und lebt seither von staatlichen Kapitalspritzen und Staatshaftungen. Die Schätzungen dessen, was die Bank dem Staatshaushalt bisher gekostet hat, schwanken zwischen 4,7 und 5,8 Mrd. €. Risikopositionen von 10 Mrd. € sind noch offen, so dass weitere „Rettungsmaßnahmen“ unvermeidlich sind. Aus Staatshaftungen ist ein Betrag von 9,6 Mrd. € aushaftend.

Belgiens, der Niederlande oder Liechtensteins, einiger britischer Inseln, in etwas geringerem Maß auch Österreichs¹⁰ der der Schweiz und - das vergisst man leicht, gerade bei dem tollen neuen Papst - auch des Vatikan¹¹, ohne dass diese Staaten deshalb in den Abgrund stürzen würde. Es hängt eben von den gesamten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ab.

Zypern hat auch politisch einige „Besonderheiten“. Zwar ist es nicht NATO-Mitglied, aber es befinden sich auf der Insel zwei britische Militärbasen, von denen aus z.B. im Vorjahr Luft einsätze der NATO-Verbände gegen Libyen geflogen wurden und die eine große Bedeutung für militärische Operationen im östlichen Mittelmeer haben. Zypern hat, soweit wir wissen, offiziell nicht wie Griechenland für die Ägäis die Abtretung von Hoheitsrechten an die NATO vollzogen, lässt aber der NATO inoffiziell freie Hand. Zypern wurde 2004 EU-Mitglied, gegen den heftigen Protest der Türkei und des nördlichen, türkischen Landesteils. Die, die jetzt jammern, dass Zypern gar nicht hätte EU- und schon gar nicht Eurozonenmitglied hätte werden dürfen (viele sind es im Unterschied zu Griechenland vor zwei Jahren

eh nicht!), „vergessen“, dass Zypern damals direkt in die EU hineingezogen und -getrieben wurde. Man wollte sich damals (und will das bis heute) die Vorherrschaft über Zypern auf jeden Fall sichern, unabhängig nämlich davon, wie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weitergingen und ebenso wie sich die faktische Rolle der Türkei gegenüber Zypern, im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten gestaltete. Zypern ist von außerordentlicher Bedeutung für die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer, es stellt einen Vorposten dar, dessen Seerechtsgrenzen bis weit in Richtung Syrien, Libanon, Israel und Ägypten reichen. Zudem liegen in seinem Seerechtsgebiet (das allerdings gegenüber der Türkei nicht geregelt, strittig und ständiger Konfliktauslöser ist) erhebliche Gasvorkommen, deren Exploration begonnen hat und auf die man sicher ebenfalls ein Auge geworfen hat. Zypern ist auch ein Gegengewicht gegen die türkischen Ambitionen in diesem Raum mit ihrem großen Militärstützpunkt in Nordzypern. Es ist auch ein Schlüsselglied für die Stärkung der Achse der EU mit dem zionistischen Israel; es hat Kooperationsverträge mit Israel für den Öl- und Gassektor abgeschlossen, nicht nur für Exploration

und Förderung, auch für den Transport nach Europa¹²; es verhandelt mit Israel über Überflugsrechte für dessen Luftwaffe für Trainingszwecke (seit der türkische Luftraum nicht mehr zur Verfügung steht) usw. usf. Es geht also bei Zypern um weit mehr als um eine kleine marode Insel und um das böse russische Schwarzgeld.

Dementsprechend ist die Ausprägung der zyprischen Bourgeoisie. Sie ist eine parasitäre, reaktionäre, pro-imperialistische und volksfeindliche Bourgeoisie, mit der man kein Mitleid haben braucht, wenn sie jetzt von ihren Partnern und Gönnern drangsaliert wird.

Aber es gibt in Zypern nicht nur die Bourgeoisie, es gibt auch die Arbeiter/innenklasse, es gibt Werk tätige, es gibt ein Volk. Auch den Bankangestellten kann man keinen Vorwurf machen, dass sie in solchen Banken arbeiten; sie sind weder daran schuld, dass der Bankensektor „überdimensioniert“ ist, noch am „russischen Schwarzgeld“; sie wurden und werden ebenfalls ausgebeutet und jetzt auf die Straße gesetzt und sie wehren sich zurecht. In Zypern sollen Arbeiter/innenklasse und Volk die Zeche zahlen - wie überall. Die zyprische Regierung, beraten

¹⁰ Österreich ist übrigens zwar vielleicht nicht die beliebteste Destination für Schwarzgeld und Geldwäsche im strengen Sinn, aber eine Steueroase ersten Ranges. Das gilt sowohl für die tatsächliche Unternehmensbesteuerung (nicht den offiziellen Steuersatz) als auch für die Privatstiftungen. Österreich ist auch nach wie vor, wie die Schweiz, Luxemburg und Belgien, nicht der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie unterworfen, sondern hat sich eine Ausnahmeregelung verhandelt, die, wenn man ein Schlupfloch in den Anti-Geldwäsche-Regelungen findet, auch das Parken von Schwarzgeld erlaubt, wenn auch zu einem anonymen Quellensteuersatz von 35%.

¹¹ Tipp für die Bettlektüre: Gianluigi Nuzzi: Vatikan AG, wo ein plastisches Bild der vatikanischen Wirtschaftskriminalität gezeichnet wird, obwohl der Autor nicht immer gut verstanden hat, was er da aufdeckt, und manchmal das Ausmaß des Bösen im Vatikan selbst gar nicht fassen kann.

¹² Siehe dazu den Artikel „Ein neuer Brandherd im Östlichen Mittelmeer“ in der PR 49 aus Februar 2012. Israel plant, über ein Flüssiggasterminal in Zypern sein zukünftiges Überschussgas nach Griechenland und Europa zu exportieren.

von der „Troika“, bastelt bereits heftig an einem „Sanierungspaket“: Senkung der Löhne und Gehälter der Öffentlich Bediensteten, Senkung der Pensionen, Erhöhung der Massensteuern, Wegsparen erheblicher Teile des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens - wie überall. Aus der Bankenkrise ist nämlich jetzt doch eine „Schuldenkrise“ bzw. eine Krise des Staatshaushalts geworden, denn die Banken müssen mit Mitteln des Staatshaushalts saniert werden - wie überall und genau wie zu erwarten.

Wie zynisch (aber auch wie typisch!), wenn in den imperialistischen Ländern (vielleicht ohnehin nur aus Angst um die eigenen Sparguthaben) Krokodilstränen über das geplante Abzocken bei den Sparguthaben des „kleinen Mannes“ (was für ein „Tabubruch“!) und über die Unannehmlichkeiten, unter denen die Zyprioten wegen ihrer gesperrten Bankkonten leiden, vergossen werden, während das unfassbare Elend, das über das griechische und demnächst auch zypriotische Volk gebracht wurde bzw. wird, wenn es nicht überhaupt ausgeblendet wird, als unumgänglich gilt und womöglich sogar gerechtfertigt wird, wenn auch manchmal (selten genug!) mit jämmerlicher Miene. Ein Sturm der Entrüstung brauste im bourgeois Europa auf, als es plötzlich um das „Tabu“ der Sparguthaben ging, wenig Entrüstung konnte

und kann man dagegen feststellen, wenn es um die Raubzüge zur Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung, um die Knechtung und Kolonisierung, um die gewaltige Verelendung des griechischen und demnächst zypriotischen Volkes geht. Selbstverständlich wäre es eine Sauerei gewesen, bei den „kleinen Sparern“ abzukassieren (während die „Großanleger“ ihr Geld noch rechtzeitig in Sicherheit brächten und auch sonst eher „mild“ behandelt würden). Aber bei alledem darf man die Maßstäbe nicht verlieren. Je ärmer jemand ist, desto mehr wäre die angebotene „Sonderabgabe“ auf sein Sparguthaben ein Witz gewesen gegen das, was auf ihn unter dem kommenden „Sanierungspaket“ zukommt (und was übrigens auch mit „Sonderabgabe“ auf ihn zugekommen wäre). Man kann gespannt sein, ob die Empörung der europäischen bourgeois Öffentlichkeit über das kommende „Sanierungspaket“ der über die „Sonderabgabe“ entsprechen bzw. ob es überhaupt eine geben wird.

Während der „kleine Mann“ mit der Drohung der „Sonderabgabe“ in Angst und Schrecken versetzt wurde und seine Sparguthaben zuerst auf Betreiben der „Troika“, insbesondere der deutschen Regierung, tatsächlich bedroht sehen musste, wurde den großen Geldkapitaleignern ausreichend Zeit

gegeben, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, ihr Geldkapital rechtzeitig abzuziehen, welche Möglichkeit auch in großem Umfang genutzt wurde. Während dem „kleinen Mann“ sein Konto ganz oder fast gesperrt wurde, wurden keinerlei wirkungsvolle Kapitalverkehrskontrollen mit dem Ausland beschlossen, zuerst gar keine (trotz tagelangen Palavers im Parlament) und dann, viel zu spät, äußerst löchrige mit vielen Ausnahmen, z.B. für nicht näher definierte geheimnisvolle „besondere Zahlungen“ und für Zahlungen zu ebenfalls nicht näher definierten „humanitären Zwecken“. Insbesondere war die zypriotische Zentralbank angeblich gegenüber „Abhebungen im Ausland“, d.h. dem Zugriff auf die Konten vermittels der Filialen zypriotischer Banken im Ausland, „machtlos“. Jedenfalls flossen „große Mengen“ (EZB) des Geldkapitals, das hauptsächlich bei zwei Banken lag, der Bank of Cyprus (BoC) und der Laiki-Bank¹³, ins Ausland ab. Auch schon vor Bekanntgabe der „Sonderabgabe“, wohlgermerkt, aber auch danach. Aufgefallen sei das angeblich der EZB, und zwar dadurch, dass die zypriotischen Banken plötzlich einen sprunghaft vergrößerten Refinanzierungsbedarf anmeldeten, der durch nichts erklärbar gewesen sei. Niemand hat „die Russen“, auch nicht die Briten, auch nicht die vielen sonstigen „Investoren“ von Schwarz- und

¹³ Beide Banken kamen im Zuge der Finanzkrise in die Bredouille und wurden massiv vom Staat gestützt und am Leben erhalten. 2012 wurde die BoC massiv subventioniert und die Laiki-Bank überhaupt gleich verstaatlicht. An der BoC hat der zypriotische Staat heute 11,4% Anteil am Aktienkapital, der griechische 2,1%. Der größte Einzelaktionär (außer dem zypriotischen Staat) ist ein gewisser Rybolowlew, russischer Kapitalist mit Sitz auf den britischen Virgin Islands, einem anderen „Steuerparadies“, er besitzt 5,01%. Der Mann hätte damit schon einmal gewisse Ausgangsbedingungen, um sich die Kontrolle der BoC (dafür braucht man 25%) unter den Nagel zu reißen.

sonstigem Geld, kurz: die „Märkte“, darunter übrigens auch hohe „Troika“-Funktionäre, EZB-Insider, ausländische Banken etc., auch die zypriotischen Bourgeois selbst - niemand hat sie daran gehindert, rechtzeitig Kapitaltransfer in großem Stil zu betreiben. Im Gegenteil wurde ihnen der Weg geebnet durch tagelanges Hinauszögern und schließlich faule Regelungen der Kapitalverkehrskontrolle (über die jetzt viele in EU- und EZB-Kreisen meckern, als ob sie in das ganze Spiel nicht eingebunden gewesen wären und die zypriotische Regierung noch Handlungsfreiheit hätte). Die Kapitalflucht führte wiederum zur Vergrößerung der Liquiditätsprobleme der zypriotischen Banken, ergo der erforderlichen Mittel zur „Bankenrettung“, ergo der erforderlichen Belastung und Ausplünderung von Arbeiter/innenklasse und Volk. Und so schließt sich der Kreis - ganz im Interesse und Sinn des Finanzkapitals.

Wenn auch von Anfang an klar war, dass diese „Sonderabgabe“ wenn überhaupt nur ein Element und keinesfalls der Hauptteil eines umfassenden „Sanierungspaketes“ sein würde, so diente sie doch dazu, in Zypern, in Griechenland und in ganz Europa auszuloten, wie die „Öffentlichkeit“ auf so einen angeblichen „Tabubruch“ reagieren würde. Es war kein Versprecher, als der Euro-Gruppen-Chef

Dijsselbloem unverzüglich nach Bekanntgabe dieses „Plans“ darauf hinwies, dass Zypern in dieser Frage Vorbildcharakter auch für andere Länder hätte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: „Zypern-Rettung - ein Modell für Europa?“, wobei das Fragezeichen überflüssig war. Auch die Deutsche Bank schloss sich sofort dieser Auffassung an, während die Politiker der EU sich eher „zurückhaltend“ gaben - die übliche bewährte Arbeitsteilung!

Wahrscheinlich diente allerdings die „Sonderabgabe“ auf alle Guthaben und damit de facto das Untergraben der staatlichen Einlagensicherung - diesmal - eher als Testballon. Auch in Zypern, sonst hätte man den Plan nicht so schnell wieder fallen lassen und blitzartig einen anderen aus dem Hut gezaubert. Vielleicht ließ man ihn fallen, weil man schon wusste, dass man die „Großanleger“ nicht erwischen würde (und wollte), und den daher absehbaren Wutausbruch der Zyprioten fürchtete. Aber es war in jedem Fall gut dafür, wieder einmal Angst und Schrecken (in diesem Fall um die Sparbücher, also eher, aber nicht nur beim Kleinbürgertum) zu verbreiten und das Volk dadurch einzuschüchtern und es vom gleichzeitig vorbereiteten „Sanierungs“-Raubzug abzulenken. Allerdings ist, „Tabu“ hin oder her, nicht auszuschließen, dass doch einmal auf das ursprüngliche

„zypriotische Modell“ zurückgegriffen wird, wenn sich irgendwo eine Bankenkrise heftigst zuspitzt. Man muss dann nur einen Weg finden, die „Großanleger“, die „Investoren“, die „Märkte“ nicht zu verprellen. Aber einen solchen Weg findet man immer und überall. Man hat ihn 2001 in Argentinien gefunden, wo ebenfalls die Kapitalisten ihr gesamtes Geld in Dollar drehten und ins Ausland verbrachten, bevor die Bankkonten eingefroren und der Peso drastisch abgewertet wurde, und man hat ihn jetzt in Zypern gefunden. Die „Sicherheit“ und Unantastbarkeit des Geldkapitals gehören nämlich genauso zur „Wettbewerbsfähigkeit“ wie eine hohe Ausbeutungsrate, wenig Streiks, eine möglichst uneingeschränkte „Flexibilität“ im Arbeitsrecht, ein großer „Niedriglohnsektor“, viel Prekarität und eine „angemessen“ hohe Arbeitslosigkeit, ein „solider Staatshaushalt“, der die Kapitalisten weiterhin ordentlich subventionieren und ihre Steuern senken oder erlassen kann, u.a.m.

Wahrscheinlich sollte die „Sonderabgabe“ auch ein Nadelstich gegen „die Russen“ sein. Russisches Kapital ist in den letzten Jahren massenhaft nach Zypern geflossen und das hat dort sogar die Krisenwirkungen eine Zeitlang gedämpft¹⁴. Immerhin war das böse russische Geld bis vor zwei, drei Jahren in anderen EU-Staaten, dar-

¹⁴ Aber, wie schon gesagt, nicht alles nach Zypern importierte Kapital ist russisches, nicht alle Bankguthaben sind russische, nicht alles Schwarzgeld ist russisches. Die russischen Bankguthaben (Stand Februar 2013) sollen sich auf 20 Mrd. € der insgesamt 67 Mrd. € belaufen. Mit „russisch“ sind hier auch gemeint Guthaben von Firmen, die zwar unter Kontrolle russischer Kapitalisten stehen, aber irgendwo domiziliert sind, vielfach auch in Zypern, in diesem Fall daher in der zypriotischen Zentralbankstatistik als inländisch ausgewiesen.

unter maßgeblich auch in Österreich, „investiert“ gewesen und daher damals gutes und sehr willkommenes Geld, bevor es wegen zu pingeligen österreichischen Herumgetues in Fragen Geldwäsche zum Teil nach Nikosia (zum Teil auch nach Istanbul) abwanderte¹⁵. Auch blickt die EU mit Argwohn auf mögliche Ambitionen des russischen Imperialismus, Zypern eventuell selbst zu „retten“ (war er doch schon einmal mit einem Überbrückungskredit eingesprungen), und auf die Sondertouren der zypriotischen Regierung gegenüber der russischen Regierung, statt alles, was aus Brüssel, Frankfurt und Washington angeordnet wird, unverzüglich wortlos und gefügig zu schlucken. Die „russische Option“ wäre theoretisch eine gewesen, es gäbe relevante russische imperialistische Interessen an Zypern, aber es „fehlte das Vertrauen in die zypriotische Regierung“. Vielleicht gibt's bald einmal eine andere. Die russische Karte spielt sicher weiterhin mit.

Inzwischen ist die „Sonderabgabe“, so wie sie ursprünglich angekündigt wurde, vom Tisch, nicht

nur die für die „Kleinanleger“, sondern (wir kommen gleich dazu) auch für die „Russen“ aller Länder. Zuerst gab es aber noch ein tagelanges Hin und Her, ein regelrechtes Wirrspiel. Zuerst sollte nur die größte Bank, die Bank of Cyprus (BoC), betroffen sein. Kurz darauf sollte nur die zweitgrößte Bank, die Laiki-Bank, betroffen sein und würde sie anschließend, nach Übertragung der Sparguthaben unter 100.000 € und der meisten Aktiva (Kredite) an die BoC, „abgewickelt“, also liquidiert werden. Dann sollte plötzlich doch wieder nur die BoC betroffen sein und die Laiki - nach EU-Vorbild - bloß in eine „bad bank“ unter Staatshaftung und einen „guten“ Teil aufgespalten werden, welcher an die BoC übertragen würde. Und so ging es hin und her. Zugleich ging die Kapitalflucht flott weiter. Das Einlagevolumen, auf das man die „Sonderabgabe“ anwenden könnte, die Guthaben über 100.000 €, schmolz zusammen.

Am 25. März wurde schließlich eine „Vereinbarung zwischen der zypriotischen Regierung und der Euro-Gruppe“ abgeschlossen, die einige Über-

raschungen barg¹⁶. Von einer „Sonderabgabe“ ist dort keine Rede mehr, auch nicht für die „Großanleger“. Was die Laiki Bank betrifft, wurden mit 26. März die meisten Aktiva (Kredite) und Passiva (Einlagen) an die BoC übertragen. In der Laiki Bank, jetzt als „bad bank“ unter Staatshaftung weitergeführt, verblieben nur die Guthaben über 100.000 € sowie Aktiva (Kreditforderungen) in gleicher Höhe, um eine ausgeglichene Bilanz sicherzustellen.

In der nunmehr wesentlich vergrößerten BoC werden

- 37,5% der Guthaben über 100.000 € in Aktien an der Bank, ausgestattet mit Stimmrecht und Dividendenanspruch, umgewandelt. Dies gilt aber nur für den 100.000 € übersteigenden Betrag und erst nach Abzug eventueller Kreditpositionen desselben Kunden von diesem Betrag und erst nach Halbierung im Falle von zwei Kontoinhabern usw.¹⁷. Das ist für den „Großanleger“ zwar im Moment eine Einschränkung und tut ihm vielleicht ein bisschen weh, er wird aber trotzdem nicht darben müssen und er macht auf Sicht kein schlechtes Geschäft,

¹⁵ Das Gezeifer gegen „die Russen“, bei Ausblenden der britischen und sonstigen internationalen „Investoren“, deren Geldkapital auch nicht weniger „schmutzig“ ist als das russische, ist eine hetzerische Propaganda mit rassistischen Zügen. Dabei unterscheidet sich der „russische Oligarch“ nicht sonderlich vom österreichischen „Unternehmer“, außer dass er stärker ist und dass er in seiner Begeisterung über den neuen Reichtum diesen stärker hervorkehrt. Er eignet sich seinen Profit nicht auf qualitativ andere Weise an wie der österreichische Bourgeois. In solcher Propaganda widerspiegeln sich imperialistische Interessenswidersprüche und mögliche Kollisionen der Zukunft.

¹⁶ „Clarifications for the better understanding of the resolution measures implemented under the Resolution of Credit and Other Institutions Law, 2013 at the Bank of Cyprus and the Laiki Bank“ (Central Bank of Cyprus, 30 March 2013)

¹⁷ Diese Umwandlung ist eine Art „debt equity swap“ (Tausch von Verbindlichkeiten der Bank gegen deren Eigenkapital). Dieses Instrument wird im Investmentbankgeschäft und wurde auch bei einigen „Umschuldungen“ von Staatsschulden in Südamerika in den 1990er und 2000er Jahren angewendet. Dort diente es allerdings zur Umschuldung von (bereits ausgegebenen) Krediten, die die Länder in den USA und anderswo aufgenommen hatten, nicht wie bei Zypern um Bankeinlagen. Die Kredite wären über weite Strecken sowieso uneinbringlich gewesen. Auf diese listige Weise erwarben US- und andere „Investoren“ für ihre schon abgeschriebenen Kredite Beteiligungen an und Kontrolle von „werthaltigen“ Firmen in Industrie, Bankwesen, Infrastruktur. Es lief auf die Aneignung der Reichtümer dieser Länder hinaus - im Tausch gegen (auf finanzdeutsch) „stranded investments“.

denn die Aktien der BoC sind zwar derzeit nicht viel wert, aber dafür kosten sie auch nicht viel und man kann mit diesen 37,5% ein großes Aktienpaket erwerben, das später, wenn die Bank einmal vom Staat „gerettet“ ist, eine erhebliche Kurssteigerung erfahren kann.

- 22,5% werden für 90 Tage eingefroren und können, „bei Bedarf“, gegebenenfalls auch in Aktien an der BoC getauscht werden. Bis dahin werden sie weiter verzinst und in spätestens 90 Tagen wird man weitersehen.

- Die restlichen 40% werden „für kurze Zeit“ eingefroren und lukrieren dafür Zinsen, die um 0,10% über den derzeit vereinbarten liegen.

Ähnlich wird anscheinend auch mit den bei der Laiki Bank verbliebenen „Großanlegern“ verfahren, das geht aus den Dokumenten nicht ausdrücklich hervor, aber sie werden wohl nicht noch besser gestellt werden als die der BoC.

Die „Sonderabgabe“ ist damit auch für die „Russen“ aller Länder vom Tisch. Sie finden nur einen Teil ihres Geldes eine Zeitlang eingefroren, aber gut verzinst, besser als bisher, und müssen einen Teil davon, jedenfalls 37,5%, in Aktien der BoC tauschen. Sie hätten dann - auf längere Sicht - gar nichts verloren, sondern vielleicht sogar gut verdient. Zypern hätte dafür seinen Zugriff auf und die Kontrolle der BoC verloren.

Und nicht vergessen: das alles trifft nur auf die Gut haben zu, die noch da sind.

Viel ist von der „Sonderabgabe“ also nicht übrig geblieben. Wie man sieht, wurde und wird zu jedem Zeitpunkt fieberhaft an Lösungen gebastelt, die dem wirklichen Geldkapital möglichst nicht oder nur wenig und/oder nur für einen kurzen Zeitraum wehtun. Nur die „Märkte“ nicht verschrecken und verärgern! Wichtig ist dagegen, dass jetzt rasch ein „scharfer Sanierungsplan“ beschlossen wird und Arbeiter/innenklasse und Volk nach griechischem Vorbild in die Mangel genommen werden, denn eine wirkliche „Rettung“ und „Sanierung“ des Profitsystems kann selbstverständlich nur auf diese Weise und keinesfalls zu Lasten des Profits finanziert werden.

Schlittert Slowenien in die Zahlungsunfähigkeit?

Slowenien sei vor dem Absturz bzw. der notwendigen „Rettung“, kurz: in voller Krise. Aber in welcher Krise? Slowenien, ein Zwergstaat mit einem BIP, das ungefähr 10% des Kleinstaates Österreich ausmacht, bisher gelehriger Vorzugsschüler der EU, ist seit einiger Zeit ins Gerede gekommen. Von Bankenkrise ist die Rede und auch von „Schuldenkrise“ - wie halt überall. Mit der „Schuldenkrise“ ist es freilich nicht weit her. Zwar stimmt es, dass

sich die Staatsschulden seit Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 stark erhöht, ja verdoppelt haben, aber sie lagen Ende 2012 mit 53,7% vom BIP (Prognose für Ende 2013: 59,5%) immer noch unterdurchschnittlich niedrig. Damit ist man zwar kein Musterschüler mehr (das sind nur mehr Bulgarien und Estland), aber immerhin ein im internationalen Vergleich sehr guter Schüler der imperialistischen Schulmeister. Der Anstieg der Schulden hat viel mit dem Wirtschaftseinbruch in Slowenien zu tun. Die Wirtschaft ist 2012 neuerlich geschrumpft (-2,5%) und schrumpft 2013 weiter (Prognose: -2,1%). Aber trotzdem kein Vergleich mit den anderen „Krisenländern“¹⁸. Bleibt die Bankenkrise. Laut einem Bericht des IMF befinden sich in den Bilanzen der slowenischen Banken „faule“ bzw. wegen der Wirtschaftskrise „faul“ gewordene Kredite von 7 Mrd. €, was viel ist, wenn man bedenkt, dass das ein Fünftel des BIP ausmacht, das ja vermittels des Staatshaushaltes für die bevorstehende „Bankenrettung“ erhalten muss. Wahrscheinlich sind die slowenischen Banken durch die Konkurrenz und „Wettbewerbsfähigkeit“ der österreichischen Banken (z.B. auch der „superdynamischen“ expansiven Hypo Alpe Adria!) derart unter Druck geraten, dass sie ihr Bilanzwachstum auf wackeligen Beinen aufgebaut haben. Ihre „Rekapitalisierung“, die Zufüh-

¹⁸ Griechenland schrumpft in diesen zwei Jahren um 11,1%, insgesamt seit Ausbruch der Krise um mehr als ein Viertel. Zypern schrumpft 2012/13 um 9,2%.

zung von Finanzmitteln durch den Staat, erfordert 1 Mrd. €, schätzt der IMF. Trotz alledem: Inwiefern die Krise Sloweniens samt seiner Rezession und samt dieser Bankenkrise so dramatisch sein soll, dass das Land in einem Atemzug mit Griechenland oder Zypern genannt wird, bleibt im Dunkeln - jedenfalls was die fundamentalen Wirtschaftsdaten betrifft.

In den „Analysen“ der EU und des IMF stößt man in der Tat auf noch andere Gründe für ihre „Besorgnis“. Dort wird unablässig getrommelt, das Land müsse dringend endlich eine „scharfen Sparkurs“ fahren, was es aber bis jetzt nicht tue. Es gäbe dafür keine Mehrheit im Parlament und es gäbe heftigen Widerstand der „Straße“. Vor allem letzteres dürfte die wirkliche „Krise“ und die wirkliche „Sorge“ der Bourgeoisie, der slowenischen wie die europäischen und globalen, darstellen. Die Steigerung von Ausbeutung und Ausplünderung läuft, aber nicht in dem gewünschten Tempo, und es gibt Widerstand, heftigen Widerstand, z.B. mit großen Streiks und Demonstrationen im Februar 2013.

Leicht erklärlich daher, dass Slowenien auch ins Visier der „Märkte“ geriet und die Finanzspekulation die Zinsen seiner Staatsschuld in die Höhe trieb, im August 2012 sogar auf bis zu 6,9% (für zehnjährige Anleihen). Da der Schwung der Spekulation in den letzten Monaten aber wieder nachgelassen

hat (im Februar 2013 lag der Zinssatz „nur mehr“ bei knapp unter 5%), aber der „scharfe Sparkurs“ immer noch auf sich warten lässt und sich die „Troika“ unbedingt ins Spiel bringen will, um dem Land das bisschen Spielraum, das es hat, weiter einzuschränken, muss die Verschärfung der Krisengefahr zur Not auch einfach herbeigeredet werden.

Was ist eigentlich aus dem 2012er „Schuldenschnitt“ Griechenlands geworden?

Spätestens die derzeitige Zypernkrise legt es nahe, wieder einmal, ein Jahr später, einen Blick auf die griechische Staatsverschuldung und den famosen „Schuldenschnitt“ vom März 2012 zu werfen. Wie man sich vielleicht erinnert, war damals in einem „historischen Durchbruch“ Griechenland „mehr als die Hälfte seiner Schulden“ an private Gläubiger, das waren 106,8 Mrd. €, und damit mehr als ein Drittel seiner Schulden insgesamt erlassen worden. Damit war Griechenland angeblich „gerettet“.

Sah man sich die Dokumente und Verträge im Detail an, war schon damals klar, dass der ganze „Schuldenschnitt“ für Griechenland nichts brachte. Er war nur Begleitmusik zur weiteren Kolonisierung Griechenlands. Inzwischen ist ein Jahr vergangen. Die griechische Staatsschuld war Ende 2011 bei 170,6% des BIP oder 355 Mrd. €

gelegen. Im März 2012 kam dann der angebliche große Geldsegen in Form des „Schuldenschnitts“ von 106,8 Mrd. €. Eigentlich hätte jetzt die Staatsschuld um diese 106,8 Mrd. € bzw. um 30%, auf etwa 120% des BIP, sinken müssen. Sank sie?

Staatsschuld Griechenlands (in % vom BIP)

2010	2011	2012	2013e	2014e
148,3	170,3	156,9	175,2	175,0

Sie sank 2012 ein bisschen, aber bei weiten nicht im Ausmaß des „großzügigen Schuldenschnitts“, sondern nur um 13,4 Mrd. € (statt 106,8 !) bzw. lächerliche 8 % (statt der angekündigten 30%), wobei übrigens an allen diesen Zahlen bis heute alle paar Monate und rückwirkend herumkorrigiert wird.

Wie das? War der „Schuldenschnitt“ womöglich nur eine Propagandaerfindung? Des Rätsels Lösung ist, dass er so strukturiert war, dass er einige böse Begleiterscheinungen und Folgeeffekte hatte (auf die wir übrigens schon in der PR 47 im August 2012 hingewiesen hatten):

- 15% der umgeschuldeten Schulden musste Griechenland gleich einmal in cash und vorweg berappen und sich dafür sofort zusätzlich verschulden - das waren etwa 30 Mrd. €.
- Der umgeschuldete Rest wird seither mit 3,6% (in Zukunft unter bestimmten Bedingungen sogar 4,6%) verzinst, weniger, als Griechenland vorher zahlte, aber viel mehr als das Geld den Gläubigerländern kostet¹⁹.

¹⁹ Österreich z.B. zahlte zuletzt auf dem Kapitalmarkt für 10-Jahres-Geld 1,9% p.a. und für kurzfristiges Geld weit unter 1% p.a. Jeder Euro an „Hilfe“ bzw. „Rettung“ spülte daher bisher, wenn das Geld um 3,6% an Griechenland verliehen wird, einen schönen Batzen Zinsdifferenz in das Budget.

- Zum Dank für die Umschuldung musste Griechenland immense „up front fees“ (Vorwegspesen) an die Gläubiger zahlen, sozusagen als Dankeschön für deren „Großzügigkeit“. Deren genaue Höhe ist nicht bekannt, aber sie müssen hoch gewesen sein, da der IMF sie ausdrücklich als erheblichen Kostenfaktor erwähnt.
- Auch die Legionen an „Experten“, „Kommissaren“ etc., die die Knute führen, müssen von der griechischen Regierung bezahlt werden und stellen „Nebenkosten“ dar.
- Weiters musste die griechische Regierung die griechischen Banken, die ja ebenfalls am „Schuldenschnitt“ teilnehmen, stützen bzw. „retten“, d.h. Kapital einschießen, um ihre Eigenkapitalquote von 3% nach dem „Schuldenschnitt“ wieder auf 9% zu bringen (damit sie trotzdem konkurrenzfähig bleiben für eine Welt der Spekulation).

Alle diese Kosten müssen von der griechischen Regierung getragen und daher refinanziert werden - indem sie neue Schulden aufnimmt. Der IMF schrieb daher schon in seinem Bericht vom Jänner 2012 sehr offenherzig: „Die nominale Schuldenreduktion wegen des ‚Schuldenschnitts‘ des Privatsektors ... wird ... teilweise wieder aufgehoben durch dessen Kosten (!) und durch die notwen-

digen Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors.“

Außerdem muss Griechenland ja weiterhin Panzer, Flugzeuge und Kampfhubschrauber, U-Boote usw. aus Deutschland und Frankreich kaufen - das war eine eiserne Bedingung der „Rettung“.

Außerdem geht die griechische Wirtschaft durch diese Sorte von „Rettung“ und „Sanierung“ Jahr für Jahr weiter den Bach hinunter, was ebenfalls die Staatsverschuldung absolut und relativ zum BIP hochtreibt. 2012 sank das BIP real (inflationbereinigt) wieder um -6,4% und auch für 2013 verschlechtern sich die (propagandabedingt optimistischen) Prognosen Monat für Monat und liegen sie inzwischen bei -4,5 bis -5,0%. Insgesamt sank das BIP Griechenlands seit Ausbruch der Krise um ein Viertel.

Im Jahr 2013 wird die griechische Staatsverschuldung laut derzeitiger Prognose wieder steigen und zwar um satte 12% und deutlich über den Wert von 2011 hinaus. So hoch wie nach drei Jahren „Rettung“ war die Staatsverschuldung überhaupt noch nie und auch für 2014 erwarten die imperialistischen Prognosen (bei allem Zweckoptimismus, wenigstens in der Propaganda) nicht die geringste Reduzierung der Staatsschuld, nicht ein-

mal „aus heutiger Sicht“, die man ja immer noch in ein paar Monaten ändern kann. Wie sollte es auch ganz abgesehen von und zusätzlich zu den oben angeführten Punkten - anders sein, wenn Bourgeoisie und Kirche weiterhin keine Steuern zahlen müssen, die verarmten Volksmassen immer weniger Steuern zahlen können, die Militärausgaben nur wenig sinken, die Privatisierungspläne „nicht den Erwartungen entsprechen“, weil die Imperialisten alles geschenkt haben wollen usw. usf.

Das alles hindert die Weltbourgeoisie und ihre Agenturen, die „Troika“ aus EU, EZB und IMF, freilich nicht, an der Fata Morgana festzuhalten, Griechenland wäre auf einem Weg der kapitalistischen „Gesundung“ und würde seine Staatsschulden bis 2020 auf unter 120% des BIP drücken können. Im Jänner 2013 verstieg sich eine Kreatur des IMF sogar dazu zu schreiben, Griechenland sei auf einem so guten Weg, dass die Schuldenquote bis 2020 sogar auf 110% (!) sinken könnte. Das ist nicht Blödsinn oder die Kolonialallüre, die der Volksmund ausdrückt mit dem Spruch „Zum Schaden hat man noch den Spott!“, sondern damit rechtfertigen sie die Fortsetzung ihres Kolonisierungs- und Ruinierungswerkes.

Um den 5./6. Juli 2013 gab es Internationale Aktionstage der politischen Gefangenen in besonderer Solidarität mit Georges Ibrahim Abdallah zusammen mit zehn politischen Gefangenen der Organisation La Voie Démocratique aus Marokko, den beiden PC p-m Gefangenen aus Siano (Italien), Kostas Cournas (Revolutionärer Kampf) und einem Gefangenen des 17. November (beide Griechenland). In der Schweiz haben die politischen Gefangenen Marco Camenisch (Lenzburg) und Andrea Stauffacher (Zürich) einen einwöchigen Hungerstreik durchgeführt. Thomas Meyer-Falk (Bruchsal, Deutschland) hat im Vorfeld der Aktionstage eine Grußbotschaft geschickt.

Aufruf zu
internationalen
Aktionstagen für
Georges Ibrahim
Abdallah
am 5./6./ Juli 2003



Freiheit für Georges Ibrahim Abdallah und alle politischen Gefangenen weltweit!

Georges Ibrahim Abdallah ist ein libanesischer kommunistischer Aktivist. Er wurde 1984 in Lyon festgenommen. Erst 1987 wurde er zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Seit 14 Jahren ist nun seine offizielle Haftzeit zu Ende, seitdem kämpft er unerbittlich für seine Entlassung, bisher hat er neun Anträge hierzu gestellt. Zuletzt wurde ihm durch einen Richterspruch Hoffnung gemacht, der seine Freilassung bewirken sollte. Dieser wurde jedoch durch verschiedene Instanzen Frankreichs angefochten, auch auf Grund des international wachsenden Drucks durch USA und Israel. Sie äußerten "ernsthafte Bedenken, dass er auf das Schlachtfeld zurückkehren könnte."

Georges Ibrahim Abdallah kämpfte an der Seite des palästinensischen Volkes!

Angeklagt wurde er ursprünglich wegen Besitz von gefälschten Papieren und Waffen. Warum er sich nach 29 Jahren immer noch in Haft befindet, wird damit begründet, dass er Gründer der Fractions Armées Révolutionnaires Libanaises (FARL) sei und an der Planung von militanten Aktionen beteiligt gewesen sein soll – aber vor allem, dass „sein Wille und seine Ideologie immer noch nicht gebrochen“ seien!

Georges ist dabei nur ein Beispiel für zahlreiche revolutionäre Gefangene, die zum Teil Jahrzehnte hinter Gittern verbringen, weil sie in ihren revolutionären Identitäten ungebrochen sind und sich weiterhin als Revolutionäre verhalten. Die Inhaftierung reiht sich dabei ein in die systematische Unterdrückung linker Befreiungsbewegungen weltweit.

Die Ungebrochenheit dieser Gefangenen und der Ausdruck ihres Kampfes, dass Widerstand nicht nur notwendig, sondern auch machbar ist, darf nicht aus den Knästen entlassen werden, wo sie wieder Teil der Bewegung werden könnten.

Solidarisieren wir uns mit Georges Ibrahim Abdallah und den ungebrochenen, revolutionären Langzeitgefangenen und erkämpfen wir gemeinsam mit ihnen ihre Freiheit!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

<http://www.aufbau.org/index.php/rote-hilfe-mainmenu-21/gefangene-mainmenu-22/1521-aufruf-zu-internationalen-aktionstagen-fuer-georges-ibrahim-abdallah-am-5-6-juli-2013>

20. Juli 2013

Politische und inhaltliche Eckpunkte

des Komitees für die

Verteidigung politischer Grundrechte

1. Hintergründe der jetzigen Kriminalisierung des politischen Widerstandes:

Nach dem Ende der bipolaren kapitalistischen Weltordnung versuchten die USA mit ihrer sog. Neuen Weltordnung ihre Welthegemonie zu behalten und zu festigen.

Zur Verwirklichung dieses Vorhabens verwenden die Imperialisten, allen voran die USA, alle möglichen Mittel, unter anderem die Kriminalisierung von gegen sie gerichteten Protesten und Widerstand, vor allem revolutionärer, linker und kommunistischer Organisationen, die den Anliegen der unterdrückten Völker in ihrem Kampf Ausdruck verleihen.

Einen kleinen Ausschnitt der Repression und des Widerstands zeigten die Internationalen Aktionstage politischer Gefangener in Europa (und Marokko) am 5./6. Juli 2013 in Solidarität mit Georges Ibrahim Abdallah, der seit 29 Jahren in Frankreich eingesperrt ist, mit Protestaktionen und Hungerstreiks politischer Gefangener in Marokko, Italien, Griechenland, Schweiz, Deutschland und weiteren Ländern.

Ein anderer Strang dieser Offensive ist die Verschärfung des Drucks und der Repression und des staatlichen Rassismus gegen Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen in den Metropolen.

Nach dem 11. September 2001 verstärken die US- und europäischen Imperialisten unter dem Etikett der „Terrorismusbekämpfung“ die Kriminalisierung vieler kämpfender Organisationen.

Diese Maßnahmen werden unter dem Deckmantel der Verteidigung der „westlichen Werte“ und Menschenrechte, Frauenrechte, angeblich demokratischer Grundrechte legitimiert.

Der türkische Staat ist in diesem Zusammenhang von strategischer Bedeutung für den Imperialismus. Das ist auch einer der Gründe dafür, dass der deutsche Staat europaweit einerseits so offensiv gegen türkische und kurdische revolutionäre AktivistInnen vorgeht und andererseits den türkischen Staat seit Jahrzehnten mit Waffen versorgt, mit denen er auch militärisch die eigene Bevölkerung bekämpft.

2. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen

Um dieses Vorhaben durchzuführen hat der europäische Rat schon am 27. Dezember 2001 ein gemeinsames Dokument verabschiedet, das den Rahmen für eine koordinierte und vereinheitlichte Terrorismusbekämpfung absteckt, in dem die internationale und EU-weite Kooperation von Europol, Eurojust, und den nationalen Polizeikräfte beschlossen wurde. Unter anderem wurden die langjährigen deutschen Erfahrungen mit der Isolationshaft („Stammheim“) an den türkischen Staat weitervermittelt (Aufbau und Ausrüstung der „F-Typ-Gefängnisse“ und Ausbildung des Personals).

Mittlerweile ist es auch geltendes EU-Recht, dass beispielsweise die deutsche Polizei auf österreichischem Boden angeblich des Terrorismus verdächtige Personen festnimmt, verhaftet, verhört usw. wie in unserem aktuellen Fall von Yusuf und Özgür geschehen.

3. Wie schaut die Praxis aus?

In Folge dieses Kriminalisierungsprozesses des Widerstandes wurden bis jetzt sowohl in Europa und USA als auch in den vom Imperialismus abhängigen Ländern etliche politische Personen, AktivistInnen, die der herrschenden Klasse nicht genehm sind, physisch vernichtet (zB. bei Drohnenangriffen), entführt, sind „verschwunden“, ohne irgendeinen Gerichtsprozess in Gefängnisse wie Guantanamo gesteckt usw. Demokratische Vereine und politische militante Organisationen wurden verboten und auf die „Schwarze Liste“ (Terrorliste) gesetzt.

Die EU-Terrorliste richtete sich zuerst angeblich gegen islamische und islamistische Organisationen als die „Neuen Feindbilder“ im Rahmen der „Neuen Weltordnung“, aber von Anfang an umfasste sie auch demokratische, linke und revolutionäre Organisationen und wurde laufend erweitert.

4. Aktuell

Die Verhaftung von Yusuf und Özgür in Wien und anderer Personen in Deutschland und anderen Ländern, die hier mit legalen Dokumenten als Flüchtlinge oder

MigrantInnen seit Jahren leben und arbeiten, ist der aktuelle Fall in diesem Zusammenhang. Die in den Akten aufscheinenden Vorwürfe und Beschuldigungen der Polizei gegen diese Leute sind völlig haltlos, wie das Komitee in anderen Aufklärungs-Flugblättern ausführlich berichtet hat. Sie zeugen in erster Linie von der äußersten Demagogie der Argumente der Behörden, mit dem Ziel, den eigentlichen Zweck und Inhalt, nämlich die politische Kriminalisierung, zu verdecken und Solidarität zu verhindern.

Diese Kriminalisierung richtet sich gegen die gesamte Linke und revolutionäre antiimperialistische, antifaschistische und kommunistischen Kräfte.

Wir lassen unseren Widerstand nicht von den Herrschenden in „Gut“ und „Böse“ spalten.

Wir werden mit aller Kraft und allen legitimen Mitteln gegen diese Kriminalisierung und Offensive des Imperialismus kämpfen. Wir werden nicht untätig zulassen,

dass die Isolationshaft zur physischen und organisatorischen Vernichtung politischer Gefangener eingesetzt wird.

Der gemeinsame Kampf gegen diese antidemokratische und menschenverachtende Offensive des Imperialismus und seiner Lakaien ist notwendiger denn je.

Bekämpfen wir die Kriminalisierung des politischen Widerstands!

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Sofortige Freilassung von Özgür und Yusuf!**

Hoch die Internationale Solidarität!

Komitee für die
Verteidigung politischer Grundrechte

Diskussionsstand 15.8.2013

Informationen und Kontakt:

**yusuf-ozgur.blogspot.com
facebook.com/yusuf.und.ozgur
yusuf.und.ozgur@gmail.com**

Politische Gefangene in Wien im Hungerstreik

Wussten Sie, dass sich in der Justizanstalt Wien-Josefstadt zwei politische Migranten im unbefristeten Hungerstreik befinden?

Yusuf Tas seit 1. August

Özgür Aslan seit 3. August

Seit 2. August hält die Anatolische Föderation täglich von 10:00-22:00 Uhr eine Mahnwache mit abwechselndem Hungerstreik vor dem Österreichischen Justizministerium, Museumstraße 7 (Weghuberpark) 1070 Wien ab, um Unterschriften gegen die Auslieferung von Yusuf und Özgür an Deutschland und für deren sofortige Freilassung zu sammeln und die Öffentlichkeit über die dreiste Vorgehensweise zu informieren.

Wir rufen alle fortschrittlichen, für Gerechtigkeit und Demokratie eintretenden Vereine und Menschen auf, Yusuf & Özgür zu unterstützen. Denn sie sind Menschen wie wir, sie haben sich gegen Rassismus und Faschismus engagiert wie viele von uns, und sie wurden infolge einer politischen Hetzjagd ausländischer Geheimdienste inhaftiert.

Wer sind Yusuf und Özgür? Warum wurden sie verhaftet? Warum führt Deutschland in Österreich Razzien durch? Die Infobroschüre wird auf viele eurer Fragen Antworten geben, auch wenn euch einiges davon bereits bekannt ist.

Bitte dieses E-mail möglichst breit verteilen und auch die Broschüre nach Möglichkeit drucken, um sie auch persönlich weitergeben zu können.

Mit solidarischen Grüßen
Anatolische Föderation Österreich
Goldschlagstr. 103/2-G 1150 Wien
Tel: 01 293 19 28
anadolufed@gmail.com

Anmerkung der PR: Die Infobroschüre zur Solidarität mit Yusuf und Özgür kann auch auf iarkp.wordpress.com (August) heruntergeladen werden



Politische Gefangene in Wien
Im Hungerstreik

Yusuf Tas seit 1. August

Özgür Aslan seit 3. August

Komitee für die Verteidigung politischer Grundrechte

Freiheit für Yusuf Taş und Özgür Aslan



Politischer Widerstand ist ein Menschenrecht!

Am 26. Juni stürmten deutsche und österreichische Polizeieinheiten in Wien und Niederösterreich die Wohnungen von Angehörigen der Anatolischen Föderation, verhafteten vorübergehend mehrere türkische Menschenrechtsaktivisten und nahmen Yusuf Tas in Untersuchungshaft. Wenig später wurde auch Özgür Aslan festgenommen.

Zeitgleich fanden auch in mehreren deutschen sowie in einigen europäischen Städten Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt, wobei auch hier die vorgegebenen Haftgründe im Dunkeln blieben oder auf an den Haaren herbeigezogenen Beschuldigungen basierten.

Absurde Beschuldigungen

Gegen die beiden in Österreich Verhafteten besteht aufgrund abstruser und nur äußerst vager Beschuldigungen ein Auslieferungsantrag nach Deutschland, wobei die vorgebrachten Vorwürfe eigentlich weder ihre Haft noch ihre Auslieferung rechtfertigen. Dazu zählt der Verkauf von Konzertkarten der vermutlich bekanntesten türkischen Musikgruppe „Grup Yorum“, die trotz wiederholter Repression selbst in der Türkei legal auftreten kann. Ihre Konzerte finden vor hunderttausenden Menschen auf der ganzen Welt statt, vor kurzem wurde ein Konzert in Istanbul von rekordverdächtigen 550.000 Menschen besucht.

Trotzdem werden die MusikerInnen und UnterstützerInnen von Grup Yorum von der deutschen (und im Rahmen der EU-Zusammenarbeit offensichtlich auch von der österreichischen) Staatsgewalt, die sich gerade noch heuchlerisch über die Repression gegen die russische Punkband Pussy Riot empörte, unter den Generalverdacht der Terrorismusunterstützung gestellt!

Willkürliche Kriminalisierung

Den Gefangenen der Anatolischen Föderation wird auch die Organisation von Jugendsommer-

lagern oder die Verteilung von Zeitschriften, die nicht einmal in der Türkei verboten sind, vorgeworfen. Da sich alle diese Vorwürfe nicht vor einer breiten Öffentlichkeit halten lassen, wird auf ein bewährtes Instrument zurückgegriffen, von dem schon viele fortschrittliche, oppositionelle und revolutionäre Bewegungen betroffen waren: das Konstrukt der „Organisierten Kriminalität“.

Mit Hilfe von Gummiparagrafen wie dem §129a und 129b (in Österreich ist es der § 278a, mit dem zuletzt sogar Tierschützer, aber etwa auch einige Flüchtlinge aus dem Servitenkloster kriminalisiert werden konnten) und abenteuerlichen Konstrukten können oppositionelle, linke und revolutionäre Gruppierungen als kriminelle Organisationen oder auch gleich als Terroristen abgestempelt werden. Dabei bestimmt reine Willkür und politisches Kalkül, welche politischen Gruppierungen kriminalisiert und welche als legal eingestuft werden.

Staat und Rechtsradikale

Solche Willkürparagrafen sind entgegen der Legende nicht dazu geschaffen worden, um sie gegen die Mafia einzusetzen oder um gegen neofaschistische Banden vorzugehen. So hat der deutsche Verfassungsschutz erwiesenermaßen mit rechtsradikalen Gruppierungen zusammengearbeitet, wie sich im NSU-Prozess mit jedem Tag deutlicher herausstellt. Mit Hilfe repressiver Gesetze, wie sie im Rahmen des „Kampfes gegen den Terror“ noch stärker ausgebaut wurden, lässt sich die gesamte Bevölkerung, vor allem aber eine kritische Opposition und potentieller Widerstand leichter einschüchtern und überwachen.

Außerdem wird eine Legitimation für die Datensammelwut des Systems geschaffen: Durch die deutsche Kooperation mit der NSA und den US-Überwachungsprogrammen wurden nicht nur die eigenen Bürger im Auftrag von ausländischen Geheimdiensten bespitzelt, sondern auch noch die Daten für amerikanische Drohnenangriffe

auf zivile Ziele in Afghanistan geliefert. Doch statt die eigenen kriminellen Machenschaften zu bekämpfen, geht der deutsche Staat massiv gegen seine KritikerInnen vor.

Aktiv gegen rechts

Die Anatolische Föderation ist ein offizieller wie auch völlig legaler Verein, der sich unter anderem gegen rassistische Diskriminierungen, gegen Menschenrechtsverletzungen und Rassismus einsetzt. Nicht zuletzt, weil er sich in Deutschland massiv gegen den Terror der NSU-Terror ausgesprochen hat und auch die lückenlose Aufklärung über die Verbindungen zwischen Nazis und Verfassungsschutz einforderte, hat er sich den Unwillen der deutschen Behörden zugezogen.

Es liegt auf der Hand, dass mit der grenzüberschreitenden Repression auch die Anliegen der türkischen Regierung erfüllt werden, die wie bei den jüngsten Protesten in der Türkei gegen die fortschrittliche Opposition nicht nur im Inland mit aller Brutalität vorgeht, sondern sie auch noch im Ausland verfolgen lässt. Für den türkischen Staat sind mittlerweile auch alle Demonstrationsteilnehmer und selbst Besiktas- Fußballfans „Terroristen“.

Deutsche und türkische Regierung

Das türkische Regime arbeitet eng mit Deutschland zusammen. Nicht nur das Tränengas, mit dem ganze türkische Städte aufgrund friedlicher Proteste überzogen wurde, stammt aus deutschen Beständen, die Türkei gilt auch als einer der wichtigsten Abnehmer von deutschen Rüstungsexporten. Unter anderem wurde die Türkei mit deutschen „Leopard“- Kampfpanzern ausgerüstet, außerdem wurden deutsche „Patriot-Raketen“ an der türkisch-syrischen Grenze stationiert, wodurch die aggressive türkische Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarländern und insbesondere der Krieg gegen Syrien unterstützt wird. Deutschland hat auch seine Erfahrungen mit der weißen Folter in die Türkei exportiert, die türkischen Typ-F-Gefängnisse wurden mit deutscher Unterstützung nach dem Vorbild von Isolationsknästen wie Stammheim errichtet.

Rolle des österreichischen Staates

Es stellt sich abschließend die Frage nach der Rolle Österreichs, das hier offensichtlich deutsche Befehle vollstreckt. Ein bisschen ungewöhnlich ist es schon, wenn deutsche Polizei in

Österreich Häuserrazzien durchführt, Menschen festnimmt und die österreichische Justiz zum Erfüllungsgehilfen deutscher Forderungen degradiert wird. Obwohl wir uns keine Illusionen über die österreichische Klassenjustiz machen, hat doch der Einsatz der deutschen Polizei auf österreichischem Boden viele verwundert und an eine überwunden geglaubte Vergangenheit erinnert.

Dabei handelt es sich leider um keinen Einzelfall: auch das diesjährige Familien- und Jugendsommercamp der Anatolischen Föderation in Kärnten wurde von einem massiven Polizeiaufgebot in Begleitung von deutschen Zivilpolizisten überfallen. Österreich, das erst kürzlich Flüchtlinge nach Pakistan abgeschoben und dadurch ihr Leben massiv gefährdet hat, drängt jetzt auf die Abschiebung von Yusuf Tas und Özgür Aslan nach Deutschland: dort droht ihnen aufgrund der konstruierten Vorwürfe nicht nur jahrelange Haft in Isolationsgefängnissen sondern auch noch die weitere Abschiebung in die Türkei.

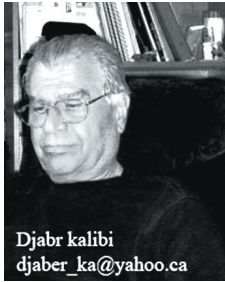
Solidarität gefordert

Beide Gefangenen befinden sich im Hungerstreik – Yusuf Tas seit 1. August und Özgür Aslan seit 4. August – um gegen die Ungerechtigkeit ihrer Verhaftungen und das Vorgehen der Behörden zu protestieren. Das Komitee für die Verteidigung politischer Grundrechte unterstützt ihre Forderungen nach ihrer sofortigen Freilassung, der Ablehnung des Auslieferungsbegehrens, und der Beendigung der Kriminalisierung von Solidaritätsarbeit und antirassistischem Engagement. Außerdem sollen die Einschränkungen der Besuchserlaubnis und des freien Briefverkehrs aufgehoben werden.

Diesmal hat es die Mitglieder der Anatolischen Föderation getroffen. Aber gemeint sind wir alle. Der grenzüberschreitenden Repression wollen wir unsere internationale Solidarität entgegensetzen.

- **Bekämpfen wir die Kriminalisierung des politischen Widerstandes!**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**
- **Sofortige Freilassung von Yusuf Tas und Özgür Aslan!**
- **Hoch die Internationale Solidarität!**

Komitee für die Verteidigung politischer Grundrechte, 17.8.2013



Wir dokumentieren diesen Mitte August von der kanadischen Solidaritätsbewegung verbreiteten Protestbrief in leicht gekürzter Fassung.

*Wir rufen dazu auf, den Fall weiter bekannt zu machen und **eigene kurze Protestschreiben** zu schicken.*

PROTEST gegen den Ausweisungsbescheid der kanadischen Regierung gegen Djaber Kalibi

Wir haben von der überraschenden und unglaublichen Entscheidung der kanadischen Regierung erfahren, Djaber Kalibi, einen prominenten Oppositionellen der Islamische Republik Iran, aus Kanada auszuweisen, wo er seit 8 Jahren lebt und arbeitet.

Djaber Kalibi, ein bedeutender Gegner der Islamischen Republik kämpft seit über 50 Jahren für Freiheit und Demokratie und lebt wie Millionen andere aus der iranischen Diaspora im Exil.

Nach 20 Jahren in Frankreich übersiedelten Djaber und seine Familie nach Kanada, wo sie seit acht Jahren in Quebec leben. Zusammen mit anderen Oppositionellen hat er die ganzen Jahre für die Freiheit und Demokratie des iranischen Volkes und gegen das islamische Regime im Iran gekämpft.

Die Abschiebung Djabers aus Kanada wird dem Terrorregime im Iran gefallen und es dazu ermuntern, das Volk im Iran weiter zu unterdrücken und im Ausland Terrorakte zu unterstützen.

Im Ausweisungsbescheid der kanadischen Regierung bezieht sie sich auf ein Gerichtsverfahren in Frankreich im Jahr 1986, wo Djaber und drei andere wegen ihrer „Organisierung zum Sturz der Islamischen Republik Iran“ festgenommen wurden.

Wir möchten darauf hinweisen, dass Djaber nach Absitzen seiner Haftstrafe freigelassen wurde und ihm die französische Regierung einen französischen Pass ausstellte; so sollte sich Kanada keine Sorgen machen, dass Djaber ein Sicherheitsproblem darstelle, denn sonst hätte er nicht die französische Staatsbürgerschaft erhalten.

Die kanadische Regierung weiß genau, dass die islamische Diktatur den Iran seit fast 35 Jahren mit Terror und Unterdrückung, Folter und Mord am iranischen Volk regiert. Kanada weiß, dass jede oppositionelle Stimme im Iran mit Unterdrückung und Tod zum Schweigen gebracht wird. Die vom islamischen Regime angeheizten Akte von Terror und Unterdrückung beschränken sich nicht auf das iranische Volk im Inland, sondern werden ebenso ins Ausland getragen und führen in der Folge zum Tod von hunderten Aktivist/innen, die vom iranischen Regime in anderen Ländern ermordet wurden.

Ist es ein Zufall, dass das Parlament von Kanada kürzlich das Massaker an iranischen politischen Flüchtlingen von 1988 als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt hat und die kanadische Regierung vor Monaten die diplomatischen Beziehungen mit dem islamischen Regime stillgelegt hat.

Es ist wichtig zu wissen, dass das Massaker an Tausenden politischen Gefangenen 1988 in Wirklichkeit nur einen Fall von Morden und Repressionen gegen das iranische Volk darstellt. Seit der Errichtung der Islamischen Republik hat das autoritäre Regime alle Prinzipien der Menschenrechte verletzt und immer wieder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und Frauen, Arbeiter/innen, Studierenden, Intellektuellen, Journalist/innen, Künstler/innen, Schriftsteller/innen und Andersdenkenden ihre gesellschaftlichen Grundrechte entzogen. Kurz gesagt sind Gefängnis, Folter und Tod normale Praxis unter diesem Regime. Nur zur Erinnerung: Am 11. Juni 2003 wurde die kanadische Staatsbürgerin Zahra Kazemi vom islamischen Regime brutal ermordet. Nach Angaben von internationalen Rechtsinstitutionen steht im Verhältnis zur Bevölkerung des Iran die Islamische Republik bei Hinrichtungen weltweit an erster Stelle. Während Sie diese Seite lesen werden Dutzende iranische Menschen hingerichtet. Die Erwählung von Rohani zum neuen Präsidenten hat nichts an dieser traurigen Situation geändert und wird auch nichts bedeutendes ändern.

(...) Es ist wichtig, die Frage zu beantworten, ob der Kampf gegen so ein Regime als Verbrechen gewertet werden kann und deswegen der Aktivist aus Kanada abgeschoben werden sollte.

Deshalb fordern wir die kanadischen Regierungsbehörden dringend auf, den Ausweisungsbescheid gegen Djaber Kalibi zu widerrufen und ihm einen legalen Status mit normaler Aufenthaltserlaubnis zu gewähren.

Bitte adressieren an:
L'honorable Chris Alexander, C.P., député
Citoyennité et Immigration Canada
Ottawa (Ontario) K1A 1L1
Canada
Email: Ministre@cic.gc.ca

Für neue Leser/innen:



Die „Proletarische Revolution“ erscheint seit 2001. Sie greift mit revolutionär-kommunistischen Positionen in aktuelle Kämpfe und in damit verbundene praktische und theoretische Auseinandersetzungen ein. So setzt sie die Tradition der von den Marxisten-Leninisten Österreichs 1963 gegründeten „Rote Fahne“ und der 1972 bis 1980 erschienen österreichischen (Wochen-) Zeitung „Klassenkampf“ fort. Das Kollektiv Proletarische Revolution stellt die Aufgabe, durch die Verbindung der Erfahrungen und Lehren von nahezu 200 Jahren revolutionärer, internationaler Arbeiter/innen-Bewegung mit dem aktuellen Klassenkampf in Österreich und weltweit einen Beitrag zu leisten zur Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiter/innenklasse im heutigen Österreich.

Die „Proletarische Revolution“ kämpft in der Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung. Diese hat sich vor einem halben Jahrhundert intensiv mit den Fehlern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinandergesetzt und ab Anfang der 1960er Jahre einen scharfen Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion geführt. Die theoretische und praktische Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Generallinie für die Weltrevolution hat damals zur Gründung neuer, revolutionär-kommunistischer Zeitungen und Parteien geführt, die sich an der chinesischen Kulturrevolution unter Mao Zedong orientierten. Das Kollektiv Proletarische Revolution geht davon aus, dass ohne positive Berücksichtigung der theoretischen und praktischen Leistungen der chinesischen Kulturrevolution die Theorie und Praxis der revolutionären kommunistischen Bewegung nicht entsprechend den aktuellen Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes weiterentwickelt werden können.

Die „Proletarische Revolution“ bringt in 4 bis 6 Ausgaben jährlich sowohl agitatorische und propagandistische Aufrufe, Stellungnahmen und Redebeiträge zu aktuellen Kämpfen als auch wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Thesen von österreichischen und international relevanten Parteien und Organisationen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung. Die „Proletarische Revolution“ ist unabhängig von Staat und Kapital und finanziert sich ausschließlich aus Spenden, Abo-Einnahmen und anderen freiwilligen Beiträgen. Abo-Bedingungen siehe Umschlag hinten! Die „Proletarische Revolution“ kann als pdf-Datei im Netz unter <prolevoil.wordpress.com> heruntergeladen werden.

Kollektiv Proletarische Revolution

als Broschüre wiederveröffentlicht

Über die Nationale Frage im Iran

Verfasst 1986 durch die „Iranische Volksfeddayin Guerilla“, (Befreiungsarmee der iranischen Völker), verbessert und wieder veröffentlicht von einem Linken iranischen Aktivist in Wien,

Februar 2013

Kontaktadresse: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Das Vorwort zu diesem Text ist auf Seite 31 dieser PR zu lesen!

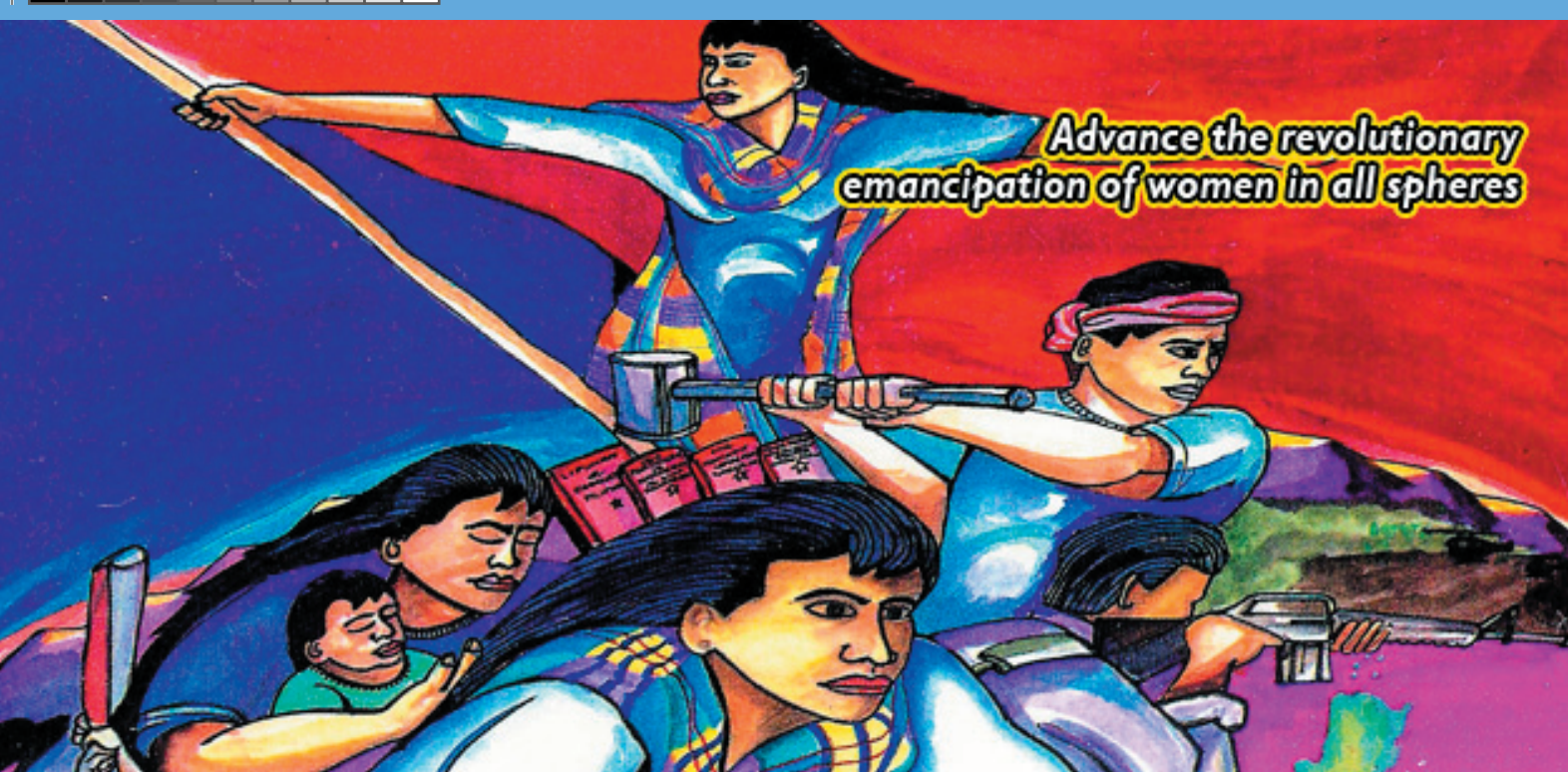
neue Nummer erschienen!

SPK/Patientenfront-Info
Organ des pathophysischen Patientenwiderstands
Nr. 6867 Spenderempfehlung: € 4,50,-



WEG mit §131 AußStrG. = Zwangssterilisationsgesetz

Für die sofortige und ersatzlose Aufhebung des Sterilisations-Paragrafen 131 im AußStrGgesetz! Dieser verstoßt gegen das Recht auf Leben gem. Artikel 85 B-VG, 2. Abs. 1 EMRK sowie gegen die PREMK und Europäische Menschenrechtskonvention, 2. und 8. EMRK, ebenso gegen Artikel 7, 8 und 14 des Grundgesetzes der BRD. Das weibliche, verstoßt gegen Artikel 6 des Staatsvertrages von Wien.
Dementsprechend kommt der Europäische Gerichtshof zu der Meinung, dass Zwangssterilisationen verfassungswidrig sind!
Nochmal in Kläre die wichtigsten Fragen! Der Leitsatz muss dabei jedenfalls sein: „Eine Sterilisation gegen oder ohne den erkennbaren Willen der betroffenen Patienten“ Eine Sterilisation bei unter fünfzehn-jährigen Personen muss in diesem Sinne generell verboten werden! Nach dem fünfundzwanzigsten Lebensjahr soll ein derartiger Eingriff nur mit Zustimmung der betroffenen Person möglich sein!
Das Üben von Patienten durch Angehörige mit inzwischen epidemische Ausmaße an. Die Massentötung von Patienten durch Ärzte bezeugt die der Patientenverrichtung durch Ärzte während des sogenannten Dritten Reichs in nichts nach. Damit wurde wenigstens die der einzelnen andere Arzt hinterher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehängt. Sollten sie bezeugt dafür strafrei ausgehen? Die Zustände in Österreich heute also schlimmer als während der Nazizeit? Dem ist von Jahr zu Jahr entschieden engagierteren, will die Justiz nicht zu Gunsten der in allen Bereichen durchdringenden Verfügungsgewalt der Ärzte öffentlich abdanken, was mit der konstitutionell verankerten Gewaltenteilung bekanntermaßen unvereinbar ist.



Advance the revolutionary emancipation of women in all spheres

Wir danken den Künstler/innen der NDF Philippinen für die schönen kämpferischen Bilder!



Promote a national and progressive people's culture

Politischer Widerstand ist ein Menschenrecht!

Freiheit für Yusuf Taş und Özgür Aslan

Komitee für die Verteidigung politischer Grundrechte

Im HUNGERSTREIK

Yusuf seit 1. August
Özgür seit 3. August



Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
für den Inhalt verantwortlich

Kollektiv ★ Proletarische Revolution

c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien
www.prorevol.wordpress.com

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden Buchhandlungen / Vereinslokalen auf (und ist dort auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung Frick, 1010 Wien, Schulerstraße 1-3
- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien, Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Literaturcafe Buchhandlung Lhotsky, 1020 Wien, Rotensterngasse 4/Ecke Taborstraße
- Marxer Lesestube, 1030 Wien, Marxergasse 18
- Buchhandlung Jauker, Sampogasse 4, 1140 Wien
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hacek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7
- Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, D-10179 Berlin
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Straße 23, D-60327 Frankfurt/Main
- M 99, Manteuffelstraße 99, D-10997 Berlin
- Aufbau Buchvertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich

Im Abo

kostet die PR
für 1 Jahr

im Inland 20,-
Sozialabo 15,-
im Ausland 30,-
Euro

FREIHEIT FÜR GEORGES IBRAHIM ABDALLAH UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT!

البراهيم عبدالله وجميع السجناء السياسيين في العالم الحرية لجورج

"I WILL NOT REGRET, I WILL NOT COMPROMISE, AND I WILL KEEP RESISTING"

Georges Ibrahim Abdallah

WWW.FREEGEORGES.TK

Facebook: Freiheit für Georges Abdallah #Libertez

INTERNATIONALE AKTIONSTAGE
für Georges Ibrahim Abdallah
5. & 6. JULI 2013